

hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg
Mai 5-6/2014



Gespaltene Stadt

Nicht nur Sie sind arm, meine
Teuerste, nicht nur Sie! Auch
ich muß täglich aufs
Geld gucken!





Eigentlich haben wir das alles gewusst und wir schreiben ja auch in dieser Zeitung immer wieder darüber. Aber als ich jetzt den in unserem Schwerpunkt abgedruckten aktuellen Befund zum Verhältnis von sozialer Ungleichheit und Schulerfolg las, fiel es mir wie Schuppen von den Augen. Über die Empörung hinaus, die das bei mir immer wieder auslöst, entwickelt sich die Phantasie, wie aus dem bröckelnden sozialen Kitt Sprengstoff wird.

Den Befund über dieses Auseinanderfallen liefert nicht irgendwer, sondern der ehemalige Staatsrat Ulf Vieluf, der vor dieser Tätigkeit als anerkannter Bildungsforscher tätig war und es nun wieder ist. Wer, wenn nicht er ist prädestiniert dafür, valide Aussagen zu treffen? Es gibt kaum jemanden, der über einen so langen Zeitraum den Schulerfolg vor dem Hintergrund der sozialen Entwicklung beobachtet hat. Er ist der ‚Vater‘ von KESS und LAU, den Langzeituntersuchungen über Schulerfolg, die in dieser Güte allein Hamburg vorweisen kann.

Es hat mit Gewalt zu tun, wenn einem Teil der Kinder aufgrund ihrer sozialen Herkunft Chancen auf eine bessere Bildung genommen werden. Das ist als Tatbestand nicht neu. Aber die von Vieluf gebildeten Cluster der sozialen Gegensätze zeigen überdeutlich, in welchem Maße strukturelle Gewalt in ‚unserer‘ Stadt existiert. Denn trotz ei-

niger Bemühungen in Sachen mehr Chancengleichheit läuft die Entwicklung genau gegenteilig! Die Segregation nimmt zu und das gegliederte Schulsystem funktioniert dabei wie ein Turbo. Solange der nicht abgeschaltet wird, sprich: die aus Zeiten einer ständischen Gesellschaft des 18. und 19. Jahrhunderts stammende Schulstruktur nicht auf dem Misthaufen der Geschichte landet, wird sich die Spaltung der Gesellschaft weiter vertiefen. Diese Struktur ist weder Gott gegeben noch ließe sie sich naturgesetzlich ableiten.

Eine Gesetzmäßigkeit mag hingegen darin liegen, dass das Bewusstsein der realen Entwicklung immer hinterherhinkt. Insofern gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass unser Tun etwas bewirkt, diesen Abstand zu verringern. Es gilt, den Glauben an scheinbar systemimmanente Sachzwänge, an Marktlogik oder gar an eine Schicksalshaftigkeit zu erschüttern.

Deshalb der zweite Teil unseres Schwerpunkts, in dem vor dem Hintergrund der jüngsten sozialstatistischen Erhebungen die soziale Spaltung der Stadt beschrieben wird. Die Ungleichverteilung, sei es der Einkommen und noch

Gemäuer zum Einstürzen gebracht haben.

Aber kommen wir zurück auf die Schlussfolgerung, die Ulf Vieluf in seinem Beitrag zieht: Um eine wirksame Kompensation der sozialen Ungleichheit zu erreichen, bedarf es Zeit. Die KESS 13 Untersuchung hat gezeigt, dass die Lernzuwächse der Stadtteilschüler_innen in der Oberstufe größer als die der Gymnasiasten_innen sind, dass sie aber absolut gesehen am Ende, also beim Abitur, den Vorsprung, den diese nach Jahrgang 10 in die Oberstufe mit einbringen, nicht aufzuholen vermögen.

Was liegt da näher, als den Stadtteilschüler_innen ein weiteres Jahr zum Aufholen der Defizite, quasi als Nachteilsausgleich, zu gewähren? Das muss ja nicht für alle gelten. Wenn es aber optional angeboten würde, warum dann nicht auch den Gymnasiasten_innen, die, aus welchen Gründen auch immer, mehr Lernzeit brauchen? Sollte dieser Gedanke stimmig sein, sind wir nicht mehr so weit entfernt von dem Vorschlag der GEW, eine gemeinsame Oberstufe zu schaffen. Ein Schritt, der den Konflikt G8/G9 lösen könnte, der aber auch

Joachim Geffers

Den Turbo abschalten

mehr der Vermögen, schreit zum Himmel! Die Lösung, die Reichen zur Kasse zu bitten, scheint einfach; dies politisch durchzusetzen, setzt einen Bewusstseinswandel voraus, der angesichts der gegenwärtigen Machtverhältnisse eher einem Kampf gegen Windmühlenflügel gleicht. Allerdings soll es Stürme in der Geschichte gegeben haben, die schon so manches als stabil geltendes

dazu taugt, eine Konvergenz der beiden Säulen einzuleiten.

Historische Prozesse verlaufen nicht linear. Was noch vor wenigen Wochen aussichtslos schien, kann in einer bestimmten politischen Gemengelage plötzlich doch eine Chance haben. Die Verhältnisse schreien danach, die Dinge in unserem Sinne zu verändern.



1. Mai – Polizei dabei Seite 8

Ob es eines Arbeiterkampftages würdig ist, wenn die Polizei das Gewerkschaftshaus „beschützt“, verlangt eine Diskussion. Ohne Diskussion dagegen die Vielfalt der Demonstrierenden im Bild.

Erfolg Seite 18

Sie haben gesungen, getrommelt und gepfiffen – die streikenden Kolleg_innen von der Jugendmusikschule. Mehr Geld und eine bessere Eingruppierung sind das Ergebnis.

Das große Leuchten Seite 20

Die Kinderaugen auf der Demonstration strahlten mindestens so stark wie die Warnwesten, die die Kolleg_innen übergestreift hatten, um für eine bessere finanzielle Ausstattung in der ganztägigen Betreuung zu demonstrieren.

Schwarmintelligenz Seite 16

Nach unten treten – diesmal war es richtig, als Kolleg_innen sich aufs Rad setzten, um in der Stadt die Konsulate derjenigen Länder anzufahren, deren Lehrer_innen sich glücklich schätzen dürfen, weil sie weniger Unterrichtsverpflichtung haben.



GEW

Arbeitszeitmodell
Protest-Radtour _____ 16

Jugendmusikschule (JMS)
Erfolg durch Arbeitskampf _____ 18

Ganztag
Groß und Klein auf der Straße _____ 20

Griechenland II
Gäste im Haus _____ 52

Nachruf
Hans-Rainer Tschirschnitz _____ 58

Magazin

1. Mai
Brenzlig _____ 8

DGB-Jugend
Manöverkritik _____ 12

Griechenland I
Rede zum 1. Mai _____ 14

Festung Europa
An der Wurzel packen _____ 28

Bildungstheorie
Replik _____ 48

1. Weltkrieg
Die Wahrheit stirbt zuerst _____ 54

Gegen sexualisierte Gewalt
Mehrsprachig im Netz _____ 57

Anti-Rassismus
Islam und Schule _____ 60

Rezension
Fundgrube 68 _____ 62

Schwerpunkt

Gespaltene Stadt _____ 32



Bildungspolitik

Berufsorientierung
STS vs. Berufsschulen _____ 23

Bildungsfinanzierung
Magerkost _____ 26

Fachtagung
Jugendpolitik _____ 26

Schulschwimmen
Plansch _____ 47

Zerrissen **Seite 32**

Wie sehr die soziale Spaltung sich auf den Schulerfolg auswirkt, schildert exklusiv für die hlz der Bildungsforscher Ulf Vieluf. Den ökonomischen Hintergrund dazu liefert der Publizist Joachim Bischoff.

Konflikt **Seite 23**

Sollen sie sich streiten, Berufsschul- und Stadtteilschullehrer_innen über die gemeinsamen Aufgaben bei der Berufsorientierung? Natürlich nicht! Wir beleuchten die Hintergründe.

LisaRosa **Seite 48**

Unsere Autorin mit diesem blumigen Namen setzte sich in der hlz 1-2/14 mit dem Lernen „an sich“ auseinander. Dies produzierte Widerspruch.

Rubriken

hlz-Notiz _____ 3

Nachrichten _____ 6

gb@-Seminare _____ 31

Ruheständerler_innen _____ 59

Rätsel _____ 61

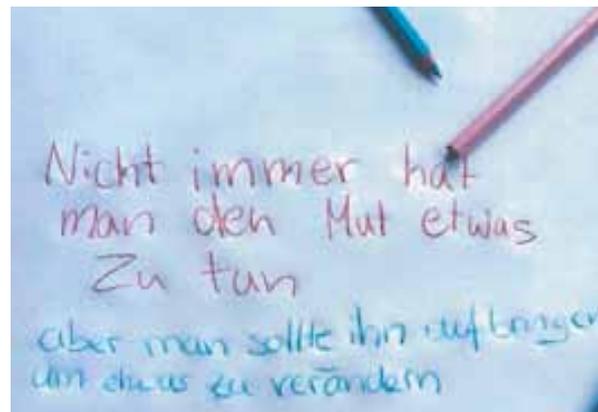
Aus der Irritation... _____ 63

Impressum _____ 63

GEW-Termine _____ 64

Nur Mut **Seite 60**

In Zeiten, in denen vor „organisierter islamischer Aktivität“ (Papier des LI) an Schulen gewarnt wird, kommt dieses Handbuch gerade richtig: Islam & Schule.



einschläfernd

Maikundgebung des DGB

Eine Maikundgebung als Podiumsdiskussion unter Gleichgesinnten im von der Polizei geschützten Gewerkschaftshaus – so etwas habe ich am 1. Mai in Hamburg noch nicht erlebt. Dann sehe ich mir doch lieber eine kontrovers geführte Diskussion im Fernsehen an.

Offenkundig hat der DGB nicht viel zu sagen oder will dies auch nicht, wenn er einen Großteil seiner Mitglieder vor der Tür stehen lässt. Die einschläfernde Rede von Frau Karger riss niemanden vom Hocker. Immer wieder wird beklagt, dass die Lage vieler Arbeitnehmer immer schlechter wird. Wie das endlich gestoppt werden soll, bleibt im Dunkeln. Der DGB hat zuviel zugelassen, was er jetzt beklagt. Ein Rückzug in das Gewerkschaftshaus am 1. Mai ist sicherlich kein hoffnunggebendes Signal, dass sich daran grundsätzlich etwas ändern wird.

ROLF URBAN, Ruheständler

Dogmatismus überwinden

hlz 3-4/2014, S. 50ff

Selbstverständlich müssen nach Clarks „Schlafwandlern“ die Geschichtsbücher neu geschrieben und Fischers auch so bequemer 50 Jahre alter Schulbuch-Dogmatismus überwunden werden.

Denn Clark tut drei Dinge. Er bemängelt, dass ein Fokussieren nur auf die Suche nach dem Schuldigen die Vielschichtigkeit von Ursachen und Anlässen ausblendet, sowohl in der Betrachtung von Geschichte als

auch in aktueller Politik. Wie simpel wäre es, wenn wir z.B. in Palästina oder in der Ukraine nur einen Schuldigen suchen müssten und benennen könnten und schon erledigten sich die Konflikte, denn wir kennen ja den Schuldigen.

Clark belegt weiterhin – er ist nicht der Erste –, dass insbesondere in Russland, Serbien und Frankreich Jahre und Jahrzehnte vor dem Beginn des 1. Weltkrieges einflussreiche Strömungen einen neuen Krieg in Zentraleuropa suchten, teils aus ganz individuellen, persönlichen Motiven. Eine deutsche Mitverantwortung verneint er nicht.

Am wichtigsten erscheint mir Clarks Methodik. Mit seinem Versuch, die Haupttagierenden aller Seiten so kleinteilig wie möglich, auch in ihrem privaten Leben, aufzusuchen, tut Clark etwas, was unsere Politiker und Journalisten gänzlich verlernt haben. Die (Joschka) Fischer, Westerwelle, Steinmeier 1+2, alle ihre Kabinettskollegen jeglicher politischer Couleur und ihre Beamten in Geheimdiensten und Militär haben es verlernt, Menschen lesen zu können. Der gefallene Obama, der sogenannte Arabische Frühling, der grausame Arzt Assad, die Enteuropäisierung der Türkei, die erneute Russlandisierung von Krim und Ukraine, der Beginn der unaufhaltsamen neuzeitlichen Völkerwanderung aus Afrika heraus – nichts davon wurde antizipiert oder wird nach jeweiligem Eintreten auch nur annähernd klug gelesen. Man redet nach ein paar Wochen einfach nicht mehr drüber. Unsere Führungskräfte in Politik, Militär und Medien wissen nicht einmal, wie unsere engsten Verbündeten heute

ticken, seien es Briten, Ungarn, Italiener, Franzosen. Moderne deutsche Außenpolitik muss sich in Unkenntnis der Welt – und seit Guttenberg und v.d. Leyen mit uniformierten Tagesmüttern statt Hauptfeldwebeln – heute nun winden zwischen amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden und Autoexporten nach Russland und verkauft uns neue Regeln zu Kaffeemaschinen als Frieden in Europa.

Mit besten Grüßen
THOMAS MARTINI

Hommage

Werter Kollege Joachim Geffers,

du hast für mich einen entscheidenden Anteil daran gehabt, die HLZ Redaktion als Repräsentanten meiner Gewerkschaft zu sehen. War die HLZ vor über 30 Jahren noch eher ein "dröges" und nur für Lehrer gedachtes bleiwüstenartiges Periodikum, das über diesen Kreis hinaus kaum eine Leserschaft gehabt haben dürfte, so wurde das schließlich, seitdem Du und die anderen Kolleginnen und Kollegen die Chefredaktion und die Redaktion übernommen hatten, anders. Heute ist die HLZ ein bemerkenswert lebendiges Forum der Auseinandersetzung und des Austausches von Standpunkten und Visionen der Humanwissenschaften, insbesondere der Pädagogik bei gleichzeitiger Besinnung auf die so belastete politische und kulturelle Historie der Zeitung während der Nazidiktatur, so dass sie weit über den Kreis ihrer gewerkschaftlich orientierten Leserschaft hinaus Beachtung findet.

DR. OTTO FELIX HANE BUTT

nachgeholfen

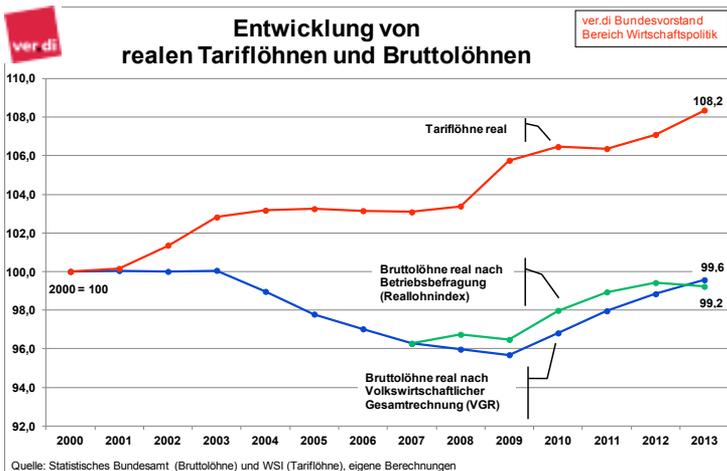
Immer mehr Hamburger Schüler_innen setzen auf privaten Zusatzunterricht. Seit Einführung von G8 steigt die Zahl der Nachhilfe in Anspruch nehmenden Gymnasiast_innen stark an. Nachhilfeanbieter profitieren. Das Geschäft brummt.

Der Anstieg ist bemerkenswert, da in Hamburg seit dem Jahr 2011 an allen staatlichen Schulen eine zusätzliche und kostenlose Lernförderung angeboten wird. 2013 nahmen insgesamt 22.109 Schüler_innen die Ganztagsangebote in Anspruch, das ist eine Steigerung von elf Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Stadt steht für die Lernförderung eine Summe von acht Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Trotz der vermehrten Möglichkeiten für zusätzliche und kostenlose Lernhilfe an den Schulen freuen sich die Nachhilfeeinstitute über großen Zulauf. „Es findet eine Verschiebung der Schülerpopulationen statt“, sagt Plickat von der Studienkreis GmbH. Das Unternehmen mit bundesweit rund 1000 Standorten und einem Jahresumsatz von zuletzt 80 Millionen Euro hat im Grundschulbereich in den vergangenen Jahren Klient_innen verloren. Dafür würden in Hamburg immer mehr leistungsstarke Schüler_innen vom Gymnasium Nachhilfe nutzen, um ihren Notenschnitt punktuell zu verbessern oder sich gezielt auf Klausuren vorzubereiten. „Viele Schulen sind mit der Lernförderung noch überfordert. Davon profitieren wir“, sagt Plickat.

kiffen

In Hamburg hat fast jede_r fünfte Schüler_in Erfahrung mit Cannabisprodukten wie Marihuana oder Haschisch. Das ergab eine Umfrage, die die Hamburger Landesstelle für Suchtfragen im vergangenen Jahr veröf-



Nach der Krise 2009 stiegen die Reallöhne endlich wieder. Auch für 2013 wurde ein kleines Plus von 0,8 Prozent ausgewiesen. Damit wäre wenigstens annähernd wieder das Niveau des Jahres 2000 erreicht. Doch nun überrascht das Statistische Bundesamt mit der gegenteiligen Meldung: „Reallöhne 2013 um 0,2 Prozent gesunken.“ Dieser Rückgang ergibt sich aus einer Befragung von 40.000 Unternehmen, die seit 2007 erfolgt und als genauer gilt. Der Grund: Immer mehr Unternehmen umgehen Tarifverträge und Billiglöhne werden durch sogenannte Aufstocker politisch gefördert. JG

fentlichte. Auf die Frage, ob sie in den vergangenen 30 Tagen Cannabis konsumiert haben, antworteten fast 13 Prozent der 14- bis 15-Jährigen mit Ja. 2009 waren es nicht mal acht Prozent. Auch wenn nicht jede_r gleich süchtig wird, sehen Suchtexperten_innen die Entwicklung mit zunehmender Sorge. Denn: Regelmäßiger Konsum führt nach jüngsten Studien zu Veränderungen im Gehirn. Die Jugendlichen riskieren Gedächtnis-, Aufmerksamkeits- und Intelligenzdefizite. Es kann zu Entwicklungsrückständen von mehreren Jahren kommen. Auch Psychosen können ausgelöst werden.

klamm

Immer mehr Lehrerinnen sind schwanger, immer mehr junge Lehrer werden Väter und gehen in Elternzeit: Das sinkende Durchschnittsalter der Pädagogen stellt die Hamburger Schulen zunehmend vor große organisatorische und finanzielle Probleme. Denn für die feh-

lenden Lehrer_innen müssen Vertretungen gestellt werden – finanziert von den jeweiligen Schulen, die ihren Etat selbst verwalten müssen. Acht der 60 Hamburger Gymnasien sind jetzt so klamm, dass sie sich bei „reicheren“ Schulen für das zusätzliche Personal Geld leihen mussten.

Letzte Meldung

Spitzenwahlerfolg wiederholt

Ergebnisse zur Wahl des Gesamtpersonalrats

Beamte:
GEW 77,28 % (-00,19)
DL-H 22,77 % (+00,24)

Angestellte
GEW 49,39 % (+01,82)
Verdi 44,48 % (-00,15)
Komba 6,13% (-00,57)



1. MAI

Störung bedeutet Gefahr

Skandalös der Polizeieinsatz - die Organisation und der Ablauf der diesjährigen Hamburger Kundgebung setzen den DGB dem Verdacht aus, er wolle den Maifeiertag entpolitisieren

Foto: hlz

Dieses Jahr lag er in den Ferien, der Kampftag der Arbeiterklasse. Von daher hatte ich mit eher weniger Teilnehmenden gerechnet. Aber weit gefehlt: In der Summe waren es eher mehr, sag ich mal als Chronist unserer Zeitung, der jedes Jahr dabei ist. Den offiziellen Zahlen kann man in solchen Fällen sowieso nicht trauen, da je nach Interessenlage die Zahl nach oben oder unten gemendelt wird. Und so sag ich von meinem Gefühl ausgehend: Es waren mehr!

Der DGB als Veranstalter hatte wohl anderes erwartet und sich möglicherweise eine Blamage ersparen wollen. Auf jeden Fall muss es einen Grund für die Festlegung der Route gegeben haben, die von der Langen Reihe bis zum Besenbinderhof verlief! Wer Hamburg etwas genauer

kennt, weiß, dass dies eine Entfernung ist, die man früher vielleicht zum Milchmann gegangen ist, aber nicht, um machtvoll in der Stadt in einer Weise seine Forderungen zu verbreiten, dass der eine oder die andere Bürger_in davon etwas mitkriegt. Auf jeden Fall war es diesmal so, dass die ersten – allen voran der Bürgermeister – schon am Gewerkschaftshaus angelangt waren, als der Rest der Teilnehmenden noch gar nicht los gegangen war.

Am Start war ein bunter Reigen von ausländischen Gruppen, die sich mehr oder weniger martialisch, immer aber klar antikapitalistisch orientiert, lautstark Verhör verschafften. Unterbrochen wurden diese hin und wieder von hiesigen Gruppen, deren klassisch gewerkschaftliches Auftreten durch die bekannten Fahnen angezeigt war – so auch

der Block der demonstrierenden GEW-Kolleg_innen, deren Gesichter – der Ferien sei Undank – sich auch diesmal nicht von denen vorangegangener Jahre wesentlich unterschieden.

Angekommen an der DGB-Zentrale am Besenbinderhof konnte sich dieses Jahr folglich niemand über Fußschmerzen beklagen. Umso mehr war man vielleicht sogar aufnahmebereiter für die Dinge, die da kommen sollten. Die allerdings waren anders als erwartet.

Zwischenzeitlich hatte sich eine Gruppe von Lampedusa-Unterstützern lautstark und wortradikal bemerkbar gemacht. Einige hatten sich auf die Straße gesetzt, so dass die Ordnungshüter gezwungen waren, per Klammergriff die Delinquenten zu entfernen. Vielleicht in Kombination mit einigen unflätigen Be-



Ganz internationalistisch - Frauenpower



Klare Kante



Die andere Seite der Medaille von Sand, Sonne, Meer



Marsch der ... GEW-Kolleg_innen

merkungen der Protestierenden war wohl in den Augen der Verantwortlichen ein Bedrohungs-zustand herbeigeführt, der nur noch den Ruf nach der Polizei bedeuten konnte und somit den geplanten Ablauf der Veranstaltung nicht mehr zuließ.

Die am Besenbinderhof An-kommenden konnten wegen des massiven Polizeiaufgebots näm-lich nicht mehr wie gedacht vor ihrem Gewerkschaftshaus den Reden folgen, sondern – seitlich stehend den vom Wind verzerrten Worten aus den Lautsprecherboxen lauschend –, nur noch ahnen, dass es inhaltlich um ihre Belange gehen könnte.

Die Folge: Schon nach kurzer Zeit bröckelte es. Fahnen wurden eingerollt und wem es nicht gelungen war, über wohl verschwiegene Wege in das Gewerkschaftshaus zu gelangen,

trollte sich. Im Haus selbst, so sagt man, habe eine Veranstaltung zum Thema Europa stattgefunden. Ich habe allerdings später niemanden gesprochen, der dabei gewesen ist. Dies mag an meinem nicht unbedingt durchdringenden Rechercheeifer gelegen haben. Ich konnte es in der Tat auch nicht einsehen, warum es diese Veranstaltung im Saale überhaupt gegeben hatte.

Soweit ich mich erinnern kann, war ein Begehen des Kampftages der Arbeiterklasse auf diese Art zwar eine Tradition bis in die Mitte der 1970-er Jahre hinein. Zunehmende Proteste der damals als „Chaoten“ Beschimpften sorgten jedoch dafür, dass mit dieser Tradition gebrochen wurde. Fortan stellten sich die Redner_innen – trotz Kritik – den Massen.

Es ist also etwas passiert, was

die Kultur des Protests zu verändern droht. Die damaligen Chaoten sind in ihrer überwiegenden Zahl längst etablierte Bürger_innen dieses Landes. Heute sind es Prekarisierte und ausländische Initiativen, die ihr demokratisches Recht in Anspruch nehmen, um auf die Missstände hierzulande, aber auch auf solche in ihren Herkunftsländern aufmerksam zu machen. Und aktuell eben jene, die sich für eine humanere Umgangsweise mit Flüchtlingen einsetzen.

Dass dies ein kompliziertes Thema ist, wissen alle Beteiligten. Schade nur, dass es nicht gelingt in einer Organisation wie dem DGB, einen Protest auszuhalten, der sich nicht mit dem Hochhalten eines Transparents begnügt, sondern zivilen Ungehorsam einsetzen muss, damit er überhaupt Gehör findet.



Finger in die Wunde



Kurdinnen - Rote Fahnen sieht man besser



...tun wir!



Wenn Religion und Politik zusammen passen

Eine oder mehrere Hundertschaften von Polizei vor dem Gewerkschaftshaus in einem demokratisch verfassten Land, das dieses Prädikat deshalb trägt, weil es uneingeschränkte De-

monstrations- und Meinungsfreiheit qua Verfassung garantiert, sind unseres Gewerkschaftsbundes nicht würdig.

Ich wünsche mir für die kommenden Jahre wieder eine Kund-

gebung, die es zulässt, dass unsere Forderungen und unser Protest auch von Vielen gesehen werden kann. Eine 'Veranstaltung im Saale' ist als 1. Mai-Kundgebung nicht nur unangemessen, son-

02.05.2014, PRESSEMITTEILUNG

Polizeiabspernung vor dem Gewerkschaftshaus



DGB Hamburg bedauert die zeitweise Sperrung des Zugangs zu 1. Mai-Veranstaltungen

Am 1. Mai, gegen 12 Uhr endete die große DGB-Demonstration mit ihren vielfältigen und bunten Blöcken am Gewerkschaftshaus Besenbinderhof. Kurz bevor die Diskussion „Mitbestimmung zwischen Brüssel und Hamburg“ mit Dietmar Hexel (DGB-Bundesvorstand) und mehreren Hamburger Betriebsräten im Großen Saal starten sollte, riegelte die Polizei den Eingang des Gewerkschaftshauses ab.



Basis rebelliert

Die GEW kritisiert den Polizeieinsatz und den Umstand, dass viele Gewerkschaftsmitglieder und Interessierte zur nur verspätet Zugang zum DGB-Haus bekamen. Es kann nicht sein, dass besondere Sicherheitserfordernisse eines einzelnen Besuchers dazu führen, dass uns das eigene Haus von der Polizei gesperrt wird. Hier besteht eindeutig Klärungsbedarf. Die GEW wird sich in den nächsten Wochen auf verschiedenen Ebenen dafür einsetzen, dass eine solche Situation nie wieder vorkommt.



Auszug aus GEW-Presserklärung vom 2.5.2014



Vorbildliches Mehrgenerationenprojekt



Die Welt ist ein Schlachthaus!

dern – wie in diesem Fall – sogar schädlich, weil sie die Veranstalter dem Verdacht aussetzt, sie wollten den Protest von der Straße auf „elegante“ Weise umgehen. Dass parteipolitische Inter-

essen im Zusammenhang mit der Europawahl eine Rolle gespielt haben könnten, macht die Sache nicht besser. Gewerkschaften haben sich – trotz der historisch begründbaren Nähe zur Sozial-

demokratie – immer als überparteilich begriffen. Das dies auch in Zukunft so bleibt – daran darf es keinen Zweifel geben.

JOACHIM GEFFERS

Der DGB Hamburg hat den Polizeieinsatz vor dem Besenbinderhof nicht angeordnet. Er bedauert sehr, dass eine lebhaft und bunte Maidemonstration auf diese Weise geendet ist. Der DGB Hamburg ist in eine undankbare Lage gekommen. Auf der einen Seite hat er das Gewerkschaftshaus am 1. Mai für alle geöffnet, zur Diskussion eingeladen und ein reichhaltiges Programm angeboten. Auf der anderen Seite war der DGB Hamburg sowohl mit den Sicherheitserfordernissen des Ersten Bürgermeisters – und Gewerkschaftsmitglieds – Olaf Schulz konfrontiert als auch mit einer kleinen Gruppe von lauten Demonstranten, der es offensichtlich nur um die Störung der Veranstaltung ging. Das hat dazu geführt, dass die Polizei den Eingang zunächst sperrte.

Der DGB Hamburg bedauert sehr, dass deshalb viele Gewerkschaftsmitglieder und Interessierte nur verspätet Zugang zum Haus bekamen. Es kann nicht sein, dass besondere Sicherheitserfordernisse eines einzelnen Besuchers dazu führen, dass uns das eigene Haus von der Polizei gesperrt wird. Hier besteht eindeutig Klärungsbedarf. Der DGB Hamburg wird sich in den nächsten Wochen auf verschiedenen Ebenen dafür einsetzen, dass eine solche Situation nie wieder vorkommt.

Konflikte müssen politisch gelöst werden

Stellungnahme der DGB-Jugend Hamburg zur repressiven Politik in Hamburg

Die Hamburger Polizei hatte den Ausnahmezustand über weite Teile der Hamburger Innenstadt verhängt und erklärte St. Pauli, die Sternschanze sowie Altona-Nord und -Altstadt unbefristet zum Gefahrengbiet. Unterstützung erhielt sie dabei vom Hamburger Senat. Nach breitem Protest wurden diese Gefahrengbiete vollständig aufgelöst. Abgesehen von den fest installierten Gefahrengbieten in St. Pauli und St. Georg und der Möglichkeit, jederzeit neue Gebiete als solche zu erklären, ändert diese überfällige Entscheidung auch nichts an der fortlaufenden Kriminalisierung der aktuellen Proteste in Hamburg und dem repressiven Umgang hiermit seitens des Senats und seiner Polizei.

Als DGB-Jugend Hamburg sind und waren wir - teilweise stärker, teilweise geringer - bei diesen Protesten gegen die Senatspolitik involviert, daher wollen wir zu Verschiedenem Stellung beziehen.

Der Konflikt in dieser Stadt schwelt schon länger

Seit Monaten kochen in Hamburg vielerlei politische Konfliktherde: brennende Themen sind u.a. die Frage nach einem Bleiberecht für Geflüchtete, wie der Gruppe Lampedusa in Hamburg, dem grassierenden Mietenwahnsinn und profitorientierter Wohnungspolitik, wie im Fall der Esso-Häuser sowie der Umgang mit bzw. Erhalt von selbstorganisierten linken Projekten wie der Roten Flora. Seit Monaten organisieren Betroffene und Unterstützer_innen breiten und vielfältigen Protest – von Infoveranstaltungen bis zu einem Schulstreik. Doch der Hamburger Senat bleibt stur, kriminalisiert die Proteste und fährt seine Hardliner-Politik fort.

Diese Tatsache darf bei der Diskussion über die aktuellsten Geschehnisse nicht aus dem Blick geraten. Wir haben einen Senat erlebt, der durch seine Politik die Konflikte mit vorangetrieben hat. Anstatt den allgemein geforderten sozialen

Frieden zu ermöglichen, blockiert er bei sozialen Themen und schafft eine Spannung, die nicht verschwiegen werden darf, wenn über die Eskalationen der letzten Wochen und Monate gesprochen wird. Mit Vehemenz und der Verweigerung jeglicher Selbstkritik verweigert der Senat sich einer sozialen Problemlösung. Unterstützt durch konservative Medien und Vertreter_innen der Polizeigewerkschaften DPoIG und GdP fokussierte er die alleinige Thematisierung der stattgefundenen Gewalt durch Demonstrierende und leugnete jede eskalierende Verantwortung und gewalttätiges und repressives Agieren der Polizei. Genau diese einseitige Thematisierung erhält dann ihre Funktion, wenn sie dazu dient, die Debatte über Ursachen dieser Eskalation und damit auch realistische und soziale Lösungen auszublenden.

Akteur_innen wollen sich mit den Ursachen auseinandersetzen und Lösungen entwickeln. Nur durch die Behebung von sozialer Ungerechtigkeit ist auch sozialer

Mit den jüngsten Ereignissen rund um den 1. Mai in Hamburg (Olaf Scholz auf der Gewerkschaftsdemo, Abriegelung Gewerkschaftshauses) ist die Debatte um die Senatspolitik und die Rolle der Polizei neu entfacht. Mit der Veröffentlichung der Stellungnahme der DGB Jugend Hamburg von Anfang März 2014 in der vorliegenden hz wollen wir die Diskussion um die Rolle des Senats, der Polizei und auch der Gewerkschaften in den Konflikten um Lampedusa in Hamburg, Gefahrengbiete etc. in den Ge-



werkschaften weiter vorantreiben. Die folgende Stellungnahme ist Ergebnis einer längeren und kontrovers geführten Diskussion der Hamburger Gewerkschaftsjugendenden zu repressiver Politik des Hamburger Senats, die Bedeutung für uns als Gewerkschafter_innen und auch die Rolle der Polizei und der Polizeigewerkschaften.

Ein ausführlicher Kommentar der GEW STUDIS zum 1. Mai 2014 wird in der nächsten hz erscheinen.



Unwürdig - Gewerkschaftshaus unter Polizeischutz

Frieden möglich.

"Wie viel Mühe kostet die Niederschlagung und Verhütung von Aufständen: Geheimpolizei, andere Polizei, Spitzel, Gefängnisse, Verbannungen, Militär! Und wie leicht sind die Ursachen für Aufstände zu beseitigen." Leo Tolstoi, Tagebücher (1901)

Die Polizei hat momentan die undankbare Aufgabe, die unsoziale Politik der Regierenden im Zweifel mit Schlagstock und Pfefferspray zu verteidigen. Trotzdem sehen wir den Polizeiapparat in den vergangenen und aktuellen Auseinandersetzungen nicht lediglich als ein ausführendes Organ, sondern als einen zum Teil eigenständigen politischen Akteur mit Gewaltmonopol. Selbst gewählte Eskalationsstrategien wie beispielsweise massiver Einsatz von Gewalt, ein Monopol auf die Gefahren einschätzung und Behinderung von internen Ermittlungen machen ihn zu diesem eigenständigen

Akteur. Wer auf öffentlichen Protest mit Repression reagiert, kann nicht sozialen Frieden im Sinn haben, sondern lediglich eine Ordnung, in der es keinen Protest gegen das Bestehende gibt.

Als Gewerkschafter_innen sind wir Teil dieses Protestes gegen das Bestehende. Wir fordern sozialere Verhältnisse, wir streiken für bessere Arbeitsbedingungen, wir blockieren Nazis den Weg. Wir können daher einen so agierenden Polizeiapparat nicht akzeptieren, denn er richtet sich auch gegen uns. Aus diesem Grund fordern wir die sofortige Abschaffung des Gesetzes, welches Gefahrengelände erst ermöglicht, das Verbot von Pfefferspray auf Demonstrationen, die Kennzeichnungspflicht aller Polizeibeamt_innen im Vollzug und eine Aufklärung von polizeilichen Rechtsverstößen, die ihren Namen auch verdient.

Aussicht: Die Themen bleiben aktuell, die Gewerkschaften sind gefordert

Es gibt momentan keine Anzeichen dafür, dass sich bei den strittigen Themen in naher Zukunft Entspannung anbahnt. Die SPD sieht das Problem mit der Gruppe Lampedusa in Hamburg als gelöst an und versucht damit wieder einmal, den berechtigten Protest zu delegitimieren. Gleichzeitig gab es nach dem Vorbild der bürgerlichen Gegenproteste gegen den Naziaufmarsch am 2. Juni 2012 die Bestrebungen, ein breites Bündnis „gegen Gewalt“ zu initiieren. Die Gleichsetzung von links und rechts als Feinde der „Mitte“ findet hier ihren Ausdruck. Dagegen gilt es zu agieren – in der Gesellschaft, im Betrieb und auf der Straße!

Ein zentrales Feld für die Gewerkschaften muss weiterhin die Forderung nach Mitbestimmung sein – Mitbestimmung in allen Teilen des sozialen Lebens. In einer Gesellschaft, die Menschen aufgrund der Einteilung nach „innen“ und „außen“ diskriminiert, in einem Staat, der lieber den Profit schützt, als sozialen Ausgleich zu ermöglichen und in einem System, das die Ausbeutung der Arbeit weiterhin vorschreibt, haben wir, als Teil der progressiven Kräfte, zu wenig Mitbestimmung. Mitbestimmung in diesen Bereichen und vielen mehr gilt es einzufordern – in der Gesellschaft, im Betrieb und auf der Straße!

ISABEL ARTUS
Vorsitzende DGB-Jugend Hamburg



Kämpft weiter

Rede der Journalistin Eurydike Bersi
aus Athen zum 1. Mai

Hallo, liebe Freund_innen und Kolleg_innen!

Hier zu sein ist für mich eine Ehre. Noch einmal ein Dankeschön an die Organisator_innen für ihre engagierte Arbeit, für die wir ihnen von Herzen danken.

Lasst mich mit einer Frage anfangen: Nehmen wir mal an, ihr habt untragbare Schulden aus einer früheren Zeit, als euer Einkommen höher war. Wäre es korrekt, wenn euer Gläubiger verlangen würde, mit eurer Tochter zu schlafen? In einer zivilisierten Welt dürfen Gläubiger bestimmte Dinge tun und andere nicht. Diesen Unterschied gibt es in Griechenland nicht mehr. Die Vergewaltigung des Landes und der Menschen, die eigentlich am meisten schutzbedürftig sind, hat historische Dimensionen angenommen. Unter den hässlichen Kindern, die dieser Gewaltakt erzeugt hat, sind die Neo-Nazi-Banden, die ihre Popularität nicht verlieren werden, solange nicht der enorme Druck auf die Bevölkerung aufhört. Wenn die Neo-Nazis der Goldenen Morgenröte nur einwanderungsfeindliche, antikommunistische, rassistische Hass-Sprüche klopfen würden, würden sie immer noch nur 0,3 Prozent der Wählerstimmen bekommen, wie es vor der Krise der Fall war. Aber sie reden auch darüber, auf ihre verzerrte Art und Weise, was in den letzten vier Jahren mit dem Land geschehen ist. Wenn ihr also versucht, das Phänomen „Goldene Morgenröte“ zu verstehen, so nehmt die wirtschaftliche Erklärung (Faschismus als Waffe der Herrschenden gegen die Linke) und die psychologische Erklärung,

das Bedürfnis nach einem starken Führer) und stellt sie in den Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Verwüstung und der Aushöhlung der Demokratie, die wir in den letzten vier Jahren in Griechenland erleben.

Eine zweite Frage: Wie nennt ihr jemanden, der die „korrupten Griechen“ kritisiert und dann alles in seiner Macht Stehende tut, ein kaputtes politisches System zu unterstützen, es aufrecht zu erhalten, weil es den eigenen Interessen dient? Ihr nennt diesen

Wäre es korrekt, wenn euer Gläubiger verlangen würde, mit eurer Tochter zu schlafen?

Jemand „deutsche Regierung“. Der jüngste Besuch von Kanzlerin Merkel bei Ministerpräsident Samaras war ein offensichtliches Signal dieser Unterstützung. Die deutschen Eliten haben alles unternommen, die griechischen Eliten abzuschirmen, wie man zum Beispiel an ihrer Haltung im riesigen Siemens-Korruptions-Skandal oder im U-Boot-Skandal oder in den verschiedenen Bestechungsskandalen bei Verteidigungsaufträgen. Deutschland ist das einzige EU-Land, das die UN-Vereinbarung nicht ratifiziert hat. Vielleicht will es korrupte Unternehmen sowohl im eigenen Land wie korrupte Vasallenregierungen im Ausland schützen?

Aber selbst diese Unterstützung könnte sich früher oder später als unzureichend erweisen. Es besteht durchaus die Mög-

lichkeit, dass die Europawahlen am 25. Mai das Ende der griechischen Koalitionsregierung einläuten könnten. Dann nämlich, wenn, wie die Vorhersagen lauten, Syriza, die Koalition der radikalen Linken, die Wahlen gewinnen wird. Die griechische Regierung hängt am seidenen Faden, besonders wegen der Schwäche der sich sozialistisch schimpfenden PASOK. Ein katastrophales Wahlergebnis könnte nämlich zu vorgezogenen Neuwahlen führen. Dann brauchen die griechischen Beschäftigten jede denkbare Unterstützung aus dem übrigen Europa.

Ich will euch erklären warum.

Damals in den 80er Jahren haben einige von euch sich an der breiten Solidaritätskampagne für die britischen Bergarbeiter gegen die Politik von Margaret Thatcher beteiligt. Ihr habt gewarnt, dass dies ein entscheidender politischer Zeitpunkt ist, dass das Ergebnis dieses Kampfes den Rest von Europa für Jahrzehnte beeinflussen würde. Wie recht ihr hattet!

Jetzt sind wir wieder an einer ähnlichen Wegscheide mit weitreichenden Auswirkungen für jeden in diesem Raum, nicht nur für uns hier auf dem Podium. Wie viele Menschen wissen tatsächlich, was der Finanzpakt ist? Es ist ein Vertrag, der beschlossen wurde, ohne dass es viele Menschen überhaupt bemerkten. Ein Vertrag, der bald wirksam wird und harte Sparmaßnahmen für alle Euro-Länder bringen wird, auch für Deutschland. Die harte Sparpolitik wurde vom IWF zuerst in armen Entwicklungsländern verordnet, dann kam sie in die europäischen Randländer und jetzt denkt Frankreich schon darüber nach. Und wer könnte der nächste sein?

Aber während so viel auf dem Spiel steht, macht es mich traurig, dass die Diskussionen hierzulande sich seit 2010 nicht besonders geändert haben. Die einzige Frage, die viele Deut-

sche zu haben scheinen, ist, ob die Griech_innen endlich ihre Steuern zahlen. Jedes Mal, wenn ich das höre, bewundere ich die enorme Wirkung von Propaganda. Versteht mich nicht falsch:

Die einzige Frage, die viele Deutsche zu haben scheinen, ist, ob die Griech_innen endlich ihre Steuern zahlen

natürlich ist die Frage in Ordnung. Es gibt riesige Probleme im griechischen Steuersystem und sie werden schlimmer, je weiter man nach oben schaut. Wer den Namen Uli Hoeneß schon mal gehört hat, weiß, was ich meine. Aber es gibt einen Grund, warum die Propagandamaschinerie die Frage so liebt:

„Wann zahlen die Griechen endlich ihre Steuern?“ Die Frage unterstellt nämlich, dass die Politik der Troika in Griechenland Gerechtigkeit herstellen will. Nun, das stimmt gerade nicht. Das Ziel ist vielmehr, die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Dank der Troika bekommen griechische Oligarchen wertvolles Staatsvermögen für ein paar Peanuts. Einige wenige von ihnen gerieten durch die Krise in finanzielle und juristische Schwierigkeiten, aber die einfachen Menschen hatten natürlich nichts davon. Wie von der Troika geplant, nützt der Abgang einiger griechischer Oligarchen, wenn man überhaupt davon sprechen kann, nur noch größeren und noch mächtigeren weltweit agierenden Konzernen.

Wie viele Deutsche würden noch die Position von Kanzlerin

Merkel unterstützen, wenn sie feststellen würden, dass ihre harte Haltung gegenüber Griechenland nichts mit Gerechtigkeit zu tun hat, sondern mit Umverteilung von Reichtum und Macht von unten nach oben?

Jetzt würde wahrscheinlich die durchschnittliche Bild-Zeitungsleser_in aufstehen und sagen: „Genug, Frau Bersi! Wir haben Griechenland doch jede Menge unserer Steuergelder gegeben!“

Die Antwort lautet natürlich: Ihr habt uns noch gar nichts gegeben. Denn all das Geld, das Griechenland leihen musste, um unverantwortliche französische und deutsche Banken zu bezahlen, wird ganz normal zurück gezahlt. Diejenigen von euch, die andere Informationsquellen haben, wissen sicherlich, dass Deutschland enorm von der

land dringend gebraucht werden.

Als die Krise anfang, betrug die griechische Staatsschuld 120% des Bruttosozialprodukts. Nach vier Jahren „Rettung“ (noch so ein Propagandabegriff) liegt die Quote nun bei 175%. Es ist allen vollkommen klar, dass es keine Lösung geben kann, ohne dass ein großer Teil der Staatsschulden gestrichen wird.

Das wird allerdings von Deutschland ausgeschlossen. Euch wird erzählt, dass ein griechischer Schuldennachlass die deutschen Staatsfinanzen belasten würde und darüber hinaus indirekt auch das deutsche Gesundheits- und Rentensystem. Ich bin eigentlich keine Freundin von Vergleichen mit dem 2. Weltkrieg, aber die Ähnlichkeit hier ist doch zu offensichtlich. Während der Besetzung Griechenlands wurde die umfangreiche Plünderung der griechischen Staatskasse, der Unternehmen, der landwirtschaftlichen Produktion und der Privatvermögen dargestellt als notwendiges Übel (übrigens warten wir immer noch auf Reparationen); als etwas, das getan werden musste, um die deutsche Bevölkerung zu Hause



E. Bersi auf dem Gegengipfel zum Davoser Wirtschaftsgipfel

Krise in den EU-Randländern profitiert hat. Einmal durch die niedrigeren Kapitalmarktzinsen, wodurch der deutsche Staat bei der Schuldenaufnahme Milliarden Euro einspart; dann durch den riesigen Kapitalimport, der den deutschen Unternehmen enorme Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Konkurrenten im restlichen Europa verschafft; und schließlich durch die Zuwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte, die in Deutsch-

bin nicht damit einverstanden und ich hoffe, ihr seid es auch nicht, dass wir wieder bei diesem Nullsummenspiel angelangt sind, bei dem entweder wir leiden oder ihr. Es gibt andere Lösungen, die darin bestehen, die Kosten auf die umzulegen, die sie sich leisten können.

Das sollte unsere Forderung an diesem 1. Mai sein!

Vielen Dank!

PROTEST-RADTOUR

gegen Ausbeutung, Arbeitsbelastung und Arbeitszeitmodell

Aus dem Aufruf zur GEW-Aktion vom 24. April

Eine wesentliche Ursache der zunehmenden Arbeitsbelastung der Lehrkräfte in Hamburg ist das unsägliche „Arbeitszeitmodell“, das vor 10 Jahren dazu erfunden wurde, um möglichst viele Aufgaben ohne Entlastung in der Arbeitszeit der LehrerInnen verstecken zu können. Die Folge: immer mehr zusätzliche Tätigkeiten ohne Entlastung, zunehmende Bürokratie und immer weniger Zeit für den Kern der Arbeit, das Unterrichten.

Wir kämpfen mit der GEW seit langem gegen diese Regelungen. Im Februar 2015 ist Bürgerschaftswahl. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass Bildung in der nächsten Legislatur besser finanziert wird, dass die Stadt zusätzliche, neue und sinnvolle Aufgaben von Schule (Ganztag, Inklusion) auch mit zusätzlichen Mitteln finanziert. Dafür brauchen wir eine gerechte und angemessene Regelung der Lehrer-Arbeitszeit. Und dafür radeln wir zusam-

men am 24. April!

Wir fahren vom Curiohaus durch die Innenstadt zu einigen europäischen Konsulaten, wo wir uns jeweils Bausteine einer klugen Lehrer-Arbeitszeitregelung aus anderen Ländern abholen werden, bis zum Rathausmarkt, wo wir unsere Forderungen der Hamburger Bürgerschaft deutlich machen werden.

Von den Arbeitsbedingungen und der Bildungsfinanzierung sieht es in sehr vielen europäischen Ländern besser aus als in Deutschland und in Hamburg.

Ein paar Schlaglichter:

Arbeitsstunden im Jahr für Lehrkräfte:

Frankreich: 1607 Stunden im Jahr /

Hamburg: 1770 Stunden



Fotos: hlz

Los geht's



Der schwedische Konsul hatte ein offenes Ohr für das Anliegen der Hamburger Lehrer_innen

Unterrichtsstunden pro Woche:

Dänemark: 22 U-Std. im Schnitt der Primarstufe, maximal 26 U-Std.

Hamburg: 26,5 U-Std. im Schnitt in den befragten Grundschulen (BSB Umfrage 2014), maximal 29 U-Std.

Zeitanteil für Vorbereitung, Kooperation, administrative Aufgaben

Norwegen (in der Mittelstufe): 64,1% / Dänemark: 60,5% / Frankreich: 59,5% / Schweden: mindestens 59% / Hamburg: 54%

Arbeitsplätze für LehrerInnen an Schulen

Schweden: 100%

Hamburg: 10%

Bildungsfinanzierung mit öffentlichen Mitteln (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts):

Dänemark: 8,0%

Norwegen: 7,6%

Schweden: 6,5%

Frankreich: 6,3%

OECD-Durchschnitt: 6,3%

Deutschland: 5,3 %

Hamburg: 2,9 % - Geringster Anteil der Bildungsausgaben am BIP aller deutschen Bundesländer (Alle Zahlenangaben von 2010)!

Wir fordern von der Stadt Hamburg und der BSB, spätestens nach der Bürgerschaftswahl im Februar 2015 folgende Punkte umzusetzen:

- Die Schuldenbremse ist eine Bildungsbremse und muss abgeschafft werden!

- Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP Hamburgs muss mindestens auf das Durchschnittsniveau der OECD angehoben werden

- Wir brauchen 550 neue Stellen für die gute Umsetzung der Inklusion:

* für multiprofessionelle Teams

* für Individualisierung, Differenzierung und Therapie

* für Prävention und frühe Förderung

* für Beratung und Elternarbeit

- Wir brauchen eine neue, faire und gerechte Regelung der Lehrerarbeitszeit und der Lehrkräftearbeitsbedingungen:

* weniger Unterrichtsstunden

* mehr Doppelbestellungen

* kleinere Lerngruppen

* bezahlte Teamzeiten

* ausreichende, gut ausgestattete Arbeitsplätze

GEW Hamburg, 24. April 2014



Auch der norwegische Konsul erklärt seine Solidarität



LEGO für Jugendmusikschule in Hamburg

„Für Musik begeistern – was ist Hamburg die musikalische Bildung wert“, so lautete das Motto für die entscheidende Streikwoche der Jugendmusikschule in Hamburg. Ergebnis: Der erste Eingruppierungstarifvertrag für Lehrkräfte in einem Bundesland

Von Anfang an: Die Jugendmusikschule ist in Hamburg eine Einrichtung des Landes und der Schulbehörde zugeordnet, wie z. B. auch die VHS. Das bringt mehrere Besonderheiten mit sich. Obwohl die Jugendmusikschule das klassische Profil einer Musikschule bietet, ist ihre Verzahnung mit den allgemeinbildenden Schulen eng. Die Lehrkräfte werden in den Grundschulen für musikalische Ergänzungsmaßnahmen eingesetzt, sie arbeiten mit in besonderen Förderprogrammen (JEKI = Jedem Kind ein Instrument) und gestalten den Ganztagsbetrieb an allen Schulformen.

Dies spiegelt sich auch in der gewerkschaftlichen Organisation wider. Anders als bei den

Gemeinden ist gut ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder in der GEW organisiert, zwei Drittel bei Ver.di.

Bei den bundesweiten Tarifverhandlungen 2011 wurde vereinbart, dass neben den LEGO Verhandlungen auf Bundesebene in Hamburg gesondert für die Jugendmusikschullehrkräfte eine Entgeltordnung verhandelt werden soll. Trotz dieser Vereinbarung tat sich lange nichts. Die ersten Versuche von Ver.di und GEW, die Stadt an den Verhandlungstisch zu bringen, wurden von Seiten der Arbeitgeber 2012 erst einmal durch „Tarifgespräche“ entschärft. Erst nach dem Scheitern der LEGO Verhandlungen 2013 war die Stadt bereit, echte Tarifverhandlungen aufzu-

nehmen.

Die Forderung von Ver.di und GEW war eindeutig: Voll ausgebildete Lehrkräfte müssen E 11 erhalten, nicht voll qualifizierte müssen die Möglichkeit des Aufstiegs durch Fortbildung und Erfahrung bekommen.

Das Angebot der Stadt dagegen war ernüchternd: Es bleibt bei der Eingruppierung nach E 9, nur wer in größeren Gruppen ab 12 Schüler_innen unterrichtet, soll nach E 10 eingruppiert sein.

Grund für diese „Heraushebung“ ist das inhaltliche Interesse der Stadt an einer Veränderung der Jugendmusikschule weg vom Einzelunterricht hin zur Arbeit in Gruppen und der Einsatz im Ganztagsbereich der Schulen. Damit sollte die Ju-



- die Musik in Maßnahmen des sozialen Trainings unterrichten.

Maßgeblich ist, außer beim Einsatz in zwei Fachbereichen, dass die jeweiligen Merkmale zur Hälfte der individuellen Arbeitszeit ausgeübt werden. Die Merkmale können auch kumulativ erfüllt werden.

Insgesamt sind damit 55 – 60 Prozent der Beschäftigten der Jugendmusikschule Hamburg in die Entgeltgruppe E 10 eingruppiert.

Auch wenn die gewerkschaftliche Forderung nach E 11 nicht durchgesetzt werden konnte, ist der Tarifabschluss ein Erfolg. Zum ersten Mal konnte ein Eingruppierungstarifvertrag für Lehrkräfte in einem Bundesland durchgesetzt werden. Das ist an sich schon ein Novum. Und: Dieser Tarifvertrag verbessert dazu noch die Bezahlung der Mehrheit der Beschäftigten.

Die haben dem Tarifiergebnis mit fast 90 Prozent der abstimmenden Gewerkschaftsmitglieder zugestimmt. Dass damit ein Novum erreicht ist, zeigt sich auch daran, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) den Abschluss erst nach kontroverser Diskussion akzeptiert hat. Jetzt wird es darum gehen, den Tarifvertrag umzusetzen und für die nächsten Jahre die Basis für weitere Verbesserungen zu legen.

ANDREAS HAMM

Jugendmusikschule auf jeden Fall kosteneffektiver werden.

Dies Angebot nun brachte Bewegung in die Belegschaft. Großes Plus: Ein harter Kern gewerkschaftlicher Aktivist_innen schaffte es, tatsächlich jede Kollegin, jeden Kollegen zu erreichen und die Tarifforderungen in unzähligen Veranstaltungen, Gesprächen und Mails zu erläutern. Ein erster Warnstreik im Februar brachte keine substantiellen Fortschritte. Ganz offenbar brauchte die Stadt mehr Druck. Da die meisten Beschäftigten in Teilzeit arbeiten und deshalb auch freie Tage haben, beschlossen die Gewerkschaften, den Streik auf eine Woche auszudehnen. Dazu gab es ein umfangreiches Streikprogramm mit Podiumsdiskussionen, Besuchen beim Schulsenator, Workshops und natürlich Musik, Musik, Musik mit einem Öffentlichen Konzert im Curio Haus.

Dieser Streik zeigte, dass die Belegschaft den Tarifvertrag will. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten beteiligte sich. Drei Viertel des Unterrichts ist betroffen. Und: Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder verdoppelte sich.

Und damit kommt endlich Bewegung

in die Verhandlungen. Ganz offensichtlich erkennt die Gegenseite, dass sie mehr bieten muss als das einzige Kriterium „große Gruppen“ für eine Eingruppierung nach E 10. Nach mehreren Verhandlungsrunden sind die Kriterien für eine Hebung erweitert. Künftig sind die Beschäftigten in die Entgeltgruppe 10 TV – L eingruppiert, die

- in zwei Fachbereichen eingesetzt sind
- die Gruppen mit mindestens vier Schüler_innen unterrichten
- die Ensembles, Chöre oder Orchester leiten
- die in der Begabtenförderung eingesetzt sind oder



Hier wird eine andere Musik gespielt

Stinkt zum Himmel

Nicht nur so manches Klo an Hamburger Schulen, sondern die gesamte Finanzierung der Ganztagsbetreuung gehört auf den Prüfstand

Landläufig steht GTS für Ganztagsschule und GBS für ganztägige Betreuung an Schulen. Dass aus GTS Ganz Tolle Schulen und aus GBS Ganz Besondere Schulen erwachsen sollen, dafür demonstrierten zahlreiche Kolleg_innen aus dem Ganztagsschulbereich in der Innenstadt. Das Leuchten der übergestreiften Warnwesten war nur

noch überstrahlt von den Augen der Kinder, die die Forderungen der Erwachsenen lautstark unterstützten.

Da der Hamburger Senat zurzeit Straßen- und Verkehrsbaumaßnahmen im erheblichen Umfang durchführt, war es nur passend, auf eine weitere Großbaustelle in Hamburg aufmerksam zu machen, die nicht die

Verkehrswege der Erwachsenen behindert, sondern die Bildungswege unserer Kinder.

An den Hamburger Grundschulen hat flächendeckend der ganztägige Schultag Einzug gehalten. Fast 67% aller Hamburger Grundschülerinnen und Grundschüler nehmen an den ganztägigen Angeboten teil. Der quantitative Ausbau ist abgeschlossen, aber die Qualität der Ganztags-Grundschulen muss noch an vielen Stellen verbessert werden. Hamburgs Schulsenator sieht es ähnlich, aber er nimmt nicht das nötige Geld in die Hand, um die nötigen Ausstattungsverbesserungen umzusetzen.

Am selben Tag, an dem die GEW, die Elternkammer und der LEA (Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung), mit mehreren hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern trotz Hamburger Schmuttelwetter die Warnwesten-Demo durchführten, erschien der Newsletter der Schulbehörde. Als erste „News“ ist dort zu lesen:

„Ganztag an Hamburgs Schulen: Behörde startet Qualitätsoffensive“

Weiter im Text bietet sich das altbekannte Bild: Senator Rabe lässt Erhebungen durchführen, um diese dann bis Juni ausgewertet zu haben. – Es findet sich kein Wort über die Maßnahmen, die sofort durchzuführen wären.

GBS – Groß-Bau-Stelle – beschreibt diese Form der Ganztags-Grundschule aber dann doch nicht korrekt. Alle Kolleginnen und Kollegen, gleich welcher Profession, geben ihr Bestes, damit die Kinder auch an diesen Schulen Bildung, Betreuung und Erziehung auf hohem Niveau erfahren. Allerdings innerhalb eines nicht ausreichenden Zeitrahmens. Ein Austausch zwischen Lehrerinnen und Lehrern, die bis 13.00 Uhr für die Kinder zuständig sind und den Erzieherinnen und Erziehern, die ab 13.00 Uhr die Kinder

Fotos: hlz



Warnwestenwimmelbild



Jung und Alt im Kampf vereint

übernehmen, ist im System GBS finanziell nicht festgelegt. Die personelle Ausstattung sieht 15,0 Personalwochenstunden für die Erzieherinnen und Erzieher vor, d.h. eine tägliche Arbeitszeit von 13 bis 16 Uhr, in der 23 Kinder je pädagogischer Fachkraft betreut werden.

Deshalb lautete eine der Forderungen, die mit großer Verve vom Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe vorgebracht wurde: „Nun endlich die vierte Erzieherstunde bezahlen!“ – Pro Schultag eine vierte Stunde pro GBS-Gruppe zu finanzieren, bedeutet jährlich ca. 5,5 Millionen Euro zusätzlich in das System einzustellen und somit den Kostenerstattungssatz, der an die Kooperationspartner gezahlt wird, je GBS-Kind monatlich um ca. 17 Euro zu erhöhen.

Eltern, Kinder und Beschäftigte der Hamburger Grundschulen erteilten – symbolisiert durch die übergezogenen Warnwesten – dem Schulsenator eindrucksvoll und bildgewaltig eine Abmahnung.

Die GEW erinnerte daran,

dass es keiner zweiten Abmahnung bedürfe, um gekündigt zu werden. Ob Senator Rabe nun endlich die Erhöhung der Finanzierungssätze umsetzen wird, muss sich zeigen. Hunderte von Eltern und Beschäftigten haben jedenfalls mit der Warnwesten-Demo die Ernsthaftigkeit ihrer Forderung unterstrichen.

Am 19. Mai findet um 20 Uhr ein Treffen von Eltern und Beschäftigten in den Räumen der

GEW statt, um den Start einer Volksinitiative bezüglich der Verbesserung der Personalausstattung an Ganztagschulen zu diskutieren. Nicht nur Senator Rabe muss unter Beweis stellen, dass seine Qualitäts-Offensive mehr als ein Papiertiger sein wird.

JENS KASTNER,
Sprecher der

Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe



Was sind schon so ein paar Tropfen Regen gegen das, was wir wollen

Worum es eigentlich geht

Auszug aus der Rede des LEA (Landeseltern-ausschuss Kinderbetreuung)-Vorstandsmitglieds Björn Staschen bei der Warnwestendemonstration am 8.5.

Liebe Schülerinnen und Schüler; liebe Eltern, liebe Lehrerinnen, Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher!

Worum geht es eigentlich bei GBS und GTS, bei ganztägiger Betreuung und Bildung an Schulen? Bei unseren Ganztagschulen?

In diesen Abkürzungen fehlt doch etwas. Das K für die Kinder, um die es in erster Linie gehen muss und an deren Stelle wir hier heute stehen, für deren Interessen wir uns heute einsetzen. Es geht darum, was unsere Kinder brauchen.

1. Es geht nicht darum, was ein Schulsenator für machbar hält. Es geht nicht darum, was ein Senat bezahlen kann. Wir freuen uns: Der Schulsenator

hat offenbar verstanden, dass Vor- und Nachmittag an unseren Schulen ineinandergreifen müssen. Dass Lehrer_innen und Erzieher_innen in den Stand versetzt werden müssen, miteinander zu reden und zu arbeiten, statt sich nur immer wieder zu „übergeben“.

Aus unserer Sicht ist dies der Kern für einen Erfolg von GBS und GTS:

- das Miteinander
- die Verschränkung der Bildung und der Betreuung, also
- Erzieher_innen auch am Vormittag
- Lehrer_innen auch am Nachmittag

Unsere Kinder sind immer da – warum sollten also diejenigen, mit denen sie ihren Alltag teilen, kommen und gehen?

Kinder wollen selbst gestaltet leben, selbst entscheiden, wie sie ihre Zeit verbringen. Freies Spiel braucht aber mehr Personal. Und Inklusion kostet nachmittags genauso viel Geld und Stunden wie am Vormittag. Es braucht genug Geld, das zu finanzieren. Es geht nicht in erster Linie darum, was ein Senat bezahlen kann. Es geht nicht darum, was ein Schulsenator für machbar hält. Es geht darum, was unsere Kinder brauchen.

2. Es geht auch nicht darum, was die Räume an den Schulen heute hergeben. Es geht nicht darum, wie lange Schulbau Hamburg braucht, um umzubauen. Eine Mutter hat dem LEA berichtet, dass sie kürzlich an einer Grundschule vorbeiradete: mittags, gegen zwei Uhr, die meisten hatten gerade gegessen. Da sah sie, wie auf den Fensterbänken Kinder lagen und schliefen. Weil es kaum Ruhe- und Toberäume gibt. Das ist unhaltbar. Es freut uns, dass der Schulsenator seit Wochen nichts anderes tut, als sich mit Schultoiletten und Hygiene zu beschäftigen. Das ist prima – aber auch nur erforderlich, weil die Zustände mancherorts zum Himmel stinken! Schulen sind heute ein Lebensraum für unsere Kinder. Ein Raum, in dem Kinder 6, 7, 8 Stunden verbringen. Es geht nicht darum, wie lange Schulbau Hamburg braucht, um umzubauen. Es geht darum, was unsere Kinder brauchen (...), was diesen Tag in der Schule zu einem wertvollen Tag für unsere Kinder macht. Es geht darum, dass wir das Bestmögliche erschaffen für unsere Kinder; einen Lebensraum Schule schaffen, der seinen Namen verdient; dass wir gemeinsam überlegen, wie wir das hinbekommen – Schüler_innen, Eltern, Erzieher_innen, Lehrer_innen – und ja, der Senat. Darum geht es und nur darum.



Fotos: hz

Machen auch deutlich, worum es geht



Benchmarking unter den Stadtteilschulen?

Seit 1959 empfängt der Senat zum 1. Mai Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften im Rathaus. Traditionell beginnt der Empfang mit einer Rede des Ersten Bürgermeisters. In diesem Jahr versicherte Olaf Scholz u.a. seine Unterstützung für das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf sowie die Jugendberufsagentur. Damit bekräftigte er seine Aussagen vom Maiempfang 2013 und der Jubiläumsfeier zum HIBB.

In seiner diesjährigen Rede sprach der Bürgermeister von einem Benchmarking unter den Stadtteilschulen, welches durch die Daten der Jugendberufsagentur möglich wird. Beim Bench-

marking beurteilt man Schulen nach Kennzahlen. Für diese Kennzahlen aggregiert die Jugendberufsagentur den Verbleib der Schülerinnen und Schüler in einer Weise, dass die Übergangsquoten nach der 10. Klasse einfach verglichen werden können. Es geht also um den prozentualen Übergang in die Oberstufe, in duale Ausbildungen, in vollschulische Ausbildungen, in Av-Dual, die Berufsqualifizierung usw. Bei diesem Benchmarking wird von rein quantitativen Tatbeständen auf die Qualität der Berufsorientierung geschlossen und damit eine Aussage über die Arbeitsergebnisse der Lehrkräfte der Stadtteilschulen und

Beruflichen Schulen getroffen. Ein solches Vorgehen ist nicht hinnehmbar, weil der vermutete einfache Zusammenhang zwischen der Wahl des weiteren Bildungsgangs und der Qualität der Berufs- und Studienorientierung nicht besteht. Viele Aspekte beeinflussen den Übergang nach der 10. Klasse.

Für den Gesamtpersonalrat habe ich dem Ersten Bürgermeister einen Brief geschrieben, der die Probleme und Änderungsbedarfe benennt. Wenn sich das Ganze nicht als großes Missverständnis herausstellt, erwarten wir die Unterstützung der Kollegien durch die BSB und das HIBB statt der Beurteilung auf Basis solcher Zahlen. Bloße Kennzahlen führen ggf. zu einer Stigmatisierung einzelner Stadtteilschulen, die durch die Inklusion und den weiteren Aufbau der Stadtteilschule ohnehin schon genügend belastet sind.

ROLAND KASPRZAK,
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats

kaputtgespart

Sehenden Auges fahren die Verantwortlichen die Berufs- und Studienorientierung an den Stadtteilschulen gegen die Wand. So scheitert die Reform des Übergangssystems Schule-Beruf, bevor sie richtig wirken kann

In Hamburg werden momentan die ersten wirkungsvollen Ansätze für eine gelingende Berufs- und Studienorientierung systematisch zunichte gemacht. Anstatt mit einem schlüssigen Konzept und einer angemessenen Personalausstattung dieses für den Wirtschaftsstandort Hamburg so wichtige Thema beherzt und entschlossen weiter zu verfolgen, schauen der Bürgermeister und sein Bildungssenator zu, wie auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte ein Kleinkrieg

zwischen der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), Abteilung Stadtteilschulen und dem Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) um die knappen personellen Ressourcen für die Berufs- und Studienorientierung ausgetragen wird.

Zur Erinnerung: Mit der Drucksache 19/8472 entschied die Bürgerschaft im Januar 2011, dass eine über mehrere Jahre aufwachsende Zahl von Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern in die Stadtteilschulen gehen sollte, um dort die

Berufs- und Studienorientierung in Zusammenarbeit mit den STS-Lehrkräften weiterzuentwickeln und zu verbessern. In mehreren Tranchen sollen bis zum Schuljahr 2015/16 Berufsschullehrkräfte in einem Umfang von 120 Stellen diese wichtige Aufgabe übernehmen und dazu beitragen, die Übergangszahlen in eine berufliche Ausbildung zu erhöhen und die Abbrecherquoten in der Berufsausbildung und dem Studium zu verringern.

Das erste Mal wurde dieser Beschluss im Schuljahr 2012/13

aufgeweicht, als die zu diesem Zeitpunkt vorgesehenen 17 Stellen zum Aufbau der Jugendberufsagentur zweckentfremdet wurden. Ein wichtiges Thema, aber eben keine Berufs- und Studienorientierung.

Der ganz große Bruch – und damit das absehbare Scheitern der Berufs- und Studienorientierung – kam im vergangenen Jahr, als der Senat beschloss, die zukünftig von den Berufsschulen an die Stadtteilschulen abzugebenden 75 Lehrerstellen für Berufs- und Studienorientierung den Stadtteilschulen auf ihren Stellenplan anzurechnen.

Damit wurden die Kolleginnen und Kollegen der Berufsschulen und mit ihnen die Berufs- und Studienorientierung von einer willkommenen und wichtigen Ergänzung des Angebots der Stadtteilschulen zur ungeliebten Konkurrenz. Berufsschullehrkräfte, die ohne schlüssiges Konzept die Kolleginnen und Kollegen der Stadtteilschulen aus dem Fach Arbeit und Beruf verdrängen, den Tutorinnen und Tutoren wichtige Zeiten zur Arbeit mit der Klasse blockieren

und teilweise fachfremd in allgemeinbildenden Fächern eingesetzt werden, schaden den Stadtteilschulen mehr als sie nützen und sind verständlicherweise nicht willkommen.

Seit 2011 waren weder das HIBB noch die BSB in der Lage, ein gemeinsames, mit Industrie und Handwerk abgestimmtes Konzept zur Berufs- und Studienorientierung zu entwickeln. Dies ist ein absolutes Armutszeugnis, das nur mit gegenseitiger Blockadepolitik und Ignoranz erklärt werden kann. Es bleibt ein Rätsel, wieso der Bürgermeister und sein Senator gleichgültig diesen Ränkespielchen zusehen.

Für die Kammern und Verbände scheint indes der von ihnen ausgerufene Fachkräftemangel doch nicht so problematisch zu sein. Sie schauen sich das Scheitern der Berufs- und Studienorientierung tatenlos an, nach dem Motto: „Nichts sehen, nichts hören und erst rechts nichts sagen.“ Dabei hätten sie durch ihre starke Position in der Hamburger Politik und im HIBB-Kuratorium alle Mittel in der Hand, der

Berufs- und Studienorientierung in den Stadtteilschulen zu ihrer angemessenen Bedeutung zu verhelfen. Es mag daran liegen, dass die Wirtschaft immer noch viele Ausbildungsplätze mit Schulabgängern und Schulabgängerinnen anderer Bundesländer besetzen kann. Hamburgs Jugendliche haben das Nachsehen.

Die Zahl der Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer, die sich und ihre Vorstellungen von gelingender Berufs- und Studienorientierung in dieser schädlichen Gemengelage freiwillig opfern wollen, ist weit von den geplanten 100 Stellen für das Schuljahr 2014/15 entfernt. Der Weg des HIBB, seine Verpflichtungen aus der Drucksache gegenüber der BSB durch Zwangsabordnungen zu lösen, wird auch die letzten idealistisch gestimmten Kolleginnen und Kollegen vergraulen.

Mit der ersten Tranche im Schuljahr 2011/12 wurde noch der richtige Weg besritten: Die Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer kamen ohne Anrechnung auf den Stellenplan der Stadtteilschulen als zusätzliches Angebot und zur Unterstützung der Stadtteilschulkollegien an die Schulen. Sie brachten Entlastung, weil sie sich um die Jugendlichen kümmerten, deren Übergang in die Oberstufe gefährdet war und brachten ihre Erfahrung und Haltung in die schulinternen Entwicklungsprozesse ein. Aus diesen ersten Erfahrungen wurde im Frühjahr 2012 von Dr. Alfred Lumpe und Hartmut Schulze in einem Artikel in *Berufliche Bildung Hamburg* 1/2012 ein Konzept entwickelt, dass die Tätigkeiten der Berufsschullehrkräfte wie folgt beschreibt:

Die Lehrkräfte der berufsbildenden Schulen unterstützen die Lehrkräfte der Stadtteilschulen, die Fachberaterinnen und -berater der Agentur für Arbeit und die Mitarbeitenden der Jugendberufsagentur. Sie sind mindes-



Selbst unsere Urhaken waren besser...

tens an einem Tag je Woche in der Stadtteilschule präsent, um verlässlich erreichbar zu sein. Die Aufgaben lassen sich in drei Schwerpunkte gliedern:

Aufgabenschwerpunkt I ist die Unterstützung und Begleitung im Einzelfall. Dazu gehören u.a. die Vorbereitung, Begleitung und Auswertung betrieblicher Praktika, die Vorbereitung auf Beratungs- und Bewerbungsgespräche sowie die Initiierung von und Mitwirkung an Fallkonferenzen.

Aufgabenschwerpunkt II ist die Information und Beratung von Schülerinnen und Schülern sowie gegebenenfalls die Qualifizierung von Lehrkräften und Eltern. Die Beratung wird durch Informationsveranstaltungen ergänzt, deren Themen u.a. Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt, Bildungsabschlüsse und Weiterbildungsmöglichkeiten, staatlich finanzierte Ausbildungsangebote sind.

Aufgabenschwerpunkt III ist die Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur.

Folgerichtig wäre gewesen, dieses Konzept zu präzisieren, zur Grundlage für den weiteren Ausbau der Berufs- und Studienorientierung zu machen. Stattdessen wurden mit der Entscheidung, die Stellen für die Berufs- und Studienorientierung auf den Stellenplan der Stadtteilschulen anzurechnen, die Zeiten für zentrale Aufgaben der Berufs- und Studienorientierung gestrichen und damit 75 Lehrstellen eingespart. Eine sehr kurzsichtige Entscheidung.

Um die Matchingprozesse zu verbessern und Übergänge von Jugendlichen in die Berufsausbildung zu erleichtern, bedarf es individuell abgestimmter und zeitintensiver Prozesse. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund, deren Eltern und Großeltern die kulturelle Verwurzelung und Wertigkeit der handwerklichen und industriellen Erwerbstätigkeit in

Deutschland nicht kennen und damit nicht weitergeben können, brauchen eine intensive Begleitung. Gerade hier müssen die Eltern mit einbezogen werden, da sie ihren Kindern häufig davon abraten, sich für eine Berufsausbildung im dualen System zu entscheiden. Viele Einzelberatungen, Erfahrungen im Lernort Betrieb und Erkenntnisse über die eigenen Neigungen und Stärken sind notwendig, um ein Umdenken zu bewirken und die Jugendlichen beim Übergang zu unterstützen. Mit der Anrechnung der Stellen für Berufs- und Studienorientierung werden aber genau diese Ansätze kaputtgespart. Die Stadtteilschulen werden entweder gezwungen, die Berufsschullehrkräfte im Regelunterricht einzusetzen – wo sie die Kernaufgaben der Berufs- und Studienorientierung nicht mehr leisten können – oder sie verdrängen die angestammten Stadtteilschullehrkräfte aus dem Bereich Arbeit und Beruf.

Eine gelingende Berufs- und Studienorientierung an den Stadtteilschulen, die vorhandene Angebote erweitert und für höhere Übergangszahlen und bessere Zukunftsperspektiven der Jugendlichen sorgt, würde die Attraktivität der Stadtteilschulen erheblich steigern.

Die Jugendberufsagentur kann ohne eine funktionierende Berufs- und Studienorientierung ebenfalls nicht erfolgreich arbeiten.

Deshalb fordern wir mit Nachdruck, auf eine Anrechnung der Kolleginnen und Kollegen für die Berufs- und Studienorientierung zu verzichten. Außerdem bedarf es dringend eines konkreten Begleitkonzeptes mit

einer klaren Aufgabenbeschreibung, Aufgabenverteilung und mit Fortbildungsangeboten, ähnlich der Einführung von AvDual an den beruflichen Schulen. Darüber hinaus bedarf es einer Überarbeitung des Bildungsplans „Arbeit und Beruf“. Nach diesem soll die Berufs- und Studienorientierung zwar in „Arbeit und Beruf“ integriert werden, der Plan schreibt aber überwiegend andere Inhalte und Vorgehensweisen vor. Auch das führt zu Problemen.

Das Geld, das hierfür aufgewendet werden müsste, ließe sich in der nachgelagerten Ausbildungsvorbereitung wieder einsparen, da sich die Zahl der Jugendlichen, die dort ihre Ehrenrunde drehen, verringern würde. Berufs- und Studienorientierung muss ein gemeinsames Angebot der Stadtteil- und Berufsschullehrkräfte sein. Dazu muss dringend ein von allen Seiten anerkanntes, verbindliches Konzept her, das diesen Namen auch verdient. Nach drei Jahren Berufs- und Studienorientierung sollte die notwendige Expertise in der Behörde vorhanden sein. Es muss deutlich werden, dass die Jugendlichen verantwortungsvoll beim Übergang in das Berufsleben begleitet werden und nicht unter Verwertungsgesichtspunkten dem Arbeitsmarkt zugeführt werden. Für die Verbesserung des Images einer Berufsausbildung sind allerdings auch Industrie und Handwerk verantwortlich. Das sollten uns die Jugendlichen und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Hamburg wert sein.

FACHGRUPPEN HANDEL
UND GEWERBE



**Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft**

Landesverband Hamburg

Fachgruppen Berufliche Schulen

Rechentricks

Öffentliche Bildungsausgaben steigen – der Statistik sei Dank!

Das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft in Deutschland liegt bei einem Allzeithoch von 235,4 Milliarden Euro, das entspricht 9,4 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP), was ebenfalls einen neuen Höchstwert bedeutet. Zu diesem Ergebnis kommt der Bildungsfinanzbericht 2013, der im Februar 2014 vom Statistischen Bundesamt (Destatis) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz erstellt wurde. Doch wird wirklich mehr Geld für Bildung ausgegeben als jemals zuvor? Zweifel sind angebracht, denn wie bei Statistiken üblich, liegt der Teufel im Detail...

In dieses Budget wurden – für diesen Bericht erstmalig – die so genannten „zusätzlichen bildungsrelevanten Ausgaben“ einbezogen, das sind Ausgaben für betriebliche Weiterbildung, für weitere Bildungsangebote (Krippen, Horte, Volkshochschule, Jugendarbeit) – insgesamt knapp 22 Milliarden Euro bzw. 0,9 % des BIP. Darüber hinaus wurden nicht nur die öffentlichen Bildungsausgaben erfasst, sondern zudem die privaten Ausgaben, die mit 35,3 Milliarden Euro 1,4 % des BIP entsprechen.

Neben diesem Budget für Bildung wurden 69,9 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung in Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ausgegeben,

ausgaben sowie Forschungsausgaben enthalten. Die gesamten privaten und öffentlichen Ausgaben werden durch das konzeptionell umfassendere Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft dargestellt, die in Summe 9,4 % des BIP umfassen (Abbildung 1).

Wieviel Prozent vom Bruttoinlandsprodukt?

Auf dem Dresdener „Bildungsgipfel“ 2008 haben die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten einhellig erklärt, ab 2015 insgesamt zehn Prozent des BIP für Bildung und Forschung aufwenden zu wollen, sieben davon für Bildung und drei für Forschung. Da klingen die veröffentlichten Zahlen von 6,9 bzw. 2,8 % doch nach einer großen Anstrengung – oder?

Aus vorhergehenden Beschlüssen der Parteigremien von SPD und CDU geht hervor, dass sie bei der Formulierung ihres Zieles die OECD-Vergleichskennzahlen vor Augen gehabt haben, die Deutschland einen

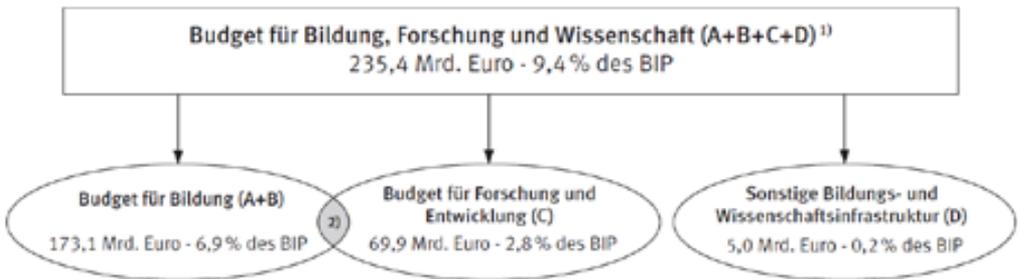


Abbildung 1: Bildungsfinanzbericht 2013, S. 20

Der Bildungsfinanzbericht 2013

Von den Gesamtausgaben des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft entfielen im Jahr 2010 (das ist der Berechnungszeitraum des aktuellen Berichts) insgesamt 173,1 Milliarden Euro auf den Bildungsbereich (KiTas, Schulen, Hochschulen, Bildungsförderung), was 6,9 % des BIP entspricht.

5,0 Milliarden Euro entfielen auf Ausgaben für Museen, Bibliotheken, Fachinformationszentren und die außeruniversitäre Wissenschaftsinfrastruktur. Somit sind im Bildungsfinanzbericht 2013 neben den Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte auch die von Unternehmen, privaten Haushalten, der Bundesagentur für Arbeit und die vom Ausland finanzierten Bildungs-

großen Finanzierungsrückstand nicht nur gegenüber den OECD-„Spitzenreitern“ wie den skandinavischen Staaten, sondern auch schon gegenüber dem OECD-Durchschnitt attestiert hatten. Und nach diesem internationalen Vergleich hinkt Deutschland immer noch weit hinterher. Insgesamt betrug der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP 2010 in Deutschland 5,1 %

und lag damit sowohl unter dem OECD-Durchschnitt von 5,8 als auch unter dem ausgegebenen Ziel von 7 % (Abbildung 2).

die in der internationalen Abgrenzung gar nicht dazu gezählt werden. Hierzu gehören etwa die Ausgaben für die betriebliche

beschönigen diese „schiefen Vergleiche“ die Wertigkeit des deutschen Engagements massiv.

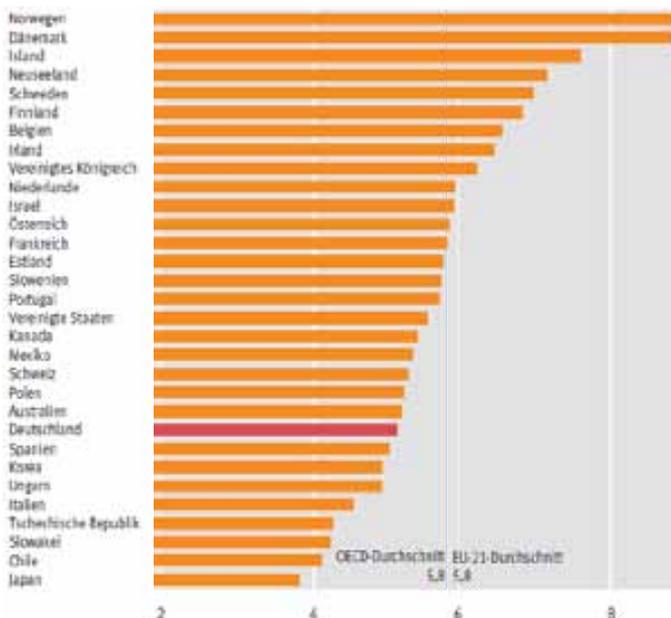


Abbildung 2: Öffentliche Ausgaben für Bildung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2010 in Prozent (Bildungsfinanzbericht 2013, S. 85)

Was sind Bildungsausgaben?

Dass in der Öffentlichkeit die aktuellen Zahlen als Erfolg verkauft werden können, liegt an den hinzugerechneten Kosten, nicht an der Erhöhung der für diesen Vergleich relevanten Posten. Zwar ist das in absoluten Zahlen gemessene „Mehr“, über das hier gesprochen wird, ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Jedoch muss zugleich auch die teils beschönigende Methodik des Bildungsfinanzberichts hinterfragt werden. So war und ist vor allem die Länderfinanzseite sehr interessiert daran, sämtliche Aufwendungen, wie etwa die Kosten der Liegenschaften der Hochschulgebäude oder der Bibliotheken, als Bildungsaufwand darzustellen. Der Bildungsfinanzbericht listet daher knapp 22 Milliarden Euro an so genannten „zusätzlichen bildungsrelevanten Ausgaben“ auf,

Weiterbildung (10 Milliarden Euro), für weitere Bildungsangebote wie Krippen, Horte, Jugendarbeit (knapp 11 Milliarden Euro) sowie die Förderung von Weiterbildungsteilnehmenden (1 Milliarde Euro). In Summe

Richtig gerechnet: Gute Bildung ist finanzierbar

Die „Bildungsrepublik Deutschland“ bleibt eine Fata Morgana. Dabei liegen die Rezepte, wie sich die Finanznot öffentlicher Haushalte abwenden ließe, auf der Hand. Fakt ist: Der Staat benötigt zur Finanzierung notwendiger Investitionen im Bildungssystem mehr Geld. Die GEW schlägt in ihrem steuerpolitischen Konzept eine solidarische und umfassende Reform des Steuersystems vor, um die benötigten Mehreinnahmen des Staates zu erzielen. Hierfür sollen der Spitzensteuersatz und die Körperschaftsteuer wieder angehoben sowie Kapitaleinkommen und Dividenden mit dem jeweils individuellen Einkommensteuertarif vollständig besteuert werden. Notwendig ist ferner, eine Vermögens- und Finanztransaktionssteuer einzuführen. Und: Politik muss endlich erkennen, dass ihre Spar- und Kürzungspolitik falsch ist. Mehr Geld, nicht raffiniertere Rechentricks sind nötig, um Bildung angemessen zu finanzieren.

FREDRIK DEHNERDT,
stellv. Vorsitzender GEW Hamburg





LAMPEDUSA IN HAMBURG



Tödliche Grenzsicherung

Gedanken zum „Politikunterricht auf der Straße“ und in der Schule

Das Sterben in den angrenzenden Meeren ist weiterhin Normalität. Mit demonstrativer Betroffenheit wies der ehemalige Innenminister „erschüttert“ darauf hin, es müsse alles dafür getan werden, dass sich das Massensterben „nicht wiederholt“. Das sieht dann so aus: europäische Politik legt seit den Hunderten von Toten im Oktober 2013 vor Lampedusa Wert darauf, mit Frontex und Eurosur in „push-back“ Aktionen die Flüchtlinge vor dem Ertrinken in den Meeren zu retten. Doch aufgemerkt: die Rettung ist nicht so gemeint, dass diese Menschen in „menschwürdige Unterkünfte“, etwa in die zahllosen leer stehenden Wohnungen an den Mittelmeerküsten einziehen können mit entsprechender Versorgung und Kleidung. Nein, sie werden in die Gegendern expediert, die

sie aus Existenznot unter Lebensgefahr verlassen haben.

So manche Empörung sieht davon ab, dass in der Welt jenseits der abgeschotteten Grenzen der „Festung Europas“ katastrophale Zustände herrschen. In Afrika, dem Nahen Osten und in Teilen Asiens vegetieren weit über hundertmillionen Menschen dahin, verhungern oder sind auf der Flucht. Woran liegt das?

Die EU (mit D vorneweg) mit ihren in der globalisierten Konkurrenz überlegenen Kapitalien hat mit subventionierten Waren die afrikanischen und arabischen Ökonomien erfolgreich niederkonkurriert und den Menschen dort ihre Lebensgrundlage entzogen. So wird u. a. in Marokko und Ägypten Bio-Gemüse für deutsche Handels Giganten angebaut, die dortigen Bauern von

ihren fruchtbaren Böden vertrieben. Das hat zudem katastrophale Folgen für den Grundwasserspiegel, der beständig sinkt und die Wasserknappheit verschärft.

Technisch überlegene Fischfangflotten nehmen – gegen eine Lizenzgebühr des Westens für die ortsansässige Herrschaft – den Fischern ihre Lebensgrundlage. Produkte der Bauern (Mais, Nüsse etc), die für sie und ihre Familien Lebensmittel waren, müssen sich als weltmarktauglich erweisen und dienen genau wie der Abbau afrikanischer Rohstoffe der exklusiven Verwertung westlichen Kapitals. Örtliche Arbeitskräfte werden kaum gebraucht, wenn überhaupt, dann für den Bau von Transportwegen, als Minenarbeiter oder als Sicherheitskräfte, die den reibungslosen Abtransport der Rohstoffe beaufsichti-

Foto: hlz



So wird das Thema anschließend im Unterricht zum Renner



LAMPEDUSA IN HAMBURG



gen. Das Gros der Menschen in Afrika ist schlicht unbrauchbar für das globalisierte Geldgeschäft; nach den kapitalistischen Kriterien des Wirtschaftens sind sie überflüssig und stören nur in ihrer erbärmlichen Existenz.

Die kargen Möglichkeiten in der EU, sich unter miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen als Erntehelfer und Wanderarbeiter zu verdingen, sind seit der Krise des Euro noch weniger geworden.

IWF und Weltbank machen die Kreditvergabe an die ehemals kolonialisierten Staaten davon abhängig, dass sie die Subventionierung der Nahrungsmittel für ärmere Bevölkerungsgruppen stornieren.

Die hoffnungslose Lage in diesen Ländern versuchen die Weltwirtschaftsmächte für ihre Zwecke mittels Einflussnahme auszunutzen oder gar durch Umsturz gegen eine konforme Herrschaft auszutauschen ('Regime Change'). Wenn nötig,

nutzt der Westen ethnische und religiöse Differenzen der Völker zur Separierung oder zu Staatsneugründungen mittels von ihm finanzierter Kriege, um in diesen Regionen seine Interessen durchzudrücken, so genannte 'Feinde' (kritische Bewegungen und Organisationen) werden beobachtet, aufgespürt und mittels Drohnen liquidiert mit zahllosen Opfern – eingestuft als Kollateralschäden – unter der Zivilbevölkerung.

Befreudete Staaten, egal ob Diktatur, Monarchie oder Gottesstaat, werden bei ihrer Kriegsführung gegen feindliche Staaten mit Geld und Tötungsinstrumenten versorgt, um ihren Beitrag im Land oder in der Region zur imperialistischen Weltordnung zu leisten.

Demokratisch gewählt zählt nur, wenn die dem Westen passende Mannschaft an die Macht gekommen ist. Mit Wirtschaftsembargos und Blockaden wird die materielle Lage der Bevölkerung in geächteten Staaten verschlechtert, um sie gegen ihre Regierung aufzubringen.

Der Übergang zum Krieg findet unter dem verlogenen Titel „die Zivilbevölkerung schützen“ statt, durch Anwerben von Söldnern und gleich Bombardieren und Besetzen.

Das hermetisch abgeriegelte Grenzsystem macht jede Hoffnung der „unschuldigen Zivilbevölkerung“ auf ein besseres Leben zunichte. Nur wenige Flüchtlinge werden hier aufgenommen, um dann in erbärmlichen Unterkünften zu landen. Ihre Existenz fristen sie hier als Putzkolonnen, die WCs deutscher Ämter, Kneipen u. ä. reinigen oder im Bordell für die verkorksten Geister des freien

Marktwirtschaftens zur Verfügung zu stehen.

Auch wenn das kaum jemand wahrhaben will: Die toten Flüchtlinge sind die Folge der ökonomischen Interessen der führenden kapitalistischen Nationen und ihrer Unternehmen und so kaum zu vermeiden. Die Toten sind nicht Opfer „gewissenloser Schleuserbanden“ (Friedrich, CSU), sondern sie sind die Folge einer effizienten Abriegelung der europäischen Außengrenzen, die die Politik so will. Die Toten sind nicht Opfer von ignoranten Menschen (hier: gegenüber dem Leid der Flüchtenden), wie in der Presse und vom Bundespräsident lanciert, sondern sie sind Produkte des ökonomischen, politischen und militärischen Handelns eines Landes, dessen Vorsteher Herr Gauck ist. Die Toten bezeugen nicht das „Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik“, wie dies deutsche Flüchtlingsorganisationen einordnen, sondern sie sind das Produkt erfolgreicher Grenzsicherung.

Dem ist einiges über die herrschende Wirtschaftsweise zu entnehmen, die neue Arbeitskräfte - dazu jung und kräftig - nicht willkommen heißt, um Wohnungen, Essen und sonstige Notwendigkeiten zu produzieren. In dieser Gesellschaft gibt es ein sonderbares Bedürfnis, das nach Arbeit und nicht nach den Ergebnissen der Arbeit. Somit gibt es einen Arbeitsplatz nur, wenn er profitabel ist und die Reichtumsquelle des 'Arbeitgebers' sprudeln lässt.

F. BERNHARDT,
R. GOSPODAREK
im Ruhestand



EINLADUNG

Ihr wollt unser Bestes? Ihr bekommt es nicht!

Herzlich willkommen zu einer jugendpolitischen Fachtagung am 20./21. Juni in den Räumen der Ev. Hochschule „Das Rauhe Haus“ (Horner Weg 170, 22111 Hamburg)

Weltweit haben alle Kinder gemäß UN-Kinderrechtskonvention das Recht auf ein unversehrtes und glückliches Leben, ein Recht auf Selbstbestimmung, auf Gleichbehandlung, freie Entfaltung, auf Gesundheit, Spiel, Bildung, Fürsorge und Frieden. Doch selten werden ihnen gegenüber die Rechte eingelöst. Weltweit sterben Kinder an Hunger und infolge von Kriegen, Misshandlungen und Missbrauch. In vielen Ländern müssen Kinder hart arbeiten, besuchen keine Schule. Armut bestimmt ihren Alltag. Es ist eine Frage von Reichtum und Armut, von Herrschaft und Unterdrückung. Der gesellschaftlich hervorgebrachte Reichtum ist vorhanden, aber nur wenige haben Zugang dazu.

In Deutschland müssen Kinder nicht verhungern, aber es gibt eine gravierende soziale Spaltung in Arm und Reich. In keinem Land der Europäischen Union ist die soziale Herkunft des Kindes so entscheidend für seine Entwicklung, für seinen Zugang zur Bildung und damit für seine Zukunftsaussichten wie in Deutschland. In Hamburg gelten fast 60.000 Kinder und Jugendliche als arm. Die Zustände, die zu Kinder- & Jugendarmut, Ausgrenzungen und Misshandlungen führen, wollen wir gemeinsam ver-

stehen, um sie verändern zu können und eine Alternative selbst hervorzubringen. Wesentlicher Bestandteil einer linken Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik ist die Entwicklung zu kritischen mündigen Menschen, welche gemeinsam für ihre Interessen und Bedürfnisse eingreifen. Wie diese Vorhaben zu erreichen sind, soll zusammen mit allen interessierten Professionellen, ehrenamtlich mit Kindern Tätigen, mit Eltern, Verbänden und vor allem mit Kindern und Jugendlichen auf dieser jugendpolitischen Fachtagung am 20. und 21. Juni entwickelt werden.

Nach zwei Vorträgen am **Freitagnachmittag ab 17.00 Uhr** von **Prof. Mari- on Panitzsch-Wiebe** (HAW Hamburg) mit dem **Titel:** „Kinder und Jugendliche im Sog gesellschaftlicher Verwertungsprozesse“ und **Prof. Michael Klundt** (Uni Magdeburg) mit dem **Titel:** „Kinder- und Jugendpolitik als emanzipatorische Selbstregulierung“ wird es am **Sams- tag ab 9.30 Uhr bis 18.00 Uhr** Gelegenheit geben, in 8 Arbeitsgruppen über ganz unterschiedliche Aspekte zu diskutieren: eigenständige Kinderrechte+ Kindergrund- sicherung + selbstbestimmte Partizipation - für eine Bil- dung, die Spaß macht + für eine Kita, die für alle da ist

- gegen eine Verschulung der Kindheit + das Anti-Gewalt- programm des Hamburger Senats: Gewalt gegen Kinder und Jugendliche?+Antifa, Occupy, Rote Flora und SchülerInnenstreik: Jugend in Bewegung(en)+Kinder und Jugendliche haben viele Geschlechter und Kulturen + gegen Konsumterror und für eine Kultur des Genusses.

Ihre Mitarbeit in den Arbeitsgruppen haben u.a. bereits zugesagt: der Arbeits- kreis Kritische Soziale Arbeit (AKS), die Zeitschrift Wider- sprüche, SJD Die Falken, DIDF Jugend, SOLID, verdi FB 7, der Landeselternaus- schuss Kindertagesbetreuung (LEA), SOAL, der SoVD, der Arbeitskreis Kinder/Jugend und die Landesarbeitsgemein- schaft Bildung. DIE LINKE.

Der Samstagabend soll aus- klingen mit einem gemein- samen Abendessen mit Musik und Kultur.

Kinderbetreuung wird für den Samstag ganztägig angeboten. Anmeldungen dafür und für die Teilnahme an der Tagung bitte per Mail an: [veranstaltungen@ linksfraktion-hamburg.de](mailto:veranstaltungen@linksfraktion-hamburg.de)

Wir freuen uns auf Euch/ Sie!

Für den Vorbereitungskreis,
SABINE BOEDDINGHAUS
RONALD PRIESS

Wer kommt mit?

Weitere Infos und Seminarangebote unter
www.gew-hamburg.de/seminarprogramm.html

Kanoutour (nicht nur) für neue Mitglieder

Gespräche und Infos rund um die GEW, Entspannung auf dem und am Wasser mit anschließend gemeinsamem Grillen. Eine Möglichkeit, die GEW und nette Leute kennenzulernen. Für Mitglieder der GEW Hamburg.

**Samstag 28.06.2014,
10.30-17 Uhr**

Hamburg / Alster (Treffpunkt Nähe S-Bahn Poppenbüttel)

Leitung: Jürgen Frehse,
Frank Hasenbein
Kostenanteil: 10 € incl. Verpfl.
(kostenlos für Neumitglieder)

Radtour: Grenzregion Deutschland – Dänemark

Wir werden auf dem Radweg Grensroute, 2005 als binationales Projekt entstanden, die Geschichte der Grenzregion zwischen Deutschland und Dänemark in ihrem vielfältigen Spannungsverhältnis aufnehmen und schauen dabei auf die heutigen grenzüberschreitenden Aktivitäten in Kultur, Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft. Flensburg, Schafflund und Tønder werden die Orte sein, von bzw. zwischen denen wir diese besondere Grenze entdecken werden.

**Fr. 31.08.2014 –
Sa. 05.09.2014**

Start: Flensburg; Ende Tønder

Leitung: Michael Grill
Kostenanteil: 560,00 € incl.
Unterkunft im DZ / Verpfl.
Kooperation mit Arbeit und
Leben Schleswig-Holstein e.V.

Wie funktioniert Lernen: Intuitives Bogenschießen

Wie lernen wir? Was fördert, was behindert uns beim Lernprozess? Diese Fragen werden wir theoretisch, aber auch ganz praktisch untersuchen. Intuitives Bogenschießen heißt: Seine Mitte finden, zur Ruhe kommen, loslassen, und der Pfeil findet sein Ziel. Das ist für viele Menschen in unserer Zeit oft eine ganz neue, unmittelbare und beeindruckende Erfahrung, die außerdem auch sinnvoll für die pädagogische Arbeit genutzt werden kann.

**Samstag 13.09.2014,
10 – 17 Uhr**

Hamburg, Stadtteilschule Bahrenfeld, Regerstraße 21

Leitung: Mirko Thun
Kostenanteil: 20 € incl.
Verpfl.
(Nicht-Mitglieder 80 €)

Stimmtraining für Referendar_innen

Tipps, Theorie und Übungen zum schonenden und effektiven Einsatz der Stimme. Wir arbeiten an grundlegenden Zusammenhängen zwischen Körperhaltung, Atmung, Resonanz und Artikulation. So wird das Fundament der Stimme gestärkt, die Stimmpotenziale entwickelt und die Ausdrucksmöglichkeiten erweitert.

**Samstag 13.09.2014,
10 – 17 Uhr**

**Hamburg,
GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15**

Leitung: Petra Bogdahn
Kostenlos f. GEW-Mitglieder
incl. Verpfl. (Nicht-Mitglieder
40 €)

50 Plus Folge-Seminar

Bei dem 50Plus-Seminar haben wir Ideen zur Entlastung und zur Veränderung erhalten. Welche Veränderungen haben wir umgesetzt, welche nicht? Woran lag das? Welche Erfahrungen haben wir gemacht? Welche (neuen) Fragen haben wir? Zu diesen und anderen Themen ermöglicht das Seminar Austausch und Vernetzung in entspannter Atmosphäre. Für Kolleg_innen, die bereits einmal an einem 50Plus-Seminar teilgenommen haben.

**Do. 18.09.2014, 11 Uhr –
Fr. 19.09.2014, 14 Uhr**

**Osterstedt,
Tagungszentrum Freiräume
www.freiraeume.biz**

Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: 40 € incl.
Unterkunft / Verpfl.
(ermäßigt 20 €)

Anmeldung

bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail (meents@gew-hamburg.de), telef. (040-41 46 33 22), online (gew-hamburg.de/seminare), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose,... Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.



Soziale Ungleichheit und Schulerfolg

Trotz aller Bemühungen in Sachen mehr Chancengleichheit läuft die Entwicklung genau gegenteilig

Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg steht (nicht erst) seit der Veröffentlichung der ersten LAU-Studie im Jahre 1997 auf der bildungspolitischen Agenda. Seither ist ein Bündel von Maßnahmen ergriffen worden mit dem Ziel, die mit der sozialen Lage der Schülerschaften einhergehenden Disparitäten auszugleichen. So werden be-

reits seit Ende der 1990er Jahre Förderressourcen nach Maßgabe des Sozialindex einer Schule zugewiesen. Seit 2011 kommen ergänzende Leistungen zur Förderung von Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (BuT) nach Maßgabe des sog. „Bildungspakets“ hinzu.

Auch wenn gerade im Bildungsbereich messbare Veränderungen ihre Zeit brauchen, so kann zumindest festgestellt werden, dass sich in diesem Zeitraum die Bildungsbetei-

ligung wesentlich erhöht hat: Immer mehr junge Menschen erwerben (nicht nur) an den Hamburger Schulen höhere Abschlüsse (1997 erwarben an den allgemeinbildenden Schulen 31,0 Prozent den Mittleren Schulabschluss und 33,7 Prozent die [Fach-]Hochschulreife, 2012 waren es 24,2 Prozent und 52,8 Prozent), zunehmend weniger Schülerinnen und Schüler verlassen die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss (1997: 11,3 Prozent, 2012: 6,8 Prozent).

Cluster I Stadtteil (marginalisiert)	unter 15- Jährige in Mindest- sicherung	unter 18-Jährige mit Migrations- hintergrund	Gymnasiasten in der Sekundar- stufe I	Einkommen der Steuer- pflichtigen
	Anteil in Prozent	Anteil in Prozent	Anteil in Prozent	in Euro
Dulsberg	49,8	70,5	26,7	18.927
Rothenburgsort	49,6	75,5	20,0	18.850
Steilshoop	46,4	64,9	30,8	22.107
Veddel	46,2	91,7	27,8	15.491
Billstedt	45,7	70,7	28,3	22.077
Wilhelmsburg	45,1	77,4	23,1	20.020
Jenfeld	45,0	69,7	30,6	21.916
Harburg	43,5	75,4	21,7	19.157
Hamburg insgesamt	21,8	46,0	45,5	35.887

Und das bedeutet zugleich: Der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit höheren Schulabschlüssen aus unteren Sozial-schichten ist kontinuierlich gestiegen.

Dies lässt sich durchaus als Erfolg verbuchen. Denn im internationalen Vergleich hinkt Deutschland im „Akademisierungsgang“ seiner Bevölkerung hinterher. So betrug der Anteil der Studienanfänger am Altersjahrgang im Jahr 2010 in Deutschland 42,5 Prozent, während er in Italien 49,1 Prozent, in Japan 50,7 Prozent, im Vereinigten Königreich wie auch in Österreich 63,1 Prozent, in Finnland 68,1 Prozent und in Schweden sogar 75,9 Prozent betrug.

Der politische Wille, alle Bevölkerungsschichten an dieser Entwicklung gleichermaßen teilhaben zu lassen, ist in zahlreichen „Selbstverpflichtungen“ dokumentiert. Stellvertretend sei das Londoner Kommuniqué

„Auf dem Wege zum Europäischen Hochschulraum: Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung“ aus dem Jahre 2007 der Hochschulministerinnen und -minister der am Bologna-Prozess beteiligten Länder zitiert: „Wir teilen den gesellschaftlichen Anspruch, dass die Studierenden bei ihrem Eintritt in die Hochschule, mit ihrer Beteiligung und bei Abschluss der Hochschulbildung auf allen Ebenen die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln sollte. Wir bekräftigen, dass es wichtig ist, dass Studierende ihr Studium ungehindert durch ihre sozialen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen abschließen können.“ (S. 5) Davon allerdings sind wir auch in Hamburg noch ein gutes Stück entfernt.

Als ein weiterer Schritt auf diesem Weg kann das Bestreben angesehen werden, dass alle weiterführenden Schulen

ihre Schülerinnen und Schüler zu allen schulischen Abschlüssen einschließlich des Abiturs führen. Die Anteile, die auf die jeweiligen Abschlüsse entfallen, variieren allerdings – regelungskonform – zwischen den beiden Schulformen des „Zwei-Säulen-Systems“, der Stadtteilschule und dem Gymnasium, wie auch – ungeregt – zwischen den Schulen ein und derselben Schulform.

Diese Unterschiede hängen eng mit den unterschiedlichen Lernausgangslagen, mit denen die Schülerinnen und Schüler in die weiterführenden Schulen eintreten, zusammen, die wiederum mit den unterschiedlichen sozialen Lagen der Schülerfamilien korrespondieren. Der Frage, welcher Stellenwert den sozio-demografischen Merkmalen des Einzugsgebiets einer Schule zuzumessen ist, soll in den folgenden Ausführungen und Überlegungen auf der Grundla-

Cluster II Stadtteil (gut situiert)	unter 15-Jährige in Mindestsicherung	unter 18-Jährige mit Migrationshintergrund	Gymnasiasten in der Sekundarstufe I	Einkommen der Steuerpflichtigen
	Anteil in Prozent	Anteil in Prozent	Anteil in Prozent	in Euro
Nienstedten	0,2	22,6	76,1	170.408
Othmarschen	0,5	27,2	86,3	144.399
Groß Flottbek	0,9	25,5	85,3	88.555
Blankenese	1,2	22,5	77,4	110.108
Wellingsbüttel	1,5	20,9	80,9	101.092
Sasel	1,6	20,1	67,6	54.084
Lemsahl-Mellingstedt	1,9	19,8	71,6	63.527
Wohldorf-Ohlstedt	2,0	19,6	66,0	105.305
Hamburg insgesamt	21,8	46,0	45,5	35.887



ge von Daten zur Sozialstruktur auf Ebene der Stadtteile und von Daten aus der Hamburger KESS-Studie nachgegangen werden.

Wie stark das soziale Gefälle zwischen soziodemografisch „gut situierten“ und „benachteiligten“ Einzugsgebieten innerhalb Hamburgs ist, spiegeln die Daten der aktuellen „Hamburger Stadtteil-Profile 2013“ wider, die das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein im Februar 2014 herausgegeben hat. In den beiden Tabellen auf den Seiten 32/33 sind exemplarisch für acht gut situierte und für acht marginalisierte Stadtteile jeweils der Anteil der unter 15-Jährigen in Mindestsicherung („Hartz-IV-Kinder“; Stand: Dezember 2012), der Anteil der unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund (Stand: 31.12.2012), der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten an der Schülerschaft der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) und das mittlere Einkommen aller Steuerpflichtigen (Stand: 2007) wiedergegeben.

Während in den Stadtteilen Dulsberg und Rothenburgsort knapp die Hälfte der unter 15-Jährigen in Mindestsicherung lebt, sind es in den Stadtteilen Nienstedten, Othmarschen und Groß Flottbek weniger als 1 Prozent. Und während in Wilhelmsburg mehr als drei Viertel der unter 18-Jährigen, im Stadtteil Veddel sogar 92 Prozent einen

Migrationshintergrund aufweisen, sind es in Wohldorf-Ohlstedt und Lemsahl-Mellingstedt knapp 20 Prozent. Mit 20 bzw. 22 Prozent verzeichnen die Stadtteile Rothenburgsort und Harburg den niedrigsten Anteil an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten auf der Sekundarstufe I, in Wellingsbüttel, Groß Flottbek und Othmarschen beträgt der entsprechende Anteil demgegenüber mehr als 80 Prozent. In den Stadtteilen Veddel, Rothenburgsort, Dulsberg und Harburg liegt das mittlere Einkommen aller

Stadtteilen mit ungünstiger Sozialstruktur wohnten, im Cluster I, die Schülerinnen und Schüler, die in gut situierten Stadtteilen wohnten, im Cluster II zusammengefasst (s. Tabelle 3).

Von den Viertklässlerinnen und Viertklässlern des KESS-Jahrgangs aus dem Cluster I hatten 23 Prozent eine Empfehlung für das Gymnasium erhalten, von den Viertklässlerinnen und Viertklässlern aus dem Cluster II waren es demgegenüber 56 Prozent. Am Ende der Jahrgangsstufe 8 waren es 24 Prozent der

	Cluster I	Cluster II
Gymnasialempfehlung	23 %	56 %
Gymnasialanteil in der Jahrgangsstufe 8	24 %	61 %
mehr als 100 Bücher im Elternhaus	30 %	74 %
mindestens ein Elternteil Abitur	29 %	70 %
zu Hause nur manchmal Deutsch	32 %	8 %

Tabelle 3

Steuerpflichtigen unter 20.000 Euro, in den Stadtteilen Wellingsbüttel, Wohldorf-Ohlstedt, Blankenese und Othmarschen beträgt es hingegen mehr als das Fünffache, in Nienstedten sogar über 170.000 Euro.

Diese extremen Unterschiede zwischen den Stadtteilen schlagen sich auch in der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaften der Schulen, deren Einzugsgebiete in diesen Stadtteilen liegen, ebenso wie in den Lernausgangslagen und den mittleren Lernständen im Verlauf der Schulzeit nieder, und zwar unabhängig davon, ob es Stadtteilschulen oder Gymnasien sind.

Dies lässt sich u. a. anhand ausgewählter Daten aus der Hamburger KESS-Studie veranschaulichen. Dazu wurden die Schülerinnen und Schüler des „KESS-Jahrgangs“, die in den

Schülerinnen und Schüler aus dem Cluster I, die ein Gymnasium besuchten, gegenüber 61 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus dem Cluster II. Von den Achtklässlerinnen und Achtklässlern des KESS-Jahrgangs gaben 30 Prozent aus dem Cluster I gegenüber 74 Prozent aus dem Cluster II einen Bestand von mehr als 100 Büchern im Elternhaus an. 29 Prozent der Achtklässlerinnen und Achtklässler aus dem Cluster I stammten aus Elternhäusern, in denen mindestens ein Elternteil das Abitur erworben hat, im Cluster II waren es 70 Prozent. Und knapp ein Drittel der Achtklässlerinnen und Achtklässler aus dem Cluster I sprach mit Mutter und/oder Vater zu Hause nur manchmal oder nie Deutsch, im Cluster II waren es 8 Prozent.

Wie stark sich die soziodemografische

mografischen Merkmale eines Stadtteils resp. das „Sozialmilieu“, in dem die Schülerinnen und Schüler aufwachsen, auf ihre Kompetenzentwicklung auswirken, lassen die mittleren Lernstände der Schülerinnen und Schüler mit gleichen „Hintergrundmerkmalen“, aber aus unterschiedlichen Wohngebieten erkennen. In der folgenden Tabelle 4 sind die mittleren Lernstände der Achtklässlerinnen und Achtklässler beider Cluster in den Kompetenzbereichen Leseverständnis und Mathematik in Skalenpunkten wiedergegeben, differenziert nach dem Buchbesitz im Elternhaus (bis 100 Bücher vs. mehr als 100 Bücher), dem höchsten Schulabschluss der Eltern (höchstens Mittlerer Schulabschluss vs. Abitur) der Familiensprache (manchmal oder nie Deutsch mit einem oder beiden Elternteilen vs. meistens oder immer Deutsch mit beiden Eltern).

Den angegebenen Skalenpunkten ist – vertikal gelesen – zu entnehmen, dass sich die mittleren Lernstände der Achtklässlerinnen und Achtklässler des KESS-Jahrgangs sowohl nach dem Buchbestand im Elternhaus (als Indikator für die kulturellen Ressourcen der Fa-

milie) als auch nach dem höchsten Schulabschluss der Eltern und der Familiensprache substantiell unterscheiden. Dabei entsprechen 15 Skalenpunkte in etwa dem Lernzuwachs innerhalb von zwei Schuljahren.

Horizontal verglichen, zeigt sich der offenkundig hohe Einfluss der Clusterzugehörigkeit und damit der soziodemografischen Merkmale des Stadtteils, in dem die Schülerinnen und Schüler wohnen. So liegen die mittleren Lernstände der Achtklässlerinnen und Achtklässler, die in den Stadtteilen des Clusters I wohnen, bei gleichem Hintergrundmerkmal weit unterhalb der mittleren Lernstände der entsprechenden Schülergruppe des Clusters II. Der „Stadteffekt“ ist so stark, dass Schülerinnen und Schüler des Clusters I aus Elternhäusern mit hohem Buchbestand, Abitur und der Familiensprache Deutsch sich nur geringfügig unterscheiden von Schülerinnen und Schülern des Clusters II aus Elternhäusern mit geringem Buchbestand, ohne Abitur und nichtdeutscher Familiensprache.

Wie durchschlagend dieser Effekt ist, zeigt auch ein Vergleich der mittleren Lernstände in den beiden Kompetenzbereichen



Leseverständnis und Mathematik der Viertklässlerinnen und Viertklässler mit und ohne Gymnasialempfehlung (s. Tabelle 5, S. 36).

Während die gymnasialempfohlenen Viertklässlerinnen und Viertklässler aus dem Cluster I im Kompetenzbereich Leseverständnis im Durchschnitt 113 Skalenpunkte und im Kompetenzbereich Mathematik 109 Skalenpunkte erreichten, waren es bei den Gymnasialempfohlenen aus dem Clusters II 128 Skalenpunkte im Leseverständnis und 127 Skalenpunkte in Mathematik; die Effektstärken betragen -0,63 bzw. -0,72 – das entspricht dem Lernzuwachs von etwa zwei Schuljahren. Hierin zeigt

	Cluster I		Cluster II	
	Lesen	Mathematik	Lesen	Mathematik
zu Hause bis 100 Bücher Jgst. 8	122	122	136	136
zu Hause mehr als 100 Bücher Jgst. 8	139	140	153	155
kein Elternteil Abitur Jgst. 8	128	127	139	136
mindestens ein Elternteil Abitur Jgst. 8	138	137	151	155
Familiensprache nicht Deutsch Jgst. 8	122	128	131	135
Familiensprache Deutsch Jgst. 8	131	128	150	152

Tabelle 4 – 15 Skalenpunkte entsprechen in etwa dem Lernzuwachs innerhalb von zwei Schuljahren



sich auf der einen Seite, dass die Leistungsbewertung nicht stadt-

der jeweiligen Schülerschaft bewertet werden.

Eine Folge der im Vergleich deutlich niedrigeren Zugangsschwelle zum Gymnasium für Schülerinnen und Schüler aus sozial benachteiligten Stadtteilen aber ist, dass auch die nichtgymnasialen Schulformen, jetzt Stadtteilschulen, eine deutlich leistungsschwächere Schülerschaft aufnehmen als die Schulen der nichtgymnasialen Schulformen in den gut situierten Stadtteilen. Das wiederum führt dazu, dass die Viertklässlerinnen und Viertklässler ohne Gymnasialempfehlung aus

gymnasialempfohlenen Schülerschaften beider Cluster noch höher (Lesekompetenz) bzw. gleich hoch (Mathematik) aus.

Diese Differenzen haben auch vier Jahre nach dem Eintritt in die weiterführende Schule Bestand, wie man der Tabelle 6 entnehmen kann.

Zwar haben sich die Mittelwertdifferenzen sowohl zwischen den Schülerinnen und Schülern, die eine nichtgymnasiale Schulform besuchten, als auch zwischen den Gymnasialtinnen und Gymnasiasten beider Cluster deutlich verringert (was einerseits auf Schulformwech-

	Cluster I		Cluster II	
	Lesen	Mathematik	Lesen	Mathematik
mit Empfehlung für das Gymnasium	113	109	128	127
ohne Empfehlung für das Gymnasium	83	83	100	96

Tabelle 5 – 15 Skalenpunkte entsprechen in etwa dem Lernzuwachs innerhalb von zwei Schuljahren

weit geltenden einheitlichen Kriterien folgt. Es scheint demnach sehr viel „leichter“, in Schulen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten Stadtteilen eine Gymnasialempfehlung zu erhalten als in Schulen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern aus sozial gut situierten Stadtteilen. Auf der anderen Seite spiegelt sich hierin so etwas wie ein „Nachteilsausgleich“ wider, indem die schulischen Leistungen offenbar auch vor dem Hintergrund der sozialen Lagen

dem Cluster II mit 100 Skalenpunkten im Kompetenzbereich Leseverständnis und 96 Skalenpunkten im Kompetenzbereich Mathematik gleichfalls weit höhere mittlere Lernstände aufweisen als die Viertklässlerinnen und Viertklässler ohne Gymnasialempfehlung aus dem Cluster I, die sowohl im Leseverständnis als auch in Mathematik jeweils lediglich 83 Skalenpunkte erreichten; die entsprechenden Effektivstärken betragen -0,70 bzw. 0,72, fallen also im Vergleich mit den Leistungsunterschieden der

sel, aber vor allem auch auf kompensatorische Fördererfolge zurückzuführen ist), jedoch sind die Lernrückstände mit Effektstärken zwischen 0,35 und 0,49 weiterhin substanziell und entsprechen dem Lernzuwachs von mehr als einem bzw. eineinhalb Schuljahren.

Die erheblichen Lernrückstände bei Eintritt in die Sekundarstufe I werden bis zum Erreichen der verschiedenen Schulabschlüsse trotz teilweise beachtlicher Fördererfolge nicht aufgeholt und bilden sich schließlich auch in

	Cluster I		Cluster II	
	Lesen	Mathematik	Lesen	Mathematik
Gymnasium Jgst. 8	149	151	156	162
nichtgymnasiale Schulformen Jgst. 8	120	119	131	128

Tabelle 6 – 15 Skalenpunkte entsprechen in etwa dem Lernzuwachs innerhalb von zwei Schuljahren

den Abschlusszeugnissen ab. So erreichten die Abiturientinnen und Abiturienten des KESS-Jahrgangs aus dem Cluster I, die ein grundständiges Gymnasium (G 8) besucht hatten, im Durchschnitt die Abiturnote 2,64, während die Abiturientinnen und Abiturienten aus dem Cluster II die gymnasiale Oberstufe mit der Durchschnittsnote 2,25 abschlossen (Effektstärke: $d = 0,43$). Entsprechend geringer sind die Chancen der Abiturientinnen und Abitu-



rienten aus dem Cluster I, einen Studienplatz in dem gewünschten Studienfach zu erhalten.

Diese Befunde verdeutlichen, dass es nicht allein die ungünstigeren sozialen Lagen der Schülerfamilien sind, die mit geringeren Bildungschancen einhergehen, sondern dass deren Einfluss auf die Lernentwicklungen durch das Sozialmilieu des jeweiligen Wohngebiets, in dem die Kinder und Jugendlichen aufwachsen, in beachtlichem Maß negativ verstärkt werden kann. Anders gesagt: Ein Kind, das in einer Familie mit geringen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ressourcen aufwächst, hat in einem sozialstrukturell gut situierten Wohngebiet erheblich höhere Bildungschancen als ein entsprechendes Kind, dessen Familie in einem sozialstrukturell benachteiligten Wohngebiet aufwächst.

Die Befunde belegen einmal mehr, dass Gymnasium nicht gleich Gymnasium und Stadtteilschule nicht gleich Stadtteilschule ist. Entscheidend sind die Anteile an Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten oder gut situierten Wohngebieten. Die schulischen Möglichkeiten eines Ausgleichs der unterschiedlichen familiären Ressourcen sind vor dem Hintergrund der mit ihnen einhergehenden erheblichen Lernrückstände begrenzt. Dies erfahren Schulen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten Familien bei jeder Vergleichsarbeit aufs

Neue: Die erheblichen Unterschiede in den Lernausgangslagen ihrer Schülerinnen und Schüler beider Schulformen lassen sich trotz erfolgreicher Förderkonzepte nur in begrenztem Maße ausgleichen. Anders gesagt: Die Messlatte kriterieller Vergleiche ist für betroffene Schulen in aller Regel zu hoch aufgelegt, als dass sie erreicht werden könnte.

Wünschenswert wären vor diesem Hintergrund vielfältige Maßnahmen der Quartiers- und Stadtteilentwicklung, die zu einer günstigeren sozialen Mischung führten. Zu überdenken wäre auch das „Sprengelprinzip“: An etlichen Standorten könnte durch Veränderung des Einzugsgebiets einer Schule („Schulsprengel“) eine günstigere soziale Zusammensetzung der Schülerschaft erreicht werden. Wünschenswert wären

auch weitere Anstrengungen, um anregungsarmen Sozialmilieus wirksam zu begegnen, indem Sozialräume gezielt als Bildungsräume ausgestaltet werden – eine noch so engagierte Schule allein kann die Anrengungsarmut des Sozialraums nicht kompensieren. Angesichts der immensen Unterschiede hinsichtlich der Lernvoraussetzungen, mit denen die Kinder bereits in die Grundschule eintreten, wäre auch eine weitere Intensivierung der vorschulischen Förderung von Kindern und ihren Familien wünschenswert. Ebenso wünschenswert wäre eine stärkere Ausrichtung der schulischen Curricula an den spezifischen Lern- und Entwicklungsbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler. Es macht wenig Sinn, den Unterricht nach den in den Rahmenplänen der Fächer für die verschiedenen Jahrgangsstufen angegebenen Anforderungen auszurichten, wenn die dafür erforderlichen Lernvoraussetzungen, beispielweise die sichere Beherrschung der deutschen Sprache, fehlen. Dies kann auch bedeuten, den Schülerinnen und Schülern mehr Zeit und Gelegenheit zu geben, ihre Potenziale zu entfalten, und ihnen längeres Lernen zu ermöglichen.

ULI VIELUF





Zeitbombe tickt

Der Senat ignoriert und leugnet die wachsenden Probleme im Zusammenhang mit der Segregation

Der Hamburger Senat hat nach langem Zeitraum der Fachöffentlichkeit wiederum einen Sozialbericht (der letzte Bericht stammte aus dem Jahr 2007) vorgelegt. Mit diesem Sozialbericht, der die Lebenslagen insbesondere der Hamburger Familien und Senior_innen darstellt, soll eine empirische Grundlage für den Diskurs über Handlungskonzepte und Handlungsoptionen in der Arbeits- und Sozialpolitik und deren Anpassung an soziodemographische und andere gesellschaftliche Entwicklungen geliefert werden. Das wunder-schöne Ergebnis: die Hansestadt braucht eigentlich gar keinen Armuts- und Reichtums- oder Lebenslagenbericht. Die Stadt hat auch keine Handlungskonzeptionen in Sachen Arbeits- und Sozialpolitik nötig: denn „die vorgelegten Studien zeigen, dass weite Teile der Hamburger Bevölkerung an Bildung und Arbeit teilhaben und ökonomisch abgesichert sind. Die Bevölkerung wie auch der Lebensstandard in Hamburg wachsen; immer mehr Menschen haben Zugang zu höherwertiger Bildung gefunden und damit die Voraussetzungen für eine nachhaltige Teilhabe an

Arbeit und Wohlstand erhalten“. Die zentrale These des SPD-Senats: 90 Prozent der Hamburger Bevölkerung geht es gut. Armut und soziale Spaltung sind daher für die politische Führung keine Herausforderung.

Gegen dieses „Sonntagbild“ steht die empirische Anschauung bei jedem Stadtspaziergang: die Armut ist in vielen Quartieren in den letzten Jahren deutlich sichtbar geworden. Und: Immer wieder beklagen die Hamburger Bezirke und die Medien Ärztemangel und Unterversorgung in etlichen Stadtteilen. So fehlen in Horn und Wilhelmsburg Kinderärzte, Steilshoop, Tonndorf und Hamm brauchen dringend mehr Hausärzte. Ende letzten Jahres hatte ein von Gesundheitsministerin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD) in Auftrag gegebenes Gutachten bestätigt, dass einkommensschwache Stadtteile deutlich unterversorgt sind. Die Kritik setzt die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg (KV) unter Druck. Der KV-Vorsitzende musste sich bereits vor den Bezirksversammlungen von Bergedorf, Harburg und Altona rechtfertigen.

Der sozialstatistische Faktencheck zeigt darüber hinaus: Wir sind in Hamburg trotz guter ökonomischer Rahmenbedingungen (BIP, Steuermehreinnahmen) in den letzten Jahren mit einer Verfestigung, z.T. sogar Ausweitung der sozialen Kluft in der Hanse-

stadt konfrontiert.

Armut wächst trotz Wirtschaftswachstum

Der Anteil der Menschen, die arm sind, hat in Hamburg in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Hamburg nähert sich in großen Schritten dem durchschnittlichen Armutsniveau in Deutschland. 2012 waren 14,8% der Bevölkerung von Armut betroffen, das waren etwa 260.000 Bürger_innen. Bezieht man die hohen Lebenshaltungskosten in der Stadt mit ein, waren es sogar 17,7% (etwa 310.000).

Und die soziale Polarisierung ist in Hamburg besonders stark ausgeprägt. Dies zeigt der Gini-Koeffizient, der die soziale Ungleichheit misst. Er liegt in Hamburg mit einem Wert von 0,32 deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Hier ist Hamburg Spitze!

Wachsende Altersarmut

Wegen der Absenkung des Renteniveaus und der Ausbreitung nicht die Existenz sichernder Beschäftigungsverhältnisse wird Altersarmut auch in Hamburg ein immer drängenderes Problem. Der SPD-Senat leugnet oder ignoriert dies hartnäckig. – siehe Sozialbericht und Demografiekonzept Hamburg 2030.

Dabei ist Hamburg beim Anteil der Bezieher_innen von Grundsicherungsleistungen im Alter schon „Hauptstadt“ der Altersarmut. 6,2% der Bür-

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Wirtschaftswachstum	0,7	2,1	2,2	3,8	-1,9	1,7	0,3	1,2
Armutsgefährdungsquote	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8
SGB II-Quote	13,4	14,4	14,3	14,0	13,7	13,7	13,0	12,3

ger_innen, die älter als 64 Jahre sind, sind in Hamburg auf diese Sozialleistung angewiesen. Der Bundesdurchschnitt lag demgegenüber bei 2,7%.

Und es ist sicher wie das Amen in der Kirche, dass sich die Zahl der auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Senior_innen in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöhen wird, wir vielleicht am Ende dieses Jahres schon eine Quote von 7,0% erreichen.

Diese Dynamik wird vor allem auch auf Bezirks- und Stadtteilebene sichtbar (die den Senator offensichtlich gar nicht interessiert). Denn die (kontinu-

eingebunden. So finden sich die Hamburger_innen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, vor allem in den armen Quartieren. So waren im Bezirk Mitte 2012 10,7% (ggb. 2008 + 1,8%) der Menschen, die 65 Jahre und älter sind, auf Grundsicherung angewiesen. Im Hamburger Durchschnitt waren es »nur« 6,2%. Besonders hoch ist der Anteil in den Stadtteilen Neuallermöhe (18,9%), Jenfeld (15,6%), Altona-Altstadt (14,8%), Dulsberg (14,3%) und Harburg (13,0%).

Hinzu genommen werden muss, dass wesentlich mehr ältere Bürger_innen von Armut

Der Gini-Koeffizient nimmt einen Wert an zwischen 0 bei einer gleichmäßigen Verteilung und 1, wenn nur eine Person das komplette Einkommen erhält (d.h. bei maximaler Ungleichverteilung), an. Bei einer gleichmäßigen Verteilung – dem Wert 0 also – in einem Staat heißt das, dass das Einkommen eines jeden gleich hoch ist. JG

der Anteil der von Armut betroffenen aber bei 11,7%. Der Hinweis, dass die Hamburger Armutsquote bei den Senior_in-

Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen¹⁾

Land	Jahr							
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Hamburg	0,32	0,31	0,32	0,32	0,33	0,32	0,32	0,32
Deutschland	0,29							

¹⁾ Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala.

ierlich Jahr für Jahr) wachsende Zahl der von Altersarmut betroffenen Bürger_innen ist in die für Hamburg charakteristische sozial-räumliche Polarisierung

betroffen sind als die, die Sozialleistungen beziehen, denn der Anteil der Grundsicherungsbezieher_innen bei den über 64-Jährigen lag 2012 bei 6,2%,

nen niedriger ist als im Bundesdurchschnitt, ist zwar richtig. Unter den Tisch fällt dabei allerdings, dass die Altersarmut in Hamburg in den letzten Jahren

Armutsgefährdungsquote¹⁾ in Hamburg nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmal	Jahr							
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Insgesamt in % gemessen am Bundesmedian	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8
Rentner/-innen und Pensionäre/ Pensionärinnen	7,6	5,9	7,0	7,2	8,0	8,1	9,9	11,7
Anteil der SeniorInnen mit Grundsicherungsleistungen		4,7	5,0	5,2	5,3	5,5	5,8	6,2
Zum Vergleich: Bundesdurchschnitt								
Rentner/-innen und Pensionäre/ Pensionärinnen	10,7	10,3	11,2	12,1	12,1	12,6	13,8	14,3
Anteil der SeniorInnen mit Grundsicherungsleistungen		2,3	2,4	2,5	2,4	2,4	2,6	2,7



deutlich stärker zugenommen hat als im Bund, der Abstand zwischen Bund und Hamburg also deutlich geringer geworden ist. Betrug er 2006 noch 4,4%, waren es im Jahr 2012 nur mehr 2,6%.

Es gehört angesichts der politischen Ignoranz auf Bundes- wie Landesebene gegenüber dem Problem der Altersarmut nicht viel Phantasie dazu vorherzusagen, dass sich die Zahl der Grundsicherungsbezieher_innen wie die der armen Alten insgesamt in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöhen wird. Die Schönfärberei und Ignoranz des SPD-Senats und Senator Scheeles ist angesichts dieser eindeutigen Entwicklungstendenz bemerkenswert.

Kindarmut ist kein Randproblem

Kinder und Jugendliche sind besonders von Armut betroffen – auch wenn die Zahlen in den letzten Jahren leicht rückläufig waren. So lag die Quote der Kinder unter 15 Jahren, die mit ihren Eltern Leistungen zur Grundsicherung erhalten, mit 21,1% in 2012 fast doppelt so hoch wie die der Leistungsbezieher_innen insgesamt (12,4%). Dies betraf knapp 50.000 Kinder und Jugendliche. Noch ungünstiger stellt sich die Lage für Kinder bis sieben Jahre in Hamburg dar. Von ihnen lebt mit 22,0% deutlich mehr als jedes fünfte

Kind in Armut. Bei den Kindern und Jugendlichen im Alter von 8-18 Jahren nimmt die Hilfebefähigkeit bei einer Quote von 20,8% in 2012 nur unwesentlich ab.

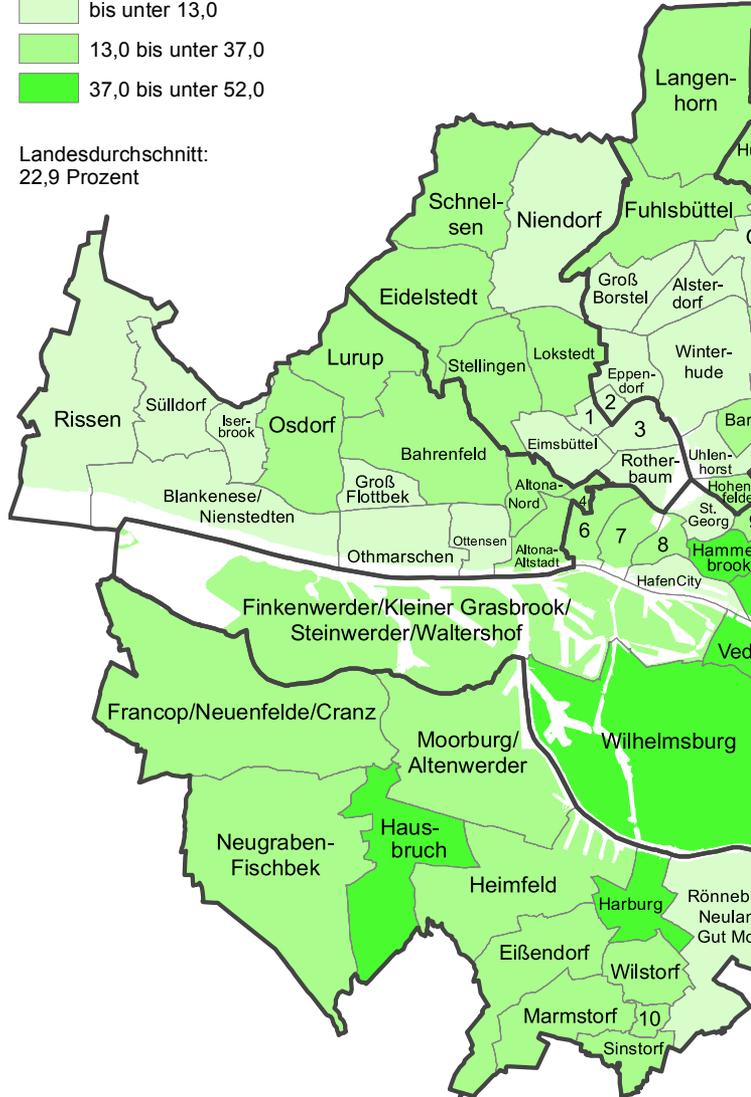
Armut ist also auch in Hamburg in erster Linie ein Problem für Haushalte mit Kindern. Kin-

derarmut ist ein Armutsproblem der Eltern. Es zeigt sich aber bei genauerem Hinsehen, dass das Risiko, armutsgefährdet zu sein, mit der Kinderanzahl, die in einem Haushalt lebt, deutlich steigt. Haushalte mit drei und mehr Kindern fallen häufig unter die Armutsgrenze, auch wenn

Anteil der Empfänger_innen von Sozialleistungen der Altersgruppe 0 bis unter 7 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung in Prozent

- bis unter 13,0
- 13,0 bis unter 37,0
- 37,0 bis unter 52,0

Landesdurchschnitt:
22,9 Prozent



© Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

sie voll erwerbstätig sind. Da die Kinderzahl in Haushalten mit Migrationshintergrund (noch) deutlich höher liegt, gilt dies hier besonders. Auch von Arbeitslo-

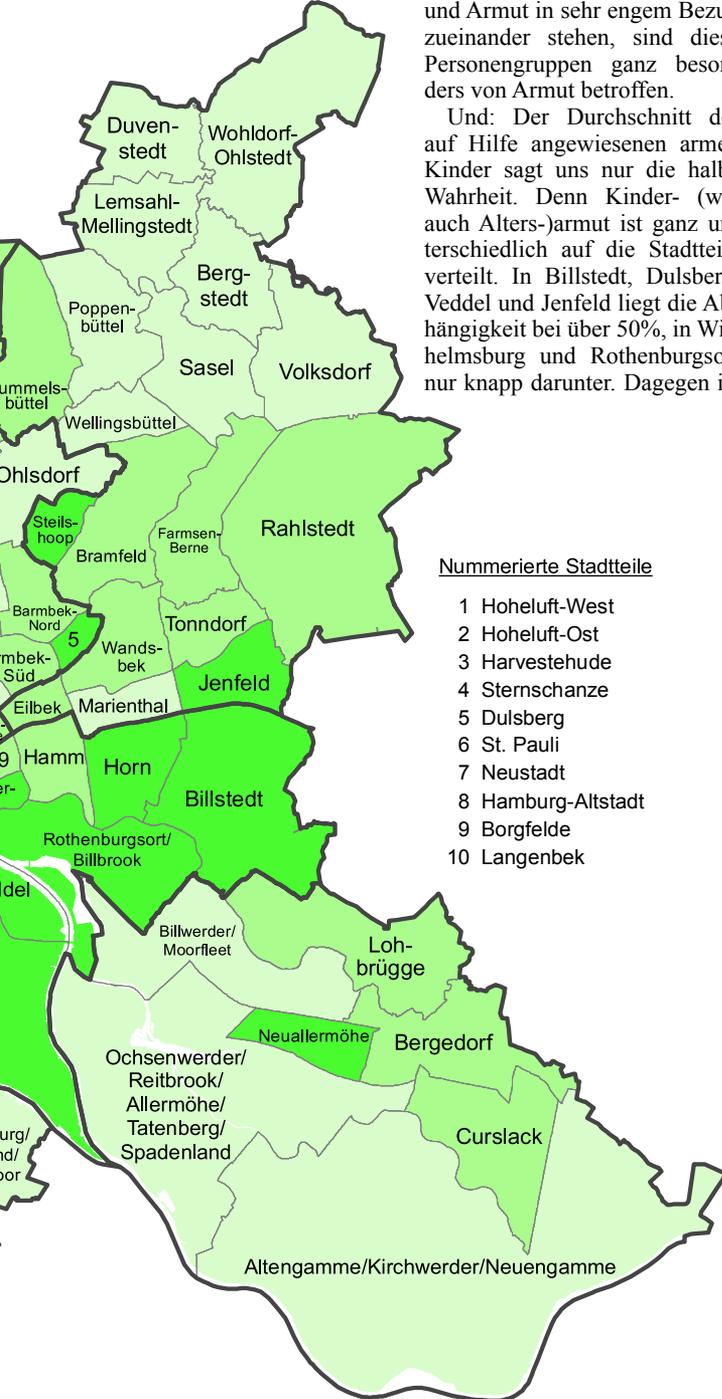
sigkeit sind Haushalte mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich betroffen – ebenso wie Alleinerziehendenhaushalte mit Kindern. Da Arbeitslosigkeit und Armut in sehr engem Bezug zueinander stehen, sind diese Personengruppen ganz besonders von Armut betroffen.

Und: Der Durchschnitt der auf Hilfe angewiesenen armen Kinder sagt uns nur die halbe Wahrheit. Denn Kinder- (wie auch Alters-)armut ist ganz unterschiedlich auf die Stadtteile verteilt. In Billstedt, Dulsberg, Veddel und Jenfeld liegt die Abhängigkeit bei über 50%, in Wilhelmsburg und Rothenburgsort nur knapp darunter. Dagegen ist



die Hilfequote in den Elbvororten, im Alstertal und den Waldhöfchern deutlich unterdurchschnittlich.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass Hamburg in vielfältiger Hinsicht eine gesplante Stadt ist. Neben Stadtteilen, in denen kaum Kinder aufwachsen, gibt es Stadtteile, in denen sich die Zahl dort lebender Kinder, Armut und Sozialhilfebezug,



Nummerierte Stadtteile

- 1 Hoheluft-West
- 2 Hoheluft-Ost
- 3 Harvestehude
- 4 Sternschanze
- 5 Dulsberg
- 6 St. Pauli
- 7 Neustadt
- 8 Hamburg-Altstadt
- 9 Borgfelde
- 10 Langenbek

Soziale Spaltung in Hamburg



Das Beste am Norden ist der Gebläsewind!

Prekäre Beschäftigung Hartz IV, sozial-räumliche Polarisierung, Kinderarmut, Altersarmut. *Mit Beiträgen von Joachim Bischoff, Klaus Bullan, Bernhard Müller.* Bezugsquellennachweis: www.nord-links.de

schlechte Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Haushalte mit Migrationshintergrund konzentrieren.

Hamburg: Einwanderermetropole

Die meisten Ausländer je 1000 Einwohner leben mit 134,1 in Hamburg und mit 131,2 in Berlin. Migration, Einwanderung,



kulturelle Vielfalt und die Erfahrung von Fremdheit im unmittelbaren Umfeld sind konstitu-

rant_innen ohne deutschen Pass Sozialleistungen zur laufenden Lebensführung (SGB II-Leistungen; laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Regelleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz) bezogen. Während von den EU-Staatsangehörigen fast 12% Sozialleistungen erhielten, betrug die Quote bei den anderen Nationalitäten zusammen 35%. Von den Deutschen bezogen gut 10% Hilfeleistungen, in der Gesamtbevölkerung belief sich die Quote auf knapp 13%.

Die besonders stark ausge-

samtquote von 7,7%. Auch im Vorjahresvergleich hat sich die Arbeitslosigkeit von Migrant_innen mit 8,8% besonders markant erhöht. Zur Situation der Migrant_innen gehört zudem, dass ihre Erwerbsquote deutlich niedriger ist als im Durchschnitt. So sind nur knapp 68% der zugewanderten Erwerbspersonen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, während es im Durchschnitt etwa 90% sind.

Armut, und damit Abhängigkeit von Sozialleistungen, ist bei Migrant_innen besonders stark ausgeprägt. Knapp 34% erhalten SGB-II-Leistungen. Besonders dramatisch die Si-

Armutsgefährdung und Hilfequote (Hartz IV-System) von Kindern in Hamburg

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ¹⁾
ALG II Quote HH	14,3	14,3	14,0	13,7	13,7	12,9	12,4	12,2
<i>zum Vergleich ALG II Quote Bund</i>		<i>11,0</i>	<i>10,5</i>	<i>10,3</i>	<i>10,3</i>	<i>9,8</i>	<i>9,5</i>	<i>9,5</i>
Hilfequote Kinder (unter 15 Jahren)	23,8	24,3	24,0	22,9	22,8	21,7	21,1	20,8
<i>zum Vergleich Hilfequote Kinder Bund</i>		<i>16,7</i>	<i>16,3</i>	<i>15,7</i>	<i>15,9</i>	<i>15,2</i>	<i>15,0</i>	<i>15,1</i>
Armutsgefährdung unter 18 Jahren	23,2	21,2	20,9	22,0	21,7	19,9	22,0	21,3
<i>zum Vergleich Bund</i>	<i>19,5</i>	<i>18,6</i>	<i>18,4</i>	<i>18,4</i>	<i>18,7</i>	<i>18,2</i>	<i>18,9</i>	<i>18,9</i>

tiv für moderne Gesellschaften. Dies gilt gerade für Hamburg.

Information, Bildung und umfassende Integrationskonzepte bleiben weiterhin die Großbaustelle der deutschen Integrationspolitik. Gerade auch in Hamburg gibt es trotz jahrelanger Debatten darüber auf diesem Gebiet noch immer zu wenig Fortschritte. In einem Stadtstaat, der überdeutlich ökonomisch, sozial und politisch als Einwanderungsgesellschaft ausgewiesen ist, fehlt es immer noch an einem umfassenden Integrationskonzept, mit dem die sozialen Unterschiede und unterschiedlichen Startchancen ausgeglichen werden könnten.

Am Jahresende 2012 haben laut Statistikamt Nord in Hamburg gut 27% aller Mig-

prägte Abhängigkeit der Migrant_innen von Sozialleistungen ist Teil der sozialen Spaltung der Stadt. Migrant_innen haben

tuation bei Kindern: 44% der Kinder aus Migrantenfamilien beziehen Sozialgeld, sind also arm. Auch Altersarmut ist bei

Kinderarmut in ausgewählten Stadtteilen

Stadtteil	Im Alter 0-7	In Prozent
Billstedt	2.444	48,4
Wilhelmsburg	1.976	45,9
Hausbruch	404	35,8
Hamburg	24.951	22,0

in allen Lebensbereichen mit besonderen Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung zu kämpfen, sei es bei der Ausbildung oder am Arbeitsmarkt. Sie sind besonders oft arbeitslos und/oder arm. Ihre Arbeitslosenquote liegt mit 15,8% mehr als doppelt so hoch wie die Ge-

Migrant_innen ein aufwachsendes Problem. Während in 2011 im Durchschnitt 5,9% der über 64-Jährigen auf Grundsicherung im Alter angewiesen waren, betraf dies bei den Migrant_innen über 25%.

Hinzu kommt, dass die Migrant_innen nicht gleichmäßig

verteilt über die Stadt wohnen, sondern dass sie mit ihren Wohnorten eingebunden sind in die typische sozial-räumliche Polarisierung in Hamburg. So lebt fast ein Viertel aller Hamburger EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund im Bezirk Hamburg-Mitte; ihr Anteil an der Bevölkerung dort liegt bei 45%. Ebenso wohnen in Harburg anteilig viele Menschen mit Migrationshintergrund (38%). In den Bezirken Hamburg-Nord und Eimsbüttel liegt die Quote dagegen bei unter 25%.

Auch innerhalb der Bezirke gibt es große Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Billstedt, Wilhelmsburg und Rahlstedt sind die Stadtteile mit den absolut meisten Personen mit Migrationshintergrund. Die höchsten Anteile an der Bevöl-

Der Reichtum

Betrachtet man die Verteilung des Gesamteinkommens, zeigt sich nicht nur die besonders ungerechte Verteilung in Hamburg: Auf die oberen 20% der Haushalte entfallen hier 52,2% des Gesamteinkommens – und damit deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (50,2%) – während sich die unteren und mittleren Haushalte mit geringeren Anteilen am Einkommenskuchen begnügen müssen.

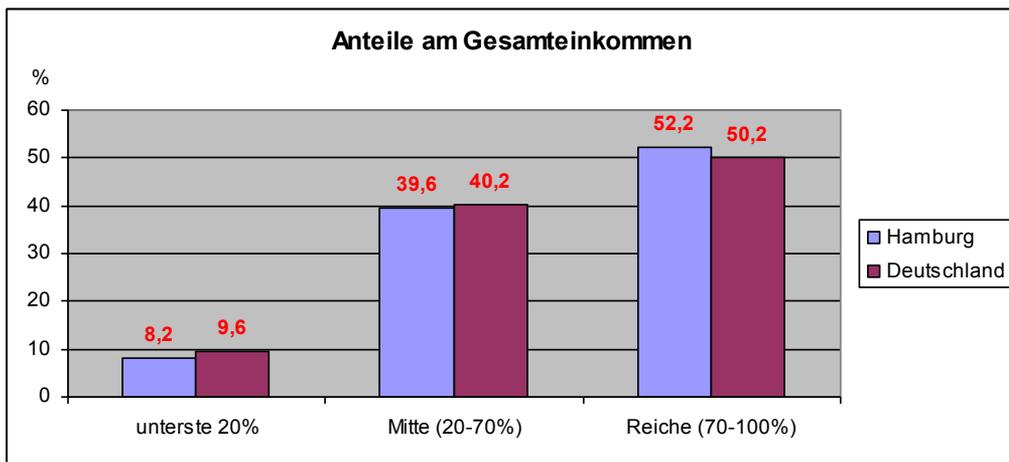
Diese in Hamburg besonders ausgeprägte Polarisierung in der Einkommensverteilung geht einher mit einem Schrumpfen der mittleren Einkommenslagen, d.h. einer Erosion der »gesellschaftlichen Mitte«. Sie führt zu einer massiven Ausbreitung von Abstiegsängsten, weil ein Teil der mittleren Haushalte in pre-



bekannt – in Hamburg besonders ungleich ist, mit steigender Tendenz.

Sozial-räumliche Polarisierung

Die charakteristische Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und



kerung finden sich mit über 70% in Billbrook und auf der Veddel sowie mit 61% in Neuallermöhe. Entsprechend bündeln sich die sozialen Problemlagen am stärksten in diesen Stadtteilen und Quartieren. Vergleichsweise wenige Personen mit Migrationshintergrund leben dagegen in den anderen Stadtteilen der Vier- und Marschlande, wo sie deutlich weniger als zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen.

käre Arbeits- und Lebensverhältnisse abrutscht.

Die im Durchschnitt höheren Medianeinkommen in Hamburg müssen auch vor dem Hintergrund hoher Lebenshaltungskosten bewertet werden. Vor allem steigende Mieten belasten die unteren und mittleren Einkommen deutlich stärker als die hohen Einkommen.

Was hier nicht behandelt wird, ist die ungleiche Vermögensverteilung, die – wie allgemein

Jobs mit niedrigem Einkommen sowie die Verfestigung von Armutsstrukturen spiegeln sich also in Hamburg in einer sozial-räumlichen Verteilung besonders stark wider. Armut und Reichtum verteilen sich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet, sondern finden sich mehr oder weniger konzentriert in Quartieren oder städtischen Regionen, die immer stärker gegeneinander abgeschottet sind. »Wir erleben eine räumliche Bevölkerungsum-



verteilung, die unterschiedliche soziale Gruppen freiwillig oder gezwungenermaßen, je nach ihren Mitteln und Möglichkeiten, zusammenbringt. Diese Neuordnung des Raums nach dem Prinzip des »Unter-sich-Bleibens« führt auch zu einer Umgestaltung der von ihnen zu bewältigenden Probleme. Dies gilt nicht nur auf dem Wohnungssektor, sondern auch beim Zugang zu Gütern, Dienstleistungen und Sozialleistungen, sie bestimmt ihre Fähigkeit, in mehr oder weniger gesicherten Verhältnissen zu leben, ihre beruflichen Chancen oder die Qualität der Schulbildung und die Zukunft der Kinder und so weiter.« (Castel)

Obwohl es Hamburg wirtschaftlich relativ gut geht, verhärtet sich die soziale Spaltung. So werden ältere Menschen, Arme und Migrant_innen durch steigende Mieten an den Stadtrand gedrängt – diese Dynamik entsteht durch die Aufwertung »kreativer Viertel«. Und wer in einem »Problemstadtteil« wohnt, hat oft allein deshalb Probleme.

Vor allem eine wachsende Zahl von Haushalten mit sehr niedrigen Einkommen führt zu

einer stärkeren Konzentration dieser Haushalte in den Gebieten der Stadt, in denen die Mietpreise niedrig sind. Das sind unsanierte Bestände in innerstädtischen Altbaugebieten und andere Quartiere mit niedriger Wohnqualität, die ein geringes Sozialprestige haben. Charakteristisch daher auch beim Wohnen die Präferenzen für bestimmte Stadtteile. Fast ein Viertel der Menschen mit Wurzeln im Ausland lebt im Bezirk Mitte. Ihr Anteil der Bevölkerung liegt dort bei 45%. Auch in Harburg wohnen anteilig viele Menschen mit Migrationshintergrund, nämlich 38%. Mit 25% niedriger ist ihr Anteil in den Bezirken Nord und Eimsbüttel. Auch innerhalb der Bezirke gibt es große Unterschiede zwischen den Stadtteilen: Billstedt, Wilhelmsburg und Rahlstedt sind die Stadtteile mit den absolut meisten Menschen anderer Ursprungsländer. Die höchsten Anteile gemessen an der Bevölkerung finden sich mit mehr als 70% in Billbrook und auf der Veddel sowie mit 61% in Neuallermöhe.

Auslaufen der Programme zur sozialen Stadtentwicklung

In früheren Regierungen – also unter vorsozialdemokratischen Mehrheiten – wurde die soziale Spaltung Ernst genommen. Es ließ und lässt sich nicht bestreiten, dass es eine Tendenz zur Verfestigung sozialer Spaltung gibt. Es wurden Programme für die integrierte Stadtteilentwicklung erarbeitet. Sozialen Entmischungsprozessen und der Konzentration sozial belasteter Gruppen sollte damit entgegen gewirkt werden.

Es handelte sich um ein be-

hördenübergreifendes, zunächst zeitlich begrenzt angelegtes Gesamtkonzept, mit dem schwerpunktmäßig benachteiligte Viertel in den Fokus gerückt wurden. „Auch in Hamburg gibt es Stadtteile, in denen überdurchschnittlich viele Menschen leben, bei denen sich soziale Risiken so bündeln, dass sie in der Gefahr stehen, von der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abgekoppelt zu werden. Diese benachteiligten Stadtteile sind durch eine hohe Konzentration sozialer Probleme und durch multiple Problemlagen gekennzeichnet.“ Als Reaktion auf diese Tendenz der sozialen Spaltung war 2007 das Programm „Lebenswerte Stadt“ aufgelegt worden; die GAL hatte in den Koalitionsverhandlungen eine quantitative Ausweitung und eine Erweiterung des Handlungsansatzes durchgesetzt.

Weitgehend unbestritten war die folgende RISE-Situationsbeschreibung: „Es gibt in Hamburg eine langjährige Tradition, den aufgezeigten sozialen Desintegrations- und Marginalisierungsprozessen entgegenzusteuern, nicht nur seitens der Stadt, die – auch mit ihren Wohnungsbaugesellschaften – seit vielen Jahren eine aktive soziale Stadtteilentwicklung und eine umfangreiche soziale Infrastruktur betreibt, sondern auch seitens einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen, namentlich der Kirchen, Kammern und Gewerkschaften, vieler Vereine und ehrenamtlicher Akteure, der Wohnungswirtschaft und vieler anderer, die sich um die Integration benachteiligter Menschen und Gruppen bemühen. Hamburg betreibt seit vielen Jahren mit Hilfe verschie-

Haushaltsmittel	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
HH-Absatz	30,5	26,6	30,8	29,6	25,0	17,4	19,4	31,3	21,0	30,9	32,4	24,9	25,9	20,8	20,8
Übertragene HH-Kosten aus dem Vorjahr	2,6	6,4	13,3	11,1	18,2	16,6	9,4	9,5	10,2	7,4	23,6	18,3	20,2	16,7	6,9
Gesamtwert	33,1	32,9	44,1	40,7	44,1	34,1	28,9	40,8	31,2	38,3	56,0	43,2	46,1	37,5	27,7

Entwicklung der Gesamtmittel der Integrierten Stadtteilentwicklung (Haushaltsansätze und übertragene Haushaltsreste des Vorjahres) 2000 – 2014, Angabe in Mio. €

dener Förderprogramme des Bundes und der EU – darunter insbesondere die Programme der Städtebauförderung – die Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten Gebieten.“

Sonderlich erfolgreich waren diese Programme in der Vergangenheit jedoch nicht. Dies liegt zum einen an der mangelnden finanziellen Ausstattung, zum anderen aber auch daran, dass den kumulativen Problemlagen unzureichend Rechnung getragen wurde. Ein aus meiner Sicht wichtiges Beispiel dafür ist Wilhelmsburg. Jahrzehnte ist dieser Stadtteil mit seinen vielfältigen städtebaulichen, sozialen und kulturellen Problemen sich selbst überlassen worden. Der seit 2003 gesetzte Schwerpunkt „Sprung über die Elbe“ wird aber nicht als Kurswechsel, sondern von größeren Teilen der Bevölkerung als Mittel zur Verdrängung wahrgenommen. Der vermeintliche Sprung über die Elbe realisiert sich – zusammen mit den HafenCity-Planungen – als weiteres Leuchtturmprojekt, das für die Bevölkerung vor allem mit neuen Verkehrsbelastungen und Mieterhöhungen einhergeht, statt deren Lage zu verbessern.

Ausgangspunkt für die Konzeption einer integrierten Stadtteilentwicklung ist, dass es in bestimmten Stadtteilen „auf Grund kumulativer sozialer Problemlagen zu einer zunehmenden Desintegration und Marginalisierung von großen Teilen der Bewohnerschaft“ gekommen ist. Das Programm ist daher daran zu messen, inwieweit es

- a) die festgestellten „sozialen Entmischungsprozesse“ (Segregation) aufhalten bzw. zurückdrehen kann,
- b) die Situation der benachteiligten Quartiere und speziell die Lebenslage der dort wohnenden Menschen konkret und nachhaltig verbessern kann,
- c) die Möglichkeiten der Trans-

parenz von Prozessen sowie die reale Beteiligung von betroffenen Bürger_innen verbessert.

Positiv war, dass für die Erfassung und Bewertung bezüglich der Benachteiligung von Stadtteilen vielschichtige Kriterien angegeben werden, die zugleich einen multidimensionalen Blick auf die Verhältnisse und etwaige Projekte und Maßnahmen eröffnen. Die so genannten „thematischen Handlungsfelder“, in denen die integrierte Stadtteilentwicklung betrachtet und realisiert werden soll, umfassen alles, was relevant ist: Beschäftigung/Qualifizierung/Ausbildung, lokale Ökonomie, Bildung, Familienförderung, Wohnen/lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft, Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Kultur im Stadtteil, Gesundheitsförderung, Umwelt und Verkehr, Sicherheit/Kriminal- und Gewaltprävention, Sport und Freizeit.

All diese Aspekte in einem Stadtteil gleichzeitig und integrativ zu bedenken, zu erörtern und zu entwickeln, setzt ein hohes Einfühlungs- und Reflexionsvermögen voraus, wird aber der Vielschichtigkeit von Armut und Benachteiligung zweifelsfrei gerechter als eine eindimensionale Verbesserung in dem einen oder anderen Bereich. Der sozialräumliche Blick war für alle Beteiligten ein Lernprozess.

Dennoch bleibt hervorzuheben, dass die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse, das nach wie vor anhaltende Auseinanderdriften von vielen Menschen mit (noch) weniger Geld auf der einen Seite und einer kleinen bzw. noch kleiner werdenden Schicht mit sehr viel Reichtum auf der anderen Seite ein unzumutbarer Zustand sind. Nur eine andere Steuerpolitik und eine drastisch verschärfte Kontrolle von Steuerflucht etc. könnte hier Abhilfe schaffen.



Angesichts des steigenden Mangels an Wohnraum, nicht ausreichender Ausbildungs- und Arbeitsplätze, der Zunahme von Einkommensarmut und der wachsenden Anzahl derer, die in Altersarmut leben, sind die unter dem Titel integrierte Stadtteilentwicklung vorgestellten Instrumente allenfalls geeignet, die Symptome der aus einem gesellschaftlich unausgewogenem System resultierenden, sozialräumlichen Probleme in Ansätzen zu mindern. Keinesfalls stellen sie Lösungen für die gesellschaftlichen Problemstellungen dar.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklung kann man eigentlich nur von einem politischen Skandal sprechen, wenn man sich die Budgetkürzungen ansieht (s. Tabelle). Vom Höhepunkt des Mitteleinsatzes für die soziale, integrierte Stadtteilentwicklung im Jahr 2010 geht es steil bergab.

Der Vorteil der sozialdemokratischen Ignoranz: im Zeitalter der Schuldenbremse lassen sich auch diese Ressourcen einsparen. Nach dem Motto: Hamburg hat keine sozialen Probleme und braucht auch keine sozialpolitischen oder stadtentwicklungspolitischen Anstrengungen. Es braucht nicht viel Weitsicht, um festzustellen, dass hiermit eine Zeitbombe gelegt wird.

JOACHIM BISCHOFF
PUBLIZIST



VERMÖGENSVERTEILUNG

Geradezu obszön

Trauriger Rekord: In keinem anderen Euro-Land ist das Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland

Die Schere zwischen denen, die viel Geld besitzen und denen, die gar keines haben, wird dabei immer größer, wie die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom März d. J. zeigt. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt demnach ein persönliches Vermögen im Wert von mindestens 800.000 Euro. Dagegen verfügt gut ein Fünftel aller Erwachsenen über gar kein Vermögen. Bei rund sieben Prozent seien die Schulden größer als der Besitz.

Studienautor Markus Grabka geht davon aus, dass seine Ergebnisse dabei nur einen Teil der Realität abbilden. Die Wirklichkeit sehe noch verheerender aus, sagt er. Man müsse davon ausgehen, dass die Stichprobe das Ausmaß der Vermögensungleichheit unterschätzt, weil ganz besonders Vermögende wie Multimillionäre oder Milliardäre fehlten. Der sogenannte Gini-Koeffizient, der die Vermögensungleichheit misst und international vergleichbar macht, liegt in Deutschland bei 0,78. Bei einem Wert von eins ist die Ungleichheit maximal, bei Null minimal ausgeprägt. Zum Vergleich: In Frankreich liegt der Wert bei 0,68, in Italien bei 0,61.

Drastisch ist es für Arbeitslose bergab gegangen. Lag das durchschnittliche Nettovermögen 2002 noch bei etwa 30.000 Euro, sind es zehn Jahre später nur noch 18.000 Euro. „Das ist die einzige soziale Gruppe, die in den letzten zehn Jahren signifikant Vermögen eingebüßt hat“, sagt Grabka, der die Ursache in den Hartz-IV-Gesetzen sieht. Bevor Arbeitslosengeld II ausgezahlt wird, muss in Deutschland der größte Teil des privaten Vermögens aufgebraucht sein. Die Folge: Fast zwei Drittel der Menschen ohne Arbeit hatten im Jahr 2012 unter dem Strich kein Vermögen oder sogar Schulden.

Nach den aktuellen Zahlen, die sich auf das Jahr 2012 beziehen, haben Männer mehr Vermögen als Frauen und Menschen im Westen Deutschlands mehr als doppelt so viel Geld wie diejenigen in den neuen Bundesländern. Das durchschnittliche Nettovermögen der Westdeutschen lag laut der Studie 2012 bei 94.000 Euro, im Osten bei 41.000 Euro. Männer besaßen im Schnitt 97.000 Euro, Frauen 27.000 weniger.

Quelle: ZEIT-online 24.4.2014

Da Hamburg mit circa 30 Prozent seiner Wirtschaftskraft über dem Bundesdurchschnitt liegt, dürfte man getrost auf die Zah-

len diesen Anteil aufschlagen. Dass Hamburg die Stadt mit den meisten Millionären ist, ist bekannt (JG).

Dazu ZEIT-online am 7.4.2014:

Allein 42.000 Millionäre leben in der alten Hansestadt. Nirgendwo in Deutschland ist die Millionärsdichte höher. Knapp 1.000 Hamburger verdienen mehr als eine Million Euro pro Jahr. Und sogar elf Milliardäre sind bekannt, die Hamburg als Hauptwohnsitz nennen, hier geboren wurden oder ihre Unternehmen von hier lenken. Jeder achte Hamburger gilt als reich. (...) Armut ist jedoch leichter zu definieren als Reichtum. Viele Menschen, die der Statistik nach als reich gelten, sortieren sich in Umfragen selber als Mittelschicht ein. Der Reichtum mancher Familie besteht vor allem aus einem großen Haus mit üppigem Grundstück in bester Wohnlage. (...) Bei den 500 Deutschen, die das *Manager Magazin* in seiner Liste der reichsten Deutschlands führt, ist das anders. Unter ihnen finden sich zahlreiche Hamburger – auch unter den Superreichen. Zu Letzteren zählt das *Manager Magazin* beispielsweise Michael und Alexander Otto, Erben des Versandhaus-Gründers. Mit einem geschätzten Gesamtvermögen von 8,6 Milliarden Euro liegen die Ottos auf Platz 1 der reichsten Hanseaten.



Senatskonzept gescheitert

Nur qualifizierte Lehrkräfte garantieren Erfolg

In einer eindrucksvollen Bilanz unterstreicht der Senat, dass das bisherige Konzept zum Schulschwimmen voll und ganz gescheitert ist: Fast die Hälfte aller Kinder, die die Grundschule verlassen (48 %), können nicht sicher schwimmen, nur 81,3% haben mindestens die Vorstufe "Seepferdchen" erreicht. Ange-treten war der damalige CDU-Senat zusammen mit Bäderland Hamburg bei der Neugestaltung des Schulschwimmens vor acht Jahren (2006) mit dem Ziel, mindestens 70 % sichere Schwimmer und 95 % "mindestens Seepferdchen-Absolventen" nach einer Schwimmphase in der Grundschule zu erreichen.

„Fast noch schlimmer ist: Durch die komplette Verlagerung des regulären Schwimmunterrichts in die Grundschule ab kommendem Schuljahr gibt es nun drei Jahrgänge (die jetzigen Klassen 3, 4 und 5), die nur eine Schwimmphase durchlaufen haben werden – d. h. ca. 48 % dieser Schülerinnen und Schüler dürfen in der Sekundarstufe nicht am Wassersport-Unterricht (z. B. Kanu, Rudern u. a.) teilnehmen - denn dafür ist sicheres Schwimmen Voraussetzung – und bei Klassenausflügen und in der Freizeit gibt es für sie besondere Beschränkungen. Die Schulen und die Kinder werden damit allein gelassen! Schlimm für eine Stadt am Wasser, die sich gern Sportstadt Hamburg nennt“, so Peter Stielert vom Sportausschuss der GEW Hamburg.

Festgestellt werden muss also, dass angesichts dieser Bilanzen jede Rechtfertigung, das Schul-

schwimmen Bäderland zu überlassen und es den Schulen und den qualifizierten Sportlehrern aus der Hand zu nehmen, wie es vor acht Jahren geschehen ist, endgültig entfallen ist.

Statt aber die Chance zu nutzen, ein gescheitertes Konzept zu verwerfen und das Schulschwimmen wieder in die Hand der Schulen zu geben, wie es der heutige Senat vor der letzten Bürgerschaftswahl proklamiert hatte, wird vor allem aus Kos-

Erfolgsquote mit dem jetzigen Stand nach einer Schwimmphase in der Grundschule (die zweite hätte in Klasse 6 erfolgen müssen) verglichen werden soll. Das ist Augenwischerei.

Richtig ist, dass angesichts der desaströsen Bilanz zukünftig der Betreuungsschlüssel angehoben wird und zusätzliche Fördermöglichkeiten für besonders schwimschwache Kinder geschaffen werden.

„Zu einer "Optimierung" des Schwimmens hätte gehört, dass qualifizierte Sportlehrkräfte der Schulen den Schwimmunterricht erteilen, nicht Bäderland-Mitarbeiter oder Honorarkräfte; dass die vor sechs Jahren vorgenommene Kürzung der Wasserzeiten um 25 % pro Schwimmphase wieder aufgehoben wird; dass auch in der Sekundarstufe



Keine brennenden Augen trotz suboptimaler Betreuung

tengründen an einem gescheiterten Konzept herumgedoktert und dies als "Optimierung" angepriesen. Die zweite Schwimmphase (bisher in Klasse 6) soll nun ebenfalls in die Grundschule verlagert werden, um die Bilanzen zu verschönern. Das Ziel der Pressemitteilung ist sehr durchschaubar: Es soll schon jetzt ein "Erfolg" in einem Jahr vorbereitet werden, da nach zwei Schwimmphasen in der Grundschule die erwartete höhere

regulärer Schwimmunterricht als Teil des Sportunterrichts erhalten bleibt sowie, dass neben dem grundlegenden Ziel der Schwimmfähigkeit auch Ziele des sportlichen Schwimmens und der Qualifizierung zu Wettkampf-Teilnahmen als individuelle Förderungsmaßnahmen für die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler ins Konzept gehören“, so Stielert abschließend.

GEW Presseerklärung
vom 14.5.2014

Zerstörung des Allgemeinen?

Eine Replik auf Lisa Rosas Artikel
„Zerstörung des Allgemeinen“

Auch in der GEW wird in letzter Zeit wieder mehr über theoretische Grundlagen von Bildungspolitik gesprochen. Lisa Rosa hat in der hLz 1-2/2014 einen durchaus philosophischen Artikel veröffentlicht, der noch einmal ein Hohelied auf Individualisierung und De-Standardisierung singt, sich gleichzeitig aber auch positiv auf den großen Standardisierer Andreas Schleicher bezieht. Wie passt das zusammen? Und was könnte man daraus lernen? – Eine Kritik

Lisa Rosa hat unter dem Titel „Der Weg ist das Ziel“ ein „Lernen im digitalen Zeitalter“ skizziert, das sich durch ein hohes Maß an Individualität und persönlicher „Sinnbildung“ auszeichne und etwas völlig anderes sei als die „Standardisierung“ von Lernprozessen, die Rosa für ein Relikt des 19. Jahrhunderts hält. Obwohl der Artikel auch sehr einfühlsame und zukunftsweisende Passagen enthält, ist er politisch eher dem neoliberalen Mainstream zuzuordnen: Er redet einem weitreichenden Subjektivismus das Wort, der Lernen (und letzten Endes: Wahrheit) ausschließlich von persönlichen Dispositionen, Geschmacks- und Nützlichkeitsabwägungen abhängig machen will. Es ist zu begrüßen, dass die hLz einen derart grundsätzlichen Artikel bringt; inhaltlich ist aber Vorsicht angesagt. Denn zum einen beteiligt er sich an einer neoliberalen „Zerstörung des Allgemeinen“ und gibt sich als Vollstrecker eines angeblich vorgezeichneten Wegs

ins „digitale Zeitalter“, der alternativlos sei. (Insofern ist er viel zu „grün-affirmativ“.) Und zum anderen sind seine Herangehensweisen auch nicht mehr ganz „taufersch“, wärmen die schon etwas angegammelte Idee einer „Bildung ohne Inhalte“ wieder auf und verkörpern wohl eher die Illusionen der Schröder-Ära als einen ernsthaften Blick in die Zukunft.

Unter dem Blickwinkel „Zerstörung des Allgemeinen?“ soll im Folgenden auf einige Gedanken aus dem Artikel, aber auch auf andere Entwicklungen aus dem Reich fortschrittlicher Pädagogik eingegangen werden. Die bildungspolitischen Diskus-

*Der Rückbau öffentlicher
Infrastruktur übersetzt
diesen Rückbau an
„Allgemeinem“ in
konkrete Wirklichkeit*

sionen der letzten Jahre waren ja vor allem von Struktur-, Verteilungs- und Finanzierungsfragen geprägt, während Inhalte und Fragen nach dem „höheren Sinn“ keine so große Rolle einnahmen. So kämpft gerade die GEW auf der strukturellen Ebene für eine stärkere Betonung „allgemeinbildender“ Bildungsgänge statt einer beruflich-spezialisierten Ausbildung, während dieses „Allgemeine“ gleichzeitig auf der inhaltlichen Ebene immer weiter differenziert, individualisiert und letzten Endes aufgelöst

werden soll.

Eine Aufarbeitung dieser widersprüchlichen Haltung zum „Allgemeinen“ könnte vielleicht der Einstieg in eine philosophisch reflektierte Überarbeitung und Weiterentwicklung bildungspolitischer Ideen sein. Denn in der aktuellen Schwäche und Verschwommenheit des „Allgemeinen“ liegt eine bedeutsame geistige Grundlage des Neoliberalismus, der nur noch Individuen und ihre marktmäßige „zufällige“ Verbindung kennt, von absoluten Werten aber nichts wissen will. Der Rückbau öffentlicher Infrastruktur übersetzt diesen Rückbau an „Allgemeinem“ in konkrete Wirklichkeit, ist doch der Staat darauf angewiesen, als Verkörperung von „Allgemeinem“ verstanden zu werden. Wenn sich die GEW an diesem Rückbau beteiligen will – bitte sehr. Aber bitte nicht vergessen: Bildungspolitik ist eben auch Mentalitätenpolitik; und wer neoliberale Mentalitäten erzeugt, darf dann den Abbau öffentlicher Institutionen nicht beklagen. Doch der Reihe nach:

Gern gesehener GEW-Gast ist mittlerweile ja Testpapst Andreas Schleicher; auch Lisa Rosa bezieht sich positiv auf ihn (s.u.). Die philosophische Grundidee des Mathematikers Schleicher bzw. der PISA-Macher besteht offensichtlich in einer Art „Atomismus“ des Denkens: So beruhen die PISA-Studien auf der Vorstellung, schulische Kompetenz in relativ basale, ja banale Grundkompetenzen zu zerlegen, die dann – je nach Bedürfnis, Lust und Laune – zu völlig neuen Bildungserlebnissen und geistigen Leistungen kombiniert werden können. Ein durchaus interessanter Gedanke, der im Grunde zwei Stoßrichtungen hat: Einerseits eine fast schon totalitäre Implementierung und Dauer-Überprüfung dieser Grundkompetenzen in Form jährlicher Rankings, andererseits aber auch eine Aufkündigung darüber hin-

ausgehender Verbindlichkeiten und eine weitgehende Deregulierung inhaltlicher Vorstellungshorizonte. Motto: „Lesen, Rechnen, Schreiben sind immer wichtig, während niemand weiß, welches Wissen wir morgen brauchen, das man dann ja googeln kann.“

Während Schleicher innerhalb dieses zweipoligen Ansatzes eher für die „harte Stoßrichtung“ steht – das Vermessen und Einfordern von Grundkompetenzen –, propagiert die Musikpädagogin Lisa Rosa die – zugehörige – „weiche Stoßrichtung“: die Auflösung überindividueller Sinnbezüge, Sinnzwänge und allgemeinverbindlicher Wissenskanones – eine Auflösung in Form einer verständnisvollen Hinwendung zum Subjekt, das auf seiner ganz individuellen Bildungsreise wohlwollend begleitet werden soll, ohne von intersubjektiven Ansprüchen belästigt oder gar erdrückt zu werden: „Sinn ist nicht aus gesellschaftlichen Bedingungen ableitbar. Sinn ist immer persönlich“ (S. 32)

Insofern verkörpert das Duo Rosa/Schleicher genau jene Mischung von Zuckerbrot und Peitsche, Fördern und Fordern, Freiheit und Anpassung, Integrieren und Ausgrenzen, Niveauverfall und Leistungsdruck, Lockerheit und Strenge, die für große Teile des rot-grünen Milieus so typisch ist – nicht nur in der Bildungspolitik, sondern auch bei der Gestaltung einer manchmal „pseudo-toleranten“ Zivilgesellschaft. Dass beide Seiten zusammengehören, zeigt nicht nur die explizite, positive Bezugnahme Rosas auf Schleicher (S. 29f.), sondern oft auch die allgemeine Lebenserfahrung im Umgang mit jenen, die sich im aktuellen Neoliberalismus zur Formulierung rot-grüner Gesellschafts- und Bildungspolitik berufen fühlen. Und – last not least – ist diese Mischung auch „typisch GEW“: einerseits DGB,

Demonstrationen und im Herzen bei Guevara, andererseits Beamtenstatus, Schulpflicht, Pünktlichkeit und Zeugnisse. Vielleicht ist eine solche Mischung – im Groben gesprochen – sogar unvermeidlich für eine Bildungsgewerkschaft mit sozialem Anspruch. Aber muss es auch in den Details gerade DIESE Mischung sein?

Zurück zu Lisa Rosa: Wo liegt nun das „Philosophische“ ihres Ansatzes? – Gehen wir einmal davon aus, dass Philosophien Übertreibungen und Radikalisierungen von Teil-Wahrheiten sind, dann lässt sich zunächst einmal folgende Teil-Wahrheit als Grundlage ihres Artikels ausmachen:

Die Motivation zum Lernen steigt, wenn der oder die Lernende einen persönlichen Sinn im Lerngegenstand erkennen kann, während eine bloß äußerliche Motivation durch gesellschaftliches Aufdrücken von Sinn immer schal bleibt. In den Worten

Die Motivation zum Lernen steigt, wenn der oder die Lernende einen persönlichen Sinn im Lerngegenstand erkennen kann

Rosas: „Eine Tätigkeit macht Freude. Dies ist die Perspektive der Lernenden. Man kann niemanden transitiv motivieren. Jeder muss seine Lernmotive selbst bilden oder mit Leont’ev gesprochen: seinen persönlichen Sinn.“ (S.29) Als Beispiel hierfür nennt sie u.a.: „Ich lerne sprechen, weil ich jetzt mitreden und verstanden werden möchte.“ Und: „Ich lerne rechnen, weil ich Zahlen so geil finde.“ (ebd.) Das findet auch einer, der es mit dem Lernen geschafft hat: „Sinn muss geil sein, etwas, wofür man frühmorgens im Dunkeln begeistert aus dem Bett springt

und sich den ganzen Tag bis zur Erschöpfung verausgabt, um abends glücklich ins Bett zu fallen, beim Einschlafen dem heute wieder realisierten Sinn lächelnd nachsinnend“, zitiert Rosa einen 78-jährigen Professor (S. 32).

Darüber hinaus hat der Artikel noch eine zweite philosophische Grundlage, die ins Geschichtsphilosophische geht: Rosa verweist auf die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft und grenzt – ziemlich schematisch – eine überholte Kultur der Industriegesellschaft (die auf Standardisierung setze) von einer kommenden Kultur des „digitalen Zeitalters“ ab, die durch Individualisierung glänze, z.B. in Form von „Ergebnisoffenheit“ des Lernens, „personalisierte(n) Strategien“ und „selbst bestimmte(n) Inhalte“ (S. 31). Dieses „digitale Zeitalter“ werde von der Schule bisher oft verfehlt, weil sie zu sehr auf gesellschaftliche Normierungen setze: „Mit den allgemein verbindlichen Curricula ... wird immer nur gesellschaftliche Bedeutung vermittelt. Um den persönlichen Sinn kümmert sich die Schule nicht.“ (S. 31). Die Schule sei einem Standardisierungsdenken verfallen, das Rosa im 19. Jahrhundert verortet und – Anleihe bei Marx – zwar für damalige Zeiten als angemessen, wertvoll und notwendig ansieht, heute aber für einen Anachronismus hält: „Standardisierung hatte tatsächlich eine wichtige Bedeutung. Es war das beste Modell, das man im 19. Jh. hatte und Vorbild für die ganze Welt. ... Heute ist die Begründung für eine Standardisierung ausschließlich prüfungsbedingt.“ (S. 29).

Meines Erachtens liegt auch bei diesem zweiten philosophischen Punkt die Radikalisierung einer Teil-Wahrheit vor, die allerdings eher eine Viertel- als eine Halbwahrheit ist und nicht denselben Erleuchtungswert hat wie die philosophische Aussa-



„Man bejaht den Zug der Geschichte, sieht Faktisches und Wünschenswertes zusammengehen, und dann fährt der Zug doch glatt in eine andere Richtung!“ (Bublitz)

ge zur Wichtigkeit persönlichen Sinns für das Lernen (s.o.). Denn es stimmt z.B. ganz einfach nicht, dass der Trend zur inhaltlichen Standardisierung nur „prüfungsbeding“ sei. Vielmehr ist Standardisierung auch notwendig zur Schaffung gemeinsamer Vorstellungshorizonte, die Kommunikation, Streit, Konsens und „Gesellschaftlichkeit“ erst ermöglichen – ein Punkt, den anzudeuten die hlz-Ausgabe 1-2/2014 der CDU-Politikerin Karin Prien überlässt (Interview durch Joachim Geffers, S. 15).

Außerdem wird das halbwegs stressfreie und dennoch anschlussfähige Abitur für viele m.E. ohne Standardisierung kaum zu haben sein. Auch deshalb ist das „19. Jh.“ mit seinen Prämissen industrieller Massenproduktion längst nicht so überholt, wie Rosa vermutet, die ohnehin etwas zu affirmativ und effektheischend ein „digitales Zeitalter“ herbeiredet, das es in dieser Totalität vielleicht gar nicht gibt. Immerhin haben ja gerade die letzten Jahre eher eine Zunahme an Zentralprüfungen

und Standardisierungen (z.B. an der Uni) gebracht. Da ist es eben wieder, das typische Marxistenpech, das auch grün-neoliberale Digitalisierungsapostel erwischen kann: Man bejaht den Zug der Geschichte, sieht Faktisches und Wünschenswertes zusammengehen, und dann fährt der Zug doch glatt in eine andere Richtung!

Letzten Endes hat der Ansatz Rosas zwei Schwächen: Durch ihre explizite und mehrfache Zurückweisung gesellschaftlicher Sinnkonstruktionen gerät sie durchaus in eine Nähe zu M. Thatcher und beteiligt sich aktiv an der Destruktion des Allgemeinen – und zwar keineswegs aufgrund von „Desillusionierungen“ (S. 37), sondern durch Aussagen, die in ihrer Radikalität vollkommen unrealistisch und selber höchst illusorisch sind – Kostprobe: „Alles, was heute gilt, gilt auch weiterhin nur heute.“ (S.37) Da fragt man sich doch: Was ist mit dem 1x1, historischen Fakten und dem allergrößten Teil der Naturwissenschaften? Oder der schon oben

erwähnte Hammer-Satz: „Sinn ist nicht aus gesellschaftlichen Bedeutungen ableitbar.“ Was ist mit den Widerstandskämpfern, politischem Engagement, dem Streben nach intersubjektiver Erkenntnis?

Rosa verfolgt also ganz bewusst einen anti-universalistischen, anti-gesellschaftlichen, neoliberalen und affirmativen Ansatz im Gewande des „Neuen“. Dabei übersieht sie, dass auch persönlicher Sinn der Einbettung in überindividuelle Horizonte bedarf. Auch Kreativität kann sich – wie ich glaube – am besten in der Auseinandersetzung mit vorgegebenen Problemen und Tatsachen entwickeln, während die Dürftigkeit einer „spontanen Kreativität“ gerade an den Produkten und Denkweisen jüngerer Generationen deutlich wird, die schon relativ stark von (pseudo-)individualistischer Ideologie geprägt sind. Eine Kreativität, die ebenso wie Rosa den Glauben an verbindliche Wahrheiten meist aufgegeben hat.

Die zweite Schwäche liegt da-

rin, dass Rosa das Wünschenswerte auch für das Machbare hält, wenn es um persönlichen Sinn geht. Natürlich ist echter Geistes- und Lerneifer nur über personalisierte Motive und Sinnerfahrungen zu erreichen. Bei vielen Themen und vielen Menschen ist das aber eben nicht machbar und für ein halbwegs erfolgreiches und erträgliches Schülerleben auch gar nicht notwendig. Eine konsequente Orientierung am rein persönlichen Sinn gewinnt einen großen Teil der Bildungsinhalte aus dem öffentlichen Bewusstsein und nagelt die Menschen auf ihre Vorprägungen und Geschmäcker fest. Auch hier zeigt sich ein Problem der vergangenen Jahrzehnte: Gerade durch die Individualisierung der Vorstellungshorizonte werden die Menschen auf ihre Herkunft, ihren aktuellen Geschmack und ihre aktuellen Nützlichkeitsurwägungen zurückgeworfen, was sicherlich auch auf Kosten der

Eine konsequente Orientierung am rein persönlichen Sinn gewinnt einen großen Teil der Bildungsinhalte aus dem öffentlichen Bewusstsein und nagelt die Menschen auf ihre Vorprägungen und Geschmäcker fest.

„Chancengleichheit“ geht. Insofern bekommt die neoliberale Beliebigkeit, Verwertungslogik und Egozentrik hier auch noch einen im Ergebnis konservativen Charakter. (Beide Probleme scheinen übrigens auch in Rosas Schilderung einer Klassenreise nach Berlin auf – Besuch des Jüdischen Museums –, deren doppelte Fragwürdigkeit ihr wohl gar nicht bewusst ist.)

Zwar wünscht sich auch Rosa universalistisch denkende Men-

schen, wenn sie sich angesichts ökologischer Zukunftsprobleme fragt, „wie man große Massen von Menschen davon überzeugt, dass sie ihren Lebensstil auf ‚nachhaltig‘ umstellen wollen“ und dass „Wachstum ab jetzt inneres Wachstum bedeutet“ (S. 37). Und sie hat Recht, dass eine solche Einsicht nicht aus naturwissenschaftlichem Faktenwissen ableitbar ist (ebd.). Allerdings bleibt ihr großes Geheimnis, wie diese Einsicht durch ein vollkommen individualisiertes Sinnbildungslernen entstehen soll. Denn seien wir ehrlich: „Innere Werte“ anzuerkennen, ist ein langwieriger Prozess, der auch auf der Frustration „äußerer“ Bedürfnisse und der – relativ penetranten – Vermittlung „geistiger“ Werte beruht. Und für einen Schutz fernster und zukünftiger Menschen braucht man einen fast schon religiösen, universalistischen Ansatz, der aus der Spontaneität individuellen Wollens kaum zu gewinnen sein dürfte. Der langfristige Erhalt der Menschheit wäre doch gerade ein „gesellschaftlicher“ Sinn, den Rosa aber ja destruieren will!

Kurzum: Schleicher und Rosa sind durchaus auf dem richtigen Dampfer, wenn sie es ermöglichen wollen, aus Grundkompetenzen heraus eine bunte Vielfalt individueller Sinnschöpfungen, neuer Verbindungen und kreativer Einfälle entstehen zu lassen. Das Problem liegt nur darin, dass die Grundkompetenzen zu kleinteilig und inhaltsfrei konzipiert sind (bei Schleicher), während der Kreativitäts-, Individualisierungs- und Buntheitsgedanke überdreht und aus jeder höheren Verankerung gerissen wird (bei Rosa). Das Ergebnis könnte in vielen Fällen eine inkompetente Unkreativität bzw. eine unkreative Inkompetenz sein, von den neoliberalen Implikationen einer Zerstörung des Allgemeinen ganz zu schweigen.

Eine wichtige Aufgabe für die

Die Stärkung und Neudefinition des „Allgemeinen“ sollte gerade für eine DGB- und Bildungsgewerkschaft ein wichtiges Ziel sein.

Didaktik könnte darin liegen, die Bruchstelle Standardisierung/ Individualität neu und genauer zu definieren. Das setzt eine Standardisierung und didaktische Reduktion einer möglichst breiten Palette von Inhalten voraus, aus deren gemeinsamer Kenntnis die Menschen erst eine Individualität und Kreativität gewinnen können, die sich auf persönliche Weise an Allgemeinem abarbeitet und so erst die Anschlussfähigkeit Person/ Gesellschaft herstellt. Nur so ist jene Sinn-Befriedigung erreichbar, von der auch Rosa schwärmt.

Die Stärkung und Neudefinition des „Allgemeinen“, ja die Suche nach „höherem“, intersubjektivem Sinn, sollte gerade für eine DGB- und Bildungsgewerkschaft ein wichtiges Ziel sein. Dieses „Allgemeine“ dann mit den Interessen, Stärken und Schwächen des Individuums zu verbinden, bleibt „die ewig notwendige Quadratur des Kreises“. Nur so ist eine gesellschaftlich wertvolle Popularisierung von Bildung machbar. Ein neoliberaler – und außerdem unrealistischer – Individualisierungskult hilft da ganz sicherlich nicht weiter. Stattdessen müsste man mal wieder über das reden, was bei Schleicher und Rosa nicht vorkommt: Gemeinsame Inhalte in standardisierter, niedrigschwelliger Form – die Synthese von Anspruch und Wirklichkeit, Wunsch und Wahrheit, Allgemeinem und Einzelem!

MATTHIAS BUBLITZ

Griechische Kolleginnen und Kollegen in Hamburg

Beim Gegenbesuch von Athener Kolleg_innen erfahren GEWler_innen aus Hamburg und Schleswig-Holstein von den neuesten Entwicklungen im Bildungsbereich. Unterstützung tut Not

In der Dezemberausgabe der hz berichteten wir bereits über die Bildungsreise im Rahmen von gb@ von Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg und Schleswig-Holstein im Oktober 2013 nach Athen. Nun waren Kolleginnen und Kollegen aus Athen vom 22. - 27.4.2014 in Hamburg. In erster Linie hatten die griechischen Kolleg_innen ein Interesse daran, von uns zu erfahren, wie wir mit Rechtsextremismus in den Schulen

der Bildung ist. Daraus haben wir im Rahmen von gb@ ein Programm für die griechischen Kolleg_innen erstellt, bei dem sie verschiedene Schulen in Hamburg besucht, Hamburg und Kiel kennen gelernt haben und an einem Workshop „Umgang mit Rechtsextremismus an Schulen“ – durchgeführt vom Mobilien Beratungsteam (MBT) und Kurt Edler (Leiter des Referats Gesellschaft beim LI) – teilgenommen haben.

* Wie wirkt sich die Politik der Troika im Bildungsbereich konkret aus? Wie ist die Situation der Lehrkräfte?

* Wie sehen die Aktivitäten der faschistischen Goldenen Morgenröte an griechischen Schulen aus?

* Wie können die griechischen Kolleg_innen / Schulen unterstützt werden?

Vivi Katsa, Schulleiterin an einem Gymnasium in Athen (Kamatero), hat mit einem Statement (siehe Auszüge) die Diskussion eröffnet, die dann lebhaft weiter geführt wurde.

Im Anschluss daran war bei einem kleinen Empfang Gelegenheit, sich in kleineren Gesprächsrunden auszutauschen und Verabredungen zu treffen.

Alle Beteiligten haben sich rundherum positiv zu diesem Besuch geäußert. Ein Austausch dieser Art lebt von den persönlichen Kontakten. Den Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg und Schleswig-Holstein, die zum Gelingen dieses Besuches beigetragen haben, sei hier noch einmal herzlich gedankt.

ANJA BENSINGER-STOLZE
1. Vorsitzende



„Wir müssen vom Pflichtlernstoff, von den Schulbüchern weg und umdenken“ Vivi Katsa (links) Schulleiterin an einem Gymnasium in Athen

umgehen. Andererseits war es den Kolleg_innen aus Schleswig-Holstein und Hamburg ein Anliegen, ganz konkret von Betroffenen zu hören, wie die Lage in Griechenland allgemein und insbesondere im Bereich

Am Mittwochabend, 23.4.2014, kamen im Curiohaus dann griechische Kolleg_innen, Kolleg_innen aus Schleswig-Holstein und Hamburg zusammen, um gemeinsam zu folgenden Themen zu diskutieren:



Auszüge aus dem Beitrag von Vivi Katsa, der Schulleiterin eines Gymnasiums in Athen Kamatero:

„(...) Die Ergebnisse einer Studie des Instituts für die Rechte der Kinder über die Auswirkungen der sozialen und finan-

ziellen Krise auf das Leben der Schüler_innen zeigen:

Die Schüler_innen glauben, dass die Krise ernste Konsequenzen auf ihr Leben hat (82% meinen familiär, 82% schulisch, 92% gesellschaftlich). Außerdem reden 29% von ihnen in

ihren Familien über die Auswanderung mindestens eines Mitgliedes der Familie.

Auf der einen Seite sind die Familienausgaben stark eingeschränkt worden, (z.B. 70% der Schüler_innen geben negative Änderungen in ihrer Lebenswei-

se und 60% für ihr Taschengeld an) auf der anderen Seite geben 33% an, dass die Ausgaben für Nachhilfeeinstitute und Fremdsprachenunterricht nicht eingeschränkt worden sind.

20% der Schüler_innen geben an, dass der eine oder beide Elternteile ihre Arbeit verloren haben und 82% stellen negative Auswirkungen auf die Arbeitssituation ihrer Eltern fest. Täglich und in allen Schulen, auch in reicheren Stadtteilen, erleben wir unterernährte Schüler_innen. (...) Personen, die bis vor kurzem als höhere Führungskräfte in multinationalen Konzernen mit Einkommen über 10 - 15.000 Euro arbeiteten, die in teuren großen Villen wohnten und ihre Kinder in teure Privatschulen schickten, haben nach einem Jahr Arbeitslosengeld von 400 Euro pro Monat heute kein Einkommen mehr. Sie haben sich in Solidaritätsgruppen zusammen gefunden und organisieren Speisungen mit Hilfe der Kirche. Wir sprechen nicht von wenigen, sondern vielen hunderten Personen. (...) In den zentralen Straßen der Städte ist jedes dritte Geschäft geschlossen und überall sind Leihhäuser zu sehen. “

„(...) Die Situation in den Schulen: Dieses Schuljahr ist das schlechteste, das ich persönlich seit 22 Jahren erlebt habe. Es begann, ohne dass die Schüler_innen die nötigen Schulbücher hatten! Außerdem war der Mangel an Lehrkräften riesig.

So müssen die Arbeitnehmer_innen in einer Zeit mit sehr hoher Arbeitslosenquote und Einkommensverringerung die Schulbücher für ihre Kinder selbst bezahlen. Sogar für die Grundfunktionen der Schule müssen sie zahlen, weil die gekürzten staatlichen Ausgaben für Bildung die Verringerung der staatlichen Subvention um 50% nach sich gezogen hat!

Die Einstellungen von Lehrkräften in diesem Jahr waren sehr gering. Für zehn Lehrkräf-



Gemeinsam beraten, wie die Grundstimmung in Griechenland und Deutschland umzukehren ist

te, die in Rente gehen, durfte nur eine eingestellt werden; so sieht es das Memorandum nach Vorgabe der Troika vor. Wir versuchten, den Mangel durch Einstellung von Lehrer_innen mit befristeten Verträgen und von Honorarkräften auszugleichen. Dies hatte negative Folgen für die Bildung, weil viel Unterricht ausfiel, bis die Situation geregelt wurde.“

„(...) Die Goldene Morgenröte wurde in Gegenden mit vielen jungen Leuten massenhaft gewählt. Tausende junge Leute, die zum ersten Mal wählten, hauptsächlich in Arbeiterstadtteilen von Athen, aber auch in anderen Großstädten, wählten Goldene Morgenröte. Cliques von Jugendlichen sagten, dass sie diese Partei wählen würden, weil sie gegen alles sei, weil sie gegen das System sei usw. In sehr vielen Schulen gibt es politische Zellen der Goldenen Morgenröte. Es ist nun offensichtlich, dass die Schulen Ausbildungszonen für die Goldene Morgenröte sind. (...)

Wir müssen vom Pflichtlernstoff, von den Studienplänen, von den Schulbüchern weg und umdenken. Das ist in Griechenland nicht so leicht. Wir müssen die Kinder über die ‚verbotenen‘ Einheiten der zeitgenössischen Geschichte Griechenlands aufklären. Wir müssen ihnen von den griechischen Kollaborateur_innen der Nazis während der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg, über die Rolle von Metaxas (griechischer Diktator während des 2. Weltkriegs), aber auch über den rechtsradikalen

Parallelstaat der historischen Periode nach dem Bürgerkrieg erzählen. Griechenland ist der einzige Staat in Europa, in dem die Nazikollaborateur_innen nicht strafrechtlich verfolgt wurden, weil sie während des Bürgerkriegs gegen die Linken gekämpft haben.“

„(...) Im Augenblick erleben wir in Griechenland eine unerhörte Verleumdungskampagne gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und gegen die Gewerkschaften, die sicher auch mitverantwortlich für die heutige Situation sind. (...) Die Anstiftung des offiziellen Staates zum ‚Krieg: alle gegen alle‘ ist heute die offizielle Bewältigungsstrategie gegen die Streiks. Die Entwürdigung der Beamt_innen und die Behauptung von Ministern und Politikern der Regierungskoalition, der Rechten und PASOK, dass die Beamt_innen nutzlos und faul seien und deshalb die Unkündbarkeit der Beamt_innen rückgängig gemacht werden solle und alles privatisiert werden solle, ist heute – neben dem Überleben – unser größtes Problem. Dieses Vorurteil, dass die Griech_innen Faulenzer seien, (...), hat sich auch in den deutschen Medien durchgesetzt. Ihr könnt uns helfen, in dem wir zusammen diese Grundströmung in Griechenland und in Deutschland umkehren, durch Artikel, Diskussionen und Kommentare in verschiedenen Foren, in Zeitungen und Zeitschriften und dort, wo es sonst noch möglich ist.“



Aus der Geschichte lernen

Die Debatte über den I. Weltkrieg bietet die Gelegenheit, grundlegende Einsichten zu thematisieren

„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.“ Die über den Einzelfall hinausreichende Tatsache dieser Aussage wird durch von deutschen Regierungen gesteuerte Propagandaaktionen aus dem I. und II. Weltkrieg vielfach bestätigt. Die gegenwärtige Aufmerksamkeit für den Weltkrieg könnte als Chance genutzt werden, Schüler_innen zu befähigen, solche exemplarischen Erkenntnisse zu gewinnen und auf andere Sachverhalte zu übertragen. Deshalb werden hier zur Information und als Unterrichtsmaterial einige falsche Pressemeldungen aus der Anfangs- bzw. der Vorbereitungsphase der beiden Weltkriege veröffentlicht. Deren Bedeutung liegt für heutige Lesende auf der Hand. Der Bevölkerung wurde suggeriert, Deutschland werde angegriffen und müsse sich verteidigen.

Selbstverständlich gab es einzelne Menschen, die diese Hinterlist durchschauten. Der Hamburger Schulrat Gustav Schmidt z. B. erkannte im April 1941 vor dem Angriff auf Jugoslawien das gleiche Muster wie in den unten abgedruckten Meldungen über Polen aus dem Jahr 1939: „In Südslawien läuft alles nach dem bekannten Rezept ab: Deutschenverfolgungen, verletzte Deutsche ... Serbenmob droht mit Mord. ... [Als nächstes] kommt [ein Bericht] über die Notwendigkeit einzumarschieren.“

Zur Kriegsvorbereitung spielte Lügenpropaganda (auch) in der deutschen Vergangenheit eine tragende Rolle. Zu denken

ist hier an die Verfälschung der „Emser Depesche“ durch O. v. Bismarck, die den Krieg 1870/71 gegen Frankreich auslöste.

1914 täuschte die Reichsleitung der Bevölkerung vor, das Reich würde angegriffen. Vermutlich ging die Initiative von dem preußischen Kriegsminister von Falkenhayn aus. Das Rezept war allerdings hinlänglich bekannt. Der bereits damals kriegswillige Kaiser hatte etwa 1912 gefordert, ein angeblicher Kriegsgrund, eine Provokation lasse sich „bei einigermaßen geschickter Diplomatie und geschickt geleiteter Presse stets konstruieren ... und muss stets zur Hand gehalten werden.“ Diese Auffassung wurde auch im Großbürgertum vertreten. Der Hamburger Reeder und Vertraute des Kaisers, Albert Ballin, klagte im Januar 1913 rückblickend auf die ohne Krieg beigelegte Marokkokrise des Vorjahres: „Es fehlte der Mann, der eine Emser Depesche redigieren konnte.“ Er wusste demnach, wovon er schrieb, als er 1916 über die „entsetzliche Verantwortung ... für die Inscenierung“ eines nicht mehr zu gewinnenden Krieges klagte. Da die Reichsregierung nicht sicher war, dass die deutsche Bevölkerung sich für einen Krieg wegen der Ermordung eines ausländischen Thronfolgers begeistern ließe, erweckte sie durch eine entsprechende Pressekampagne den Eindruck, Russen und insbesondere Franzosen griffen die friedliebenden Deutschen an. Über angebliche französische Attacken wurde be-

sonders viel und dreist gelogen. Geplant war, den deutschen Angriff zuerst gegen dieses Land zu richten. Als Vorwand wurde deshalb in der deutschen Bevölkerung die Vorstellung einer bereits begonnenen Attacke aus dem Westen produziert.

Auch vor Beginn des II. Weltkrieges 1939 waren die Manipulationen, Unwahrheiten und amtlichen Lügen in der Presse bis ins Detail geplant. Vorgeschrieben wurden sogar die Stellen in den Zeitungen, an den Gräuelmeldungen zu veröffentlichen waren. Auch die Sprache sollte zunächst so gewählt werden, dass „noch eine weitere Steigerung möglich“ wäre. A. Hitlers Aussage am 22.8.1939 vor der versammelten Generalität war solide vorbereitet: „Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht.“

Die entscheidende Meldung, die den letzten Vorwand zum Überfall auf Polen lieferte, betraf den angeblichen Überfall bewaffneter Polen auf den deutschen Sender in Gleiwitz. Ausgeführt hatte den Überfall ein verkleidetes SS-Kommando. Das laufende Radioprogramm wurde unterbrochen und über den Sender ein Aufstand der polnischen Minderheit ausgerufen. Als „Beweis“ für den angeblichen polnischen Überfall auf die Sendeanlage brachten die Täter einen toten Polen mit und legten ihn ab.

JÖRG BERLIN



Wie war das in meinem Stadtteil?

Eine Gruppe von Kolleginnen und Kollegen der Erich Kästner-Stadtteilschule hat in einem Geschichtskurs untersucht, wie die kriegstreiberische Propaganda vor und im 1. Weltkrieg funktionierte. Parallelen zu Gegenwart (Ukraine) liegen auf der Hand. Dafür haben sie umfangreichstes Quellenmaterial herangezogen und ausgewertet.

Um interessierten Kolleg_innen einen Eindruck von dem Material und der thematischen Breite zu geben – z.B. die Wiedergabe von Berichten aus den einzelnen Stadtteilen –, drucken wir hier das Inhaltsverzeichnis ab. Die Unterrichtseinheit kann unter dem Link www.hlzhttps://www.gew-hamburg.de/veroeffentlichungen/hlz-mitgliederzeitung (einfacher: googlen unter hlz) abgerufen werden.

Inhalt

I. Einleitung: Kriegsbegeisterung und Kriegsgegnerschaft am Vorabend des I. Weltkriegs in Hamburg

II. Daten und Ereignisse während der Julikrise 1914

III. Zeitungsartikel, Versammlungs- und Polizeiberichte über Straßenkundgebungen und Protestversammlungen

A) Artikel hamburgischer Zeitungen vom 23. – 29. Juli 1914

B) Stimmungsberichte der Hamburger politischen Polizei Ende Juni bis Ende Juli 1914

C) Berichte der politischen Polizei und aus dem sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ über Protestkundgebungen am 28. Juli 1914 gegen den drohenden Krieg

a) Versammlungsberichte der politischen Polizei

1. Barmbek

Polizeilicher Überwachungs-

bericht der SPD-Protestveranstaltung am 28. Juli 1914 im „Victoriagarten“. Anwesend sind 3000 Personen, davon 500 Frauen.

2. Veddel

Bericht des Schutzmanns Leh-

mann, betr. Ausgeübte Vigilanz bei der am 28.7.14 im Veddel Hof stattgefundenen Volksversammlung. Beginn 9.00 Uhr, Ende 10.15 Uhr abends. Anwesend etwa 900 Personen, von 17 bis 60 Jahren, darunter etwa 75 Frauen.



Eh man sich's versah, war man verdächtig – oder sogar Spion_in

3. Rothenburgsort

Bericht des Wachtmeisters Burow über (die) öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei am 28. Juli 1914 im Lokale von Bock in Rothenburgsort, einberufen (von) Seeler, eröffnet 9 Uhr abends, überwacht durch Wachtmeister Burow. Anwesend 2000 Personen. Den Vorsitz führte Seeler.

4. Neustadt / Sagebiel

Bericht des Wachtmeisters Zufall über die öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei am 28. Juli 1914 im Lokal von Sagebiel, einberufen von Paul Hoffmann, eröffnet 8.40 Uhr abends. Anwesend 5300 Personen.

5. Eppendorf

Bericht des Schutzmanns Scharnweber über die Volksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins (im) III. Wahlkreis am 28. Juni 1914, 8.30 Uhr im Lokal von H. Kröpelin, Nienendorferstr. 136, eröffnet 8.50 Uhr. Anwesend 350 Personen, 60 Frauen, 20 Jünglinge. Vorsitzender: Meyer.

6. St. Georg

Bericht des Wachtmeisters Neumann über die öffentliche Volksversammlung der sozialdemokratischen Partei, I. Wahlkreis am 28. Juli 1914 im Lokal des Gewerkschaftshauses, einberufen von Gruenwald, eröffnet

8.30 Uhr. Anwesend 2500 Personen.

7. (Dazu:) Auszüge aus einem Artikel der „Hamburger Fremdenblatts“, Nr. 176 v. 30.7.1914: „Sozialdemokratische Kundgebungen in Hamburg“

8. Bergedorf

Bericht des Polizeikommissars Kargus betreffend öffentliche politische Versammlung am 28. Juli 1914 in dem Lokale von W. Junge; Einberufer: B. Otto. Eröffnet 8 3/4 Uhr abends. Anwesend 2000 Personen.

9. Harvestehude

Bericht des Wachtmeisters Raehder über die öffentliche Versammlung bei Heeschen, Hoheluftchaussee 56 am 28. Juli 1914. Beginn 8.50 Uhr, Schluss: 10 Uhr abends. Anwesend ca. 1800 Personen, darunter ca. 200 weibliche.

10. Winterhude

Bericht des Schutzmanns Westphalen über die öffentliche Volksversammlung am 28.7.1914 im Lokale von Strebe, Stadtpark, Barmbeckerstrasse 163. Beginn 9 Uhr abends. Schluss der Versammlung 10 1/4 Uhr abends. Anwesend waren ca. 900 Personen, darunter ca. 250 Frauen.

11. Eilbek / Hohenfelde

Bericht des Schutzmanns Ulmer über die öffentliche Volksversammlung bei J. Feldmeyer, Wandsbeckerchaussee Nr. 234. Beginn der Versammlung um 8 Uhr 45 Min. abends. Anwesend waren ca. 900 Personen, darunter ca. 350 weibliche.

12. Borgfelde / Hamm

Bericht des Wachtmeisters Szymanski über die sozialdemokratische Versammlung am 28.7.1914 bei Ritter, Borstelmannsweg 64. Beginn 8 1/2 Uhr, Schluss 9.45 Uhr. Anwesende Personen: 450 im Alter von 20 – 60 Jahren.

13. Uhlenhorst

Aus dem Bericht des Schutzmanns Hedt über die öffentliche politische Versammlung am 28. 7. 1914 bei Buckowiecki, Mühlenkamp 34. Anwesend 3000 Personen, darunter etwa 250 Frauen.

b) **Versammlungsberichte über Protestkundgebungen aus dem „Hamburger Echo“ (Nr. 174 vom 29.7. 1914, Nr. 175 vom 30.7. 1914, Nr. 176 vom 31.7. 1914)**

D) Zeitungsartikel vom 29. Juli 1914 bis 5. August 1914 und andere Quellen





Mehrsprachig im Netz

Der Hamburger Fachkreis „Sexualisierte Gewalt in der Einwanderungsgesellschaft“ hat unter www.fachkreis-hamburg.com Informationen ins Internet gestellt

Die UNO-Menschen- und Kinderrechtskonvention garantiert allen Mädchen, Jungen, Frauen und Männern gleiche Rechte. In Deutschland hat jedes fünfte Kind unter 18 Jahren einen Migrationshintergrund – in Großstädten wie Hamburg fast jedes zweite. Um deren Rechte im Bereich sexualisierter Gewalt zu schützen, hat sich der Hamburger Fachkreis „Sexualisierte Gewalt in der Einwanderungsgesellschaft“ vor fünf Jahren gegründet. Mit einer neuen Website wendet sich der Fachkreis an von sexualisierter Gewalt Betroffene und deren Bezugspersonen. Die Website ist mehrsprachig verfasst, um möglichst vielen Menschen den Zugang zu Hilfsangeboten bei sexualisierter Gewalt zu ermöglichen.

Auch in der Prävention von sexualisierter Gewalt müssen die Lebensrealitäten von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden. Dafür setzt sich der „Hamburger Fachkreis sexualisierte Gewalt in der Einwanderungsgesellschaft“ ein. Der Fachkreis bietet ein Forum für den Austausch über präventive Ansätze im Bereich sexualisierter Gewalt mit engagierten Menschen aus Communities. Dabei geht es beispielsweise um sexualpädagogische Themen. Informationen über kindliche Sexualität zu vermitteln und eine adäquate Auseinandersetzung im Umgang mit Sexualität in der Erziehung zu fördern, ist für den Fachkreis ein wichtiger Ansatz zum Schutz vor sexualisierter Gewalt. Bei Veranstaltungen in unterschiedlichen Communities fördert der Fachkreis einen Austausch über diesen fachlichen Ansatz.

Die Website hat der Fachkreis mit freundlicher Unterstützung des Hamburger Spendenparlaments erstellt. Sie informiert in den Sprachen Deutsch, Englisch, Türkisch, Farsi, Polnisch, Russisch und Spanisch über die Ziele und die Arbeitsweise des Fachkreises.

Die im Fachkreis vertretenen Organisationen präsentieren auf der Website in den genannten Sprachen ihr Angebot in den Bereichen Beratung und Prävention. Die Website nutzt der Fachkreis auch, um weitere Organisationen für eine Beteiligung zu gewinnen.

Die im Hamburger Fachkreis vertretenen Organisationen sind: African Christian Council Hamburg e.V. / Allerleirauh e.V. / Amnesty für Women e.V., Dunkelziffer e.V. / Menschenrechts- und Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche, i.bera-verikom / LÄLE in der IKB e.V. / MIKO Kinder- und Jugendhilfe GmbH / pro familia, Hamburg / TERRE DES FEMMES / Wendepunkt e.V. / Zündfunke e.V.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Allerleirauh e.V.
Christa Paul
Tel. 040 – 29 83 44 83
info@allerleirauh.de

Pressemitteilung
März 2014

Hans-Rainer Tschirschnitz

3. April 1926 - 19. März 2014

Nach einer schweren Herzoperation starb unser Kollege Hans-Rainer Tschirschnitz kurz vor seinem 88. Geburtstag.

In Mecklenburg-Vorpommern wuchs er auf. Nach dem Abitur wurde er sogleich Soldat. Bald erlitt er eine schwere Verwundung, so dass er das Kriegsende in einem Lazarett erlebte.

In der damaligen Sowjetischen Besatzungszone erhielt Hans-Rainer eine Kurzausbildung zum Lehrer und übernahm kurz darauf eine einklassige Dorfschule in Mecklenburg. Mit dem herrschenden Regime in der DDR konnte er sich nie anfreunden und da er sich zum christlichen Glauben bekannte, wurde er zu mehreren Verhören bei der Stasi zitiert.

1958 packte Hans-Rainer das Nötigste zusammen und fuhr in ein Notaufnahmelager nach Berlin. Von dort gelangte er nach Hamburg, wo inzwischen auch seine Frau Heide und sein Sohn lebten.

Nach den Sommerferien 1958 – es war eine Zeit, in der

in Hamburg viele Lehrer fehlten – wurde Hans-Rainer in den Schuldienst übernommen und der Schule Hermannstal zugewiesen. Allerdings musste er die 1. und 2. Lehrerprüfung noch einmal ablegen.

Ohne eine sonderpädagogische Ausbildung wurde Hans-Rainer in die „Hilfsschule“ Hauskoppelstieg in Billstedt versetzt. Diese Tätigkeit an einer Sonderschule bestimmte sein weiteres Berufsleben.

1965 bis 1967 absolvierte Hans-Rainer ein sonderpädagogisches Zusatzstudium (ein Grundstudium der Sonderpädagogik gab es damals noch nicht in Hamburg). Ab 1976 wurde er Leiter der von ihm aufgebauten Förderschule Karl-Arnold-Ring.

Daneben engagierte sich Hans-Rainer in herausgehobenen Positionen in der GEW: in der Fachgruppe Sonderschulen, in der Lehrerkammer und sieben Jahre lang als ständiger Mitarbeiter in der HLZ-Redaktion.

Zum Ende des Schuljahrs 1987/88 ging Hans-Rainer nach

über 40 Dienstjahren in den Ruhestand. Das bedeutete für ihn aber nicht, untätig auf dem Sofa zu sitzen. Jetzt hatte er die Zeit und die Muße gewonnen, sich noch einmal mit aller Kraft in die gewerkschaftliche Arbeit zu stürzen. Er übernahm als Nachfolger von Johannes Neumann den Vorsitz in der Betriebsgruppe der Ruheständler_innen und folgte Erwin Stahl im Landesvorstand der GEW. (Ich erwähne diese Namen, weil sich einige Leser_innen noch an diese „Proponenten“ erinnern werden). Und auch im DGB vertrat Hans-Rainer die GEW.

Über die Aufgaben der Ruheständler schrieb Hans-Rainer Tschirschnitz: „Wir begleiten die Arbeit der Gewerkschaft in kritischer Solidarität.“ So soll es, so wird es auch bleiben! Wir haben dir viel zu verdanken und werden dich nicht vergessen, Hans-Rainer.

JÜRGEN WALKSTEIN
Für die Betriebsgruppe der
Ruheständler_innen

Aus der Erinnerung...



„Die Redaktion entflieht dem lausigen Novemberwetter und dem Termindruck für anderthalb Tage und trifft sich in der Zündholzfabrik in Lauenburg. Hans ist heute zum letzten Mal dabei. Er ist neuer Vertrauensmann der Betriebsgruppe Ruheständler (*innen hatte sich noch nicht durchgesetzt*, JG) und hat schon lange angekündigt, dass er für

Mein lieber Hans, ich weiß zwar nicht mehr, was wir da – es muss so um das Jahr 1998 gewesen sein – ausgetauscht haben, aber wie immer hattest du ein offenes Ohr für die jüngere Generation (JG)

diesen Fall in der hlz aufhören würde. Ein komisches Gefühl für uns. Hans ist schließlich der älteste und dienstälteste hlz-Redakteur.

Er verbittet sich abends beim Wein, dass irgendwelche langen Elogen über ihn geschrieben würden. (...) Hans lehnt es auch ab, selbst Abschiedsworte zu schreiben, schließlich tagt er in Zukunft auch nur ein paar Räume weiter im Curio-Haus. Deshalb also nur ganz knapp und auch, weil wir in Lauenburg über Mitgliederwerbung gesprochen haben: Ein Gewerkschafter wie Hans ist ein Eintrittsgrund.“

Dies schrieb der damalige Redaktionsleiter Hermann Kahle vor nunmehr knapp 16 Jahren in der hlz 12/98. Ein schöneres

Kompliment könnte man Hans kaum machen. Als noch frisches Redaktionsmitglied konnte ich nur staunen über ein Engage-

ment, das so selbstverständlich und selbstlos daher kam.

JOACHIM GEFFERS

RUHESTÄNDLER_INNEN

Abzocke

Rückwirkend zur Kasse gebeten

Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die aktiven Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Jahren ist bekannt und muss hier nicht wiederholt werden. Die Belastung der Aktiven und der Ruheständler_innen etwa durch die Streichung des 13. Gehalts ist ebenfalls bekannt. Neuerdings wird versucht, eine zusätzliche finanzielle Last aufzuerlegen: Die Beihilfestelle ist kürzlich auf die Idee gekommen, rückwirkend Beihilfezahlungen zu kürzen und angeblich überzahlte Beträge zurückzufordern.

Wie allgemein bekannt erhalten Ruheständler_innen für sich und ihre Partner_innen einen Beihilfesatz von 70%, es sei denn, dass der Partner_innen eine Rente oder andere Einnahme von mehr als 18000 € im Jahr erhält. Diese besondere Frage war auch regelmäßig in den An-

tragsformularen zur Beihilfe enthalten. Neue Beihilfeformulare aus diesem Jahr enthalten den Hinweis: „Sollten Sie oder ein berücksichtigungsfähiger Angehöriger einen Zuschuss von mehr als 41,99 € monatlich zu den privaten Krankenversicherungsbeiträgen erhalten, kommt es zur Kürzung des Bemessungssatzes um 20% (§ 80 Abs. 9 HmbBG).“ Man kann diese Regelung unangemessen finden oder nicht – sie steht nun einmal im Gesetz.

Die Betroffenen müssen also ihre private Versicherung von 30% auf 50% aufstocken oder den oben genannten Zuschuss auf 41,99 € begrenzen lassen. Letzteres wird von der Beihilfestelle empfohlen und wäre sicherlich auch ein erträgliches Übel. Aber die Rentenversicherung macht das leider nicht rückwirkend und die private Versi-

cherung erst recht nicht.

Wer also ein Schreiben der Beihilfestelle mit dem Hinweis erhält, es sei eine Rückzahlung von mehreren Tausend Euro erforderlich, weil der Partner seit dem 01.07.2012 die Grenze von 41,99 € um einige Cent überschreitet, sieht sich mit dem Ansinnen konfrontiert, das HmbBG besser kennen zu müssen als die Beihilfestelle. Denn Letztere hat in den vergangenen Jahren niemals darauf hingewiesen, dass diese besondere Grenze existiert. In dem Fall wäre wohl jede Ruheständler_inn tätig geworden, um weiterhin eine ausreichende Absicherung der Krankheitskosten sicherzustellen.

Es stellt sich die Frage: Haben wir einen Dienstherrn, der seinen Fürsorgepflichten auch gegenüber den Ruheständler_innen nachkommt oder haben wir einen Dienstherrn, der alle Möglichkeiten wahrnimmt, um dieser Personengruppe Geld abzupresen?

UWE KUNERT

BG Ruheständler_innen

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Welche Schritte muss ich unternehmen, um eine Kur- oder Reha-Maßnahme bewilligt zu bekommen?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Jeden 3. Dienstag im Monat (nicht in den Ferien) bietet die GEW in ihrer Geschäftsstelle Rothenbaumchaussee 15, Raum 9 (Mitgliederverwaltung), eine **kostenlose persönliche Beratung** zu diesen und ähnlichen Fragen an. Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

Die Termine nach den Sommerferien sind der 18.9., 7.10., 18.11., 9.12., jeweils von 15 bis 17 Uhr

GERHARD BRAUER

Islam & Schule

Handbuch für Pädagog_innen
Neuerscheinung April 2014

SCHULE

OHNE RASSISMUS

SCHULE

MIT COURAGE

Sehr geehrte Damen und Herren,

hunderttausende Kinder und Jugendliche werden in ihrem Alltagsleben, ihren Werten und ihren Identitäten durch den Islam beeinflusst. Welches Wis-

Ungleichwertigkeit von Menschen: den Islamismus und die Muslimfeindlichkeit.

Praxisorientiert werden Beispiele dargestellt, wie man diese Themen mit kunstpädagogischen Methoden wie Theater, Musik



sen benötigen Lehrer_innen und Sozialpädagog_innen heute für den schulischen Alltag über den Islam, über Muslim- und Islamfeindlichkeit, über Islamismus und Dschihadismus?

Heute ist das Handbuch „Islam & Schule“ erschienen, das Lehrkräfte motivieren soll, diese komplexen Themen aufzugreifen. Dabei liegt dem Konzept ein religionsübergreifender pädagogischer Ansatz zugrunde, der sich an den universellen Menschenrechten orientiert. Das

Handbuch bietet Hintergrundinformationen und Anregungen für die schulische Auseinandersetzung und präsentierte einen nachhaltigen Präventionsansatz gegen beide Ideologien der

und Illustration verbinden kann. Diese Beispiele wurden in dem Modellprojekt „Islam & Ich – Jung sein im Land der Vielfalt“ entwickelt und bundesweit erprobt.

Zahlreiche Materialien und Praxisbeispiele von unseren Kooperationspartnern ergänzen die Vorschläge für die Arbeit an den Schulen. Die klare Struktur des Handbuches mit rund 200 Bildelementen garantiert eine schnelle Orientierung in einer komplexen und mitunter auch komplizierten Materie.

Versandinformationen

Für einen begrenzten Zeitraum zum **Sonderpreis** von **19,95 €** inklusive Versandkosten erhältlich. Der reguläre Preis beträgt 25,00 € inklusive Versand.

Unterstützt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Hauptvorstand der GEW.

Inhalte

Das Handbuch

Einsatz im Unterricht. Konzept. Ansatz.

Lernziel: Gleichwertigkeit

Prävention von Islamismus und Muslimfeindlichkeit: Gewaltprävention, Partizipation, Demokratieerziehung u. a. m.

Der Islam

Kurze Religionsgeschichte. Die Umma. Glaubensrichtungen. Glaubensinhalte.

Die Muslime

Islam und Muslime in Deutschland. Organisationsformen. Islamistische Gruppen. Grundlagen der Anerkennung.

Debatten rund um den Islam

Muslimfeindlichkeit.

Streit ums Minarett. Zwischen Islam und Islamismus. Islamisierter Antisemitismus. Gedenkstättenarbeit.

Muslimische Lebenswelten

Muslimische Jugendkulturen. Gender und Islam. Religiöse Praxis und ihre Regelungen.

Islam in der Schule

Herausforderungen im Schulalltag. Das Modellprojekt „Islam & Ich“.

Themen und Methoden innovativ miteinander verbinden:

Theater, Musik, Illustration und Schreiben.

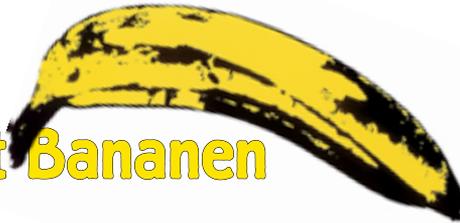
Qualifizierung

Workshops für SchülerInnen, Modellseminare und Fortbildungsformate für LehrerInnen.





Das HLZ-Rätzel



Ausgerechnet Bananen

„Manni Banane, ich Kopf – Tor“
(Horst Hrubesch)

Bananen verdankt der Fußballsport nur Gutes – die danach benannte Flanke und viel schnelle Energie. Rechtzeitig zur WM könnten sie auch gegen den in den Stadien verbreiteten Rassismus helfen: Nachdem Dani Alves vom FC Barcelona eine auf ihn geworfene Banane aufaß, veröffentlichten viele Stars und Fans Selbstporträts mit der gelben Frucht.

Als Zeichen gegen Rassismus rufen wir auf:

Schickt uns euer Bananenfoto!

Alle Einsendungen nehmen an unserer Verlosung teil – bitte mit Postanschrift bis zum 17.6.2014 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de.

Als Gewinn winkt ein Gutschein für Essen und Trinken im brasilianischen Restaurant *Rodizio*.

Getreu dem Motto *Keiner verliert ungern!*

gibt es als Trostpreis eine gleichnamige Zitatensammlung aus der Welt des Fußballs.

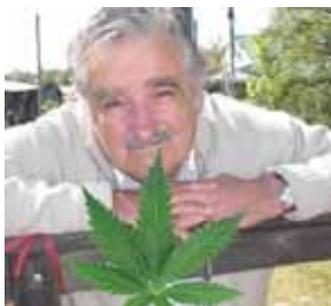
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



We are all monkeys!



Des letzten Rätsels Lösung...



... ist Uruguay. Als Weihnachtsgeschenk besonderer Art wurde dort Anbau und Verkauf von Marihuana unter staatlicher Aufsicht freigegeben. Das wusste auch unser Gewinner Walter Ulm. Er bekommt ein schickes Täschchen aus Hanf. Herzlichen Glückwunsch!

Eine ähnliche Regelung wie in Uruguay wurde einige Tage später im US-Bundesstaat Colorado beschlossen...

MH/MK

Uruguays Präsident José Mujica: Marihuana in der Apotheke – neue Wege gegen Drogenkriminalität

REZENSION



Lothar Zieske: „Die reformbedürftigste von allen?“ Untersuchungen zu Wandlungsprozessen in der Philosophischen Fakultät der Universität Hamburg Mai 1967 – Dezember 1969. DOBU Verlag, Hamburg 2014. ISBN 3-934632-48-3; Preis: 24,90 €.

Viele der Hamburger Lehrer_innen, die als Teil der „68er-Generation“ an Hamburgs Schulen bis in die Gegenwart hinein tätig waren und über Jahrzehnte diese Schulen mit geprägt haben, waren Student_innen der Hamburger Universität in der Philosophischen Fakultät der 60-er und 70-er Jahre. Lothar Zieske, selbst als GEW-Mitglied und Hamburger Lehrer für Latein und Geschichte tätig gewesen, legt mit seinem neuen Buch „Die

Reformbedürftigste von allen?“ eine Untersuchung zum Lehrkörper dieser Fakultät vor.

Sowohl in diesem Lehrkörper als auch im Ablauf einzelner Studienfächer und in den Aktivitäten der Student_innen haben sich in dem untersuchten Zeitabschnitt von Mai 67 bis Dezember 69 erhebliche Veränderungen abgespielt. Vor diesem Hintergrund wird im zweiten Teil des Buches vor allem das erstarkende Selbstbewusstsein der Student_innen und ihrer Vertretungen sowie die Reaktionen ihrer Professor_innen in den Mittelpunkt gerückt.

Der Wert dieser differenzierten und konkreten Darstellung liegt in erster Linie darin, dass nicht nur genau recherchierte Einzelheiten referiert werden, sondern dass ein überzeugendes Gesamtbild entsteht: Der Lehrkörper hat so gut wie nie souverän, sondern fast durchgehend mit Scheuklappen oder offener Abwehr auf die Proteste der Studentenschaft reagiert. Deutlich wird dabei, dass die Studenten bei allen praktischen und ideologischen Verirrungen insgesamt doch den Geist des Aufbruchs geweckt haben. Diesem Aufbruch standen die Verkrustungen und Beschränktheiten in der organisatorischen Struktur und den politischen Sichtweisen innerhalb des Universitätsbetriebs der

Nachkriegsjahre bis in die 60er und 70er Jahre entgegen.

Als Beispiel für die anschauliche Darstellung mag das Kapitel „Professoren, deren Vorlesungen gestört wurden“ (S. 103 ff.) gelten: Hier machen viele Zitate die Verbissenheit der Auseinandersetzungen zwischen „betroffenen“ Professoren und etwa studentischen „Basisgruppen“ deutlich. Zieske registriert dabei sorgfältig, wenn ein jüngerer Professor wie der Ordinarius für Philosophie Klaus Oehler zunächst selbst „autoritäre und elitäre Gesinnung im Hochschulbereich“ kritisiert, später aber gegen die „studentischen Sturmstaffeln“ wettet.

Der Autor hütet sich, von einer allgemeinen These auszugehen, sondern lässt die dokumentierten Fakten für sich sprechen. Am Ende zieht er ein sorgfältig differenziertes Resümee, in dem die Schwerpunkte der Veränderungen in der Universität quantitativ als Entwicklung zur „Massenuniversität“ und qualitativ als Politisierung zusammengefasst werden.

Wer mehr von dieser Zeit im Gedächtnis behalten will als das allseits bekannte Transparent „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“, sollte diese Fundgrube nicht außer Acht lassen.

MANFRED KUHN

25 Jahre Städtepartnerschaft Hamburg – León/Nicaragua 30 Jahre Schulpartnerschaften Hamburg – León

Im Rahmen der diesjährigen Jubiläumsfeiern eröffnen die Bürgermeister der beiden Städte, Gustav Scholz und Roger Gurdian,

**am 13. Juni 2014, um 12 Uhr in der Rathausdiele
eine Ausstellung zur Partnerschaft zwischen Hamburg und León.**

Der Hamburger Senat und verschiedene Nichtregierungsorganisationen stellen ihre Zusammenarbeit mit Leóner Institutionen vor. Auch die Hamburger GEW zeigt auf mehreren Plakaten ihre Partnerschaft mit der nicaraguanischen Lehrergewerkschaft ANDEN. Ein wesentlicher Aspekt der Ausstellung sind die langjährigen Kontakte von Hamburger Schulen mit ihren Schulpartnern in León.

Die Ausstellung ist öffentlich, kostet keinen Eintritt und endet am 27. Juni.

GEW-MITTELAMERIKA-GRUPPE, HORST STÖTERAU

Aus der Irritation...

ESC – European Song Contest – Was soll das denn hier?!? wird sich manche_r fragen.

Für die, die solche Art Veranstaltung nicht die Bohne interessiert, als Einstiegshilfe: Am 10.5. war in Kopenhagen das Finale des diesjährigen ESC und gewonnen hat den Pokal eine Österreicherin mit Bart, Conchita Wurst alias Tom Neuwirth, mit dem Song „Rise like a phoenix“. Bei dieser Kombination von Geschlecht, Vor- und Nachname und Songtitel darf man Ungewöhnliches erwarten.

Ihr frei gewählter Name ist Programm: Wer denkt bei ‚Conchita‘ nicht an eine glutäugige

Conchita selbst sagt zu dem Nachnamen: In Beziehungen „ist es Wurst, wie . . .“, „ist es Wurst, wen . . .“, „ist es Wurst, was . . .“ – Hauptsache, man schadet niemandem und bleibt sich selbst treu oder vielleicht besser: man wird, was man ist, auch öffentlich. Mit dieser Einstellung siegte sie singend, trotz Häme und offener Feindseligkeit bis hin zu Morddrohungen. In das glamouröse Fanal für Toleranz und Respekt kann man doch nur einstimmen – oder?

Und – ist jetzt *alles* wurscht? auch die in unserem Redaktionskollektiv mühsam getroffene Entscheidung, eine geschlech-



Der Gewinner?

dem Unterstrich, dem Gender Gap (Leser_in)? Wir glauben: nein.* Die Ambivalenz, die die ‚Dame mit dem Bart‘ in ihrem Äußeren zum Ausdruck bringt, findet ihr sprachliches Äquivalent im Gender Gap: Es gibt eben außer „sie“ und „er“ mehr und dieses Mehr bezieht sich nicht ausschließlich auf körperliche, sondern auch – oder vielleicht sogar überwiegend – auf soziale Geschlechtsmerkmale und Geschlechterrollen.

Das im Alltag immer wieder deutlich zu machen, es zu leben ist ein Politikum – auf der Bühne in Kopenhagen, im medialen hlz-Geraschel oder sonst wo.

SUSANNE BERG

*Uns ist nicht alles wurscht, aber nach der Kritik eines verehrten Lesers an der Lesbarkeit unserer Texte (die kämen zwar geschlechtergerecht daher, machten aber keinen Spaß beim Lesen, schlimmer noch: sie seien sprachästhetisch eine Zumutung) werden wir in Zukunft weniger konsequent verfahren. Denn auch in diesem Bereich gilt: Gut Ding will Weile haben.



Die Gewinnerin? Nein: Gewinner*in

sprühende Schönheit und bei ‚Wurst‘ – nun ja, der österreichische Landwirtschaftsminister André Rupprechter (ÖVP!) twitterte nach Conchitas Sieg: „Österreichs Wurscht ist die beste.“

tergerechte Schreibweise zu probieren? zuerst die mit großem Binnen-I (LeserIn), später, ab März 2013, die im Bemühen um geschlechtergerechtes Schreiben weiter gehende Schreibung mit

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Stefan Gierlich, Manni Heede, Antje Liening, Michael Kratz, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Max Lill

Titel: hlz

Rückseite: Anzeigen

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Druck: Compact Media Agentur GmbH, 20354 Hamburg, Tel. 0 40-35 74 54-0, E-mail: info@compactmedia.de

Anzeigen: Eduard van Diem, Tel. 040-890 629 23, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint monatlich. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 7-8/2014: 18.6.2014

Referat F

Referat D

GEW Studies

Junge GEW

FG Grundschule/Vorschule

FG Gewerbe und Handel

FG Gymnasien

FG Kinder- und Jugendhilfe

FG Primarschulen

FG Sonderpädagogik

FG Hochschule u. Forschung

AfGG Gleichstellungs- u. Genderpol.

FG Bleiberecht

AK Inklusion

AK soziale Arbeit an Schulen

AK Friedenserziehung

BG Ruheständler

Mittelamerikagruppe

AG Fair Childhood

AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien

Gruppe Gewerkschaftliche Bildung
Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv.
Wir freuen uns über die Teilnahme von
Interessierten. Info: Roland Stolze,
mailto: rolandstolze@gwhmail.de

In der Geschäftsstelle nachfragen

04.06.2014, 17.00-21.00 Uhr, Raum C

16.06.2014, 18.00-21.00 Uhr, GBW

12.06.2014, 17.00-20.00 Uhr, Raum A

04.06.2014, 16.30-19.30 Uhr, GBW

02.06.2014, 19.00-22.00 Uhr, Raum A

In der Geschäftsstelle nachfragen

In der Geschäftsstelle nachfragen

27.05.2014, 17.00-19.00 Uhr, Raum C

02.06.2014, 18.00-20.00 Uhr, Raum B

27.05.2014, 17.00-19.00 Uhr, Raum A

03.06.2014, 19.30-22.00 Uhr, Raum C

02.06.2014, 16.00-18.00 Uhr, Raum GA

05.06.2014, 17.00-18.30 Uhr, Raum C

05.06.2014, 19.30-20.00 Uhr, Raum C

04.06.2014, 10.15-13.00 Uhr, Raum A

In der Geschäftsstelle nachfragen

03.06.2014, 14.00-16.00 Uhr, Raum C

02.06.2014, 18.30-21.00 Uhr, Fakultät
EPB (PI) von-Melle-Park 8, Raum 09



Diese und weitere Karten liegen in der Geschäftsstelle für euch bereit





Gegründet 29. September 1902

Hamburger Beamten- Feuer- und Einbruchskasse
 Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
 Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes

*Nach über 20 jähriger
 Beitragsstabilität jetzt sogar eine
 Beitragssenkung auf 1,00 € (inkl. Vers. Steuer)
 pro 1.000 € Versicherungssumme*



**Wenn nicht jetzt? Wann dann?
 Nur 1,00 € pro 1.000 € Versicherungssumme
 inkl. Versicherungssteuer!**

Highlights aus unserer Hausratversicherung bei unschlagbarem
 Beitragssatz!

- ✓ Verzicht auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bis zu 3.000 € Schadenhöhe
- ✓ Aufräumkosten bis 100 % der VS* nach einem Schadenfall
- ✓ Hotelkosten für bis zu 30 Tage nach einem Schadenfall
- ✓ Fahrraddiebstahl bis 1 % der VS* (max. 500 €)
- ✓ Überspannungsschäden bis 10 % der VS*
- ✓ Einbruchdiebstahl aus Kfz bis 2% der VS* (max. 500 €)
- ✓ Kein Abzug wegen Unterversicherung bei versicherten 700 € pro m² Wohnfläche
- ✓ Möglichkeit der Höherversicherung von Fahrrädern bis 3 % der VS* (max. 1.500 €)

...und vieles, vieles mehr.

Einfach unverbindliches Angebot einholen.

*(Versicherungssumme)

Hamburger Beamten- Feuer- und Einbruchskasse
 Sascha Suppe
 Hermannstrasse 46
 20095 Hamburg

Telefon: 040-33 60 12
 Fax: 040-28 05 96 06
 E-Mail: info@hbfe.de
 Web: www.hbfe.de

Beispiel:
 Bei einer Versicherungssumme von 60.000 € zahlen Sie ab 2014 bei uns nur noch 60.00 € (inkl. Vers. Steuer) !

Kann Ihre Versicherung das auch?



Mitmachen & gewinnen!
Unter www.bahn.de/klasse-unterwegs
einen Tagesausflug in den
HANSA-PARK gewinnen.

Mit „Klasse unterwegs“ die Region entdecken

Raus aus dem Klassenzimmer, rein ins Abenteuer – mit dem Schulprojekt der DB Regio AG

Lernen an spannenden Orten: Das ist die Idee von „Klasse unterwegs“. Gemeinsam mit rund 60 Partnern in Schleswig-Holstein und Hamburg bietet die DB Regio AG ein abwechslungsreiches Programm für Klassenausflüge passend zu allen Unterrichtsfächern.

Klassenausflug gewinnen: Unter www.bahn.de/klasse-unterwegs die Gewinnfrage beantworten und einen Tagesausflug in den HANSA-PARK für 25 Personen gewinnen.

Ticket-Tipp: Bis zu 70 % Ermäßigung mit dem Gruppenfahrchein im Schleswig-Holstein-Tarif.

Weitere Informationen unter www.bahn.de/klasse-unterwegs

Die Bahn macht mobil.

»Ein großartiger Spaß!«



The Times

ALWAYS LOOK ON THE BRIGHT SIDE OF LIFE

MONTY PYTHON'S

Buch & Lyrics von ERIC IDLE

Musik von JOHN DU PREZ & ERIC IDLE

SPAMALOT

mit Raubgut aus dem Kult-Film

»Die Ritter der Kokosnuss«

ST. PAULI THEATER
1. August bis 14. September 2014

Tickets 040/4711 0 666 oder www.st-pauli-theater.de

Hauptförderer



Unterstützt durch

König Pilsener



NDR 90.3

HAMBURG Journal

Hamburger Abendblatt

ticket